

DIREKTE AKTION

anarchosyndikalistische Zeitung

H20318 · 33. Jahrgang

208 | November/Dezember 2011 EUR 1,50

Aus dem Inhalt

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt“ · VKZ H20318

Mit Essen spielt man nicht!

Die Ernährungslage ist kein Problem des Mangels, sondern der Verteilung. In der sozialen Frage spielt die Kontrolle über die Nahrungsmittel eine wichtige Rolle.

Eigentlich ist es eine profane Mahlzeit, wenn kenianische Frauen den traditionellen „Ugali“, einen Maisbrei, kochen und mit saurer Dickmilch oder Gemüse servieren. Was aber passiert, wenn die Regierung Kenias zu Beginn der Saison den Mais in den Export gibt, um ihn nun wieder teuer zu importieren? Simpler Maisbrei wird zum Luxusgut, und so genannter Biosprit, in den Sand gesetzte Entwicklungshilfe und Lebensmittelspekulation tun ihr Übriges zur aktuellen Hungersnot.

Spätestens nach dem Immobiliencrash interessierten sich immer mehr Banken, befördert durch die Gesetzgebung, für den Terminmarkt der Lebensmittel. Hier konnten Bauern ihre kommende Ernte zu einem fest ausgehandelten Preis verkaufen, erhielten also Planungssicherheit. Da es jedoch viel mehr solcher „Future-Verträge“ gibt als real handelbare Ware, lösen sich die Handlungen der Finanzakteure immer mehr von der Realität auf den Feldern. Die vermehrte Spekulation mit diesen „Futures“, wie das Wetten auf höhere Preise, intensiviert letztlich die Finanzialisierung der Lebensmittel. Sie werden von einem Nutzwert zur Geldanlage, ihr Preis unterliegt nun viel stärker den „Launen“ der Finanzmärkte.

Die wirtschaftlichen und politischen Regelungen der großen Industrienationen bewirken gewissermaßen, dass den Ärmsten der Welt noch die kläglichen Reste von den Tellern gefegt werden. Auch dadurch gerieten einige Länder in den 1980ern in eine Schuldenfalle, die sie direkt in die Abhängigkeit von IWF und Weltbank trieb. Somit konnten die abhängigen Länder zur Marktöffnung gezwungen werden, die kleinbäuerliche Nahrungsmittelproduktion ging verloren. Stattdessen müssen nun für den Exporthandel Soja, Schnittblumen und Rohstoffe für Biosprit angebaut werden. Die Länder leiden zudem unter der Abhängigkeit, die Konzerne wie Monsanto und Bayer erzeugen. Dass sich Supermarktketten hierzulande trotz steigender Rohstoffpreise immer wieder Preisschlachten liefern können, liegt an den enormen Konzentrationsprozessen, deren Druck sich auch die meist prekären ArbeiterInnen beugen müssen.

Spätestens bei Arbeitslosen wird deutlich, wie Nahrung auch hierzulande als Mittel im Klassenkampf von oben eingesetzt wird. Etwa 140 Euro werden im ALG-II-Regelbedarf als „hinreichend und bedarfsgerecht“ für Nahrung und Bewirtung angenommen. Der neue Sozialbericht für 2011 spricht eine andere Sprache: Etwa fünf Prozent der Bevölkerung können nicht wenigstens jeden zweiten Tag ein vollwertiges, warmes Essen zu sich zu nehmen. Kein Wunder, dass die Zahl von Kleidungsausgaben und Tafeln drastisch gestiegen ist (siehe S. 3). Dieser Boom, oft als Erfolg der gegenseitigen gesellschaftlichen Hilfe gefeiert, ist in Wahrheit die Privatisierung der allgemeinen Wohlfahrt. Die Tafeln erfüllen somit auch eine Funktion bei der Zersetzung von Sozialstandards. BesucherInnen der Ausgabestellen sind dabei auf die Mildtätigkeit der großen Lebensmittelhändler angewiesen. Das ist nicht nur ein gefundenes Fressen für deren Werbeabteilungen, sondern auch ein gewaltiges Pfund in der Lobbyarbeit.

Das Problem ist nicht der Mangel an Lebensmitteln, sondern was aus ihnen wird. Pro Jahr landen in Deutschland 20 Millionen Tonnen Lebensmittel auf dem Müll, ein großer Teil davon aufgrund des Mindesthaltbarkeitsdatums, das mit dem Verbrauchsdatum, ab dem das Lebensmittel tatsächlich nicht mehr konsumiert werden sollte, wenig zu tun hat. Eine für die Lebensmittelindustrie absatzsteigernde Irreführung. Dabei beginnt die Vernichtung schon auf dem Acker, wo unförmiges Gemüse gleich wieder untergepflügt wird, geht weiter über den Transport, wo ganze LKW-Ladungen entsorgt werden, bis hin zur durchschnittlichen Familie, die Lebensmittel für um die 400 Euro im Jahr wegwirft.

Die Tafeln, aber auch so genannte Mülltaucher stehen für einen fatalen Irrtum: Sie sind nicht die Lösung, sondern nur eine Symptomlinderung. Beides ist gewissermaßen Armutsselbstverwaltung; die soziale Frage beantwortet dies nicht. Ernährung ist zweifellos eine Klassenfrage: Das Einkommen entscheidet über Qualität und Quantität des Lebensmittelkonsums – und letztlich auch über die Gesundheit. Viele Lohnabhängige sind insofern doppelte VerliererInnen. Denn aus der Lohnabhängigkeit resultiert ebenso eine Konsumabhängigkeit. Eine Lösung der Lebensmittelfrage gibt es daher nur, wenn auch an den Verteilungs- und Produktionsmechanismen des Kapitalismus angesetzt wird.

Patrick Lohner

Magyaren völlig meschugge

Die autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn durchdringt auch die nationale Wirtschaftspolitik

Männer der Tat“ wollen sie sein. Die Regierung in Ungarn lässt keinen Zweifel daran, im Land „aufräumen“ zu wollen, so die Devise. Dabei betont sie, dass die sozialistischen Vorgängerregierungen das Land ruiniert hätten, u.a. indem sie sich dem globalen Markt unterworfen und nationale Interessen verraten hätten. Kaum eine Woche vergeht ohne Paukenschlag aus Budapest. Die Summe der Maßnahmen, die die Fidesz-geführte Regierung mit einer 2/3-Mehrheit beschließen kann, ergeben ein düsteres Gesamtbild: Tendenzen der Gleichschaltung in Justiz, Medien und Kultur werden flankiert von einer Abrechnung mit „politischen Feinden“.

Teil des Programms ist der Kampf gegen alles Randständige – so wurde Obdachlosigkeit in Budapest kriminalisiert – ebenso wie eine toleranzfreie Minderheitenpolitik; eine revisionistische Geschichtspolitik, die den Wahnwitz eines Großungarns zelebriert sowie eine aggressive Außenpolitik in Bezug auf die „Auslandsungarn“. Eingebettet ist alles in eine neue Verfassung, die das Land auf das Vaterland einschwört und starke autoritäre Züge trägt. Da hat man sich auch gleich der offiziellen Bezeichnung „Republik“ entledigt.

Die Rechtsregierung legt Wert auf eine Brise „Anti-Kapitalismus“. Nicht in dem Sinne, dass sie die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse loswerden will. Wie für faschistoide Bewegungen charakteristisch, attackiert sie die „Auswüchse“ des Kapitalismus: das internationale Finanzkapital, böse Spekulanten, vaterlandslose Unternehmer usw. – nicht selten mit offen antisemitischen Rhetoriken. So wird etwa polizeilich gegen „Wucherzinsen“ vorgegangen, indessen hantiert man gar mit Enteignungsmaßnahmen. Im von der Regierung erklärten „Kampf gegen die Banken“ geht man gar die Kraftprobe mit dem Ausland ein, und mit dem Sechs-Punkte-Plan „zum Schutz des Landes“ bereitet man die Nation auf einen „Kampf um die Souveränität“ vor.

Verbunden sind damit nicht nur Angriffe auf die Arbeiterrechte und Gewerkschaften (Lockerung des Kündigungsschutzes, gesetzliche Lohnsenkungen, Zerstörung des Rechtsschutzes, Aushebelung von Streikrechten) und Sozialabbau (Rentenkürzung, Einsparungen im Gesundheitssystem), sondern auch Maßnahmen der Zwangsarbeit, von der Langzeitarbeitslose (darunter viele Roma) betroffen sind – z.T. mit Kasernierung und Bewachung. Mit Feindbilden im Innern und im Äußeren soll das „Magyarentum“ geölt und auf Gleichschritt gebracht werden.

Diese Entwicklung könnte eine üble Dynamik entfalten. Ungarn spielt den *rule breaker* in der EU: die Regierung bricht mit internationalen Konventionen und versucht das Land mit autoritären Maßnahmen zu stabilisieren. Und der panische „Wunsch“ nach Stabilität, der berüchtigte Anti-Chaos-Reflex, ist nicht nur in Ungarn in breiten Teilen der Bevölkerung vorhanden. Gerade in Krisensituationen verschafft er sich gerne mal Luft. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass sich die EU-Größen immer weiter in der Krise verstricken, so dass die ökonomische Krise zunehmend auch in eine politische kippt. Wenn auf diese Weise Instabilitäten zunehmen und Machtvakuen für Alternativen verschiedener Couleur entstehen, können vermeintliche „Erfolgsmodelle“ wie in Ungarn schon mal Schule machen.

Leon Bauer

Catwalk



Erst kommt das Fressen...

...dann kommt die Moral. So ließ Brecht in den 1920ern, nach Hyperinflation und kurz vor der Weltwirtschaftskrise, in seiner „Dreigroschenoper“ materialistisch ätzen. Genau 80 Jahre später kam es weltweit zu den „Food Riots“ – eine Folge u.a. des grünen Traums nachhaltiger Mobilität. Im globalen Süden landen Lebensmittel nicht mehr auf dem Teller, sondern im Tank des Nordens. Auch hierzulande wird die Frage der Ernährung brenzliger, sowohl was Menge und Verteilung, aber auch was die Qualität angeht. Die DA spürt in dieser Ausgabe dem Zusammenhang von Ernährung und Klasse nach. Alles zu unserem Schwerpunktthema auf den Seiten 1, 3, 8, 12 und 13.

Alternativlose Schließung?

Im spanischen Puerto de Santa Maria soll das Visteon/Ford-Werk geschlossen werden, knapp 400 ArbeiterInnen wären betroffen. Die anarchosyndikalistische CNT hat daher bereits zu zwei internationalen Aktionstagen aufgerufen und legte nun im Abwicklungsprozess eine Gegenexpertise zur Lage der Fabrik vor. Soweit zu den Fakten. Für die Moral sind Solidaritätsschreiben unverzichtbar: http://puerto.cnt.es/contacto

Kauf dich glücklich!

Leiharbeit. Wie keine andere prekäre Beschäftigungsform steht der „moderne Sklavenhandel“ für die Zersplitterung der Belegschaften, die Schwächung der kollektiven Kampfkraft und die Entortung des Einzelnen – Probleme also, die über die griffige Lohnfrage hinausgehen. In dem Sammelband umreißen AutorInnen des syndikalistischen Spektrums die Entwicklung und Bedeutung der Leiharbeit und des Widerstands dagegen. Diese Einführung bezieht sich dabei positiv auf die FAU-Kampagne „Leiharbeit abschaffen!“



Andreas Förster & Holger Marcks (Hg.): Knecht zweier Herren. Zur Abschaffung der Leiharbeit. Unrast Verlag, Münster 2011. Ca. 80 Seiten für 7,80 Euro. ISBN: 978-3-89771-112-9.

FAU-Ticker

+++ Bei einer antifaschistischen Demonstration in Neustadt erhielt eine Genossin eine Anzeige u.a. wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und wurde zu einer hohen Geldstrafe verurteilt. Durch die solidarische Unterstützung der FAU konnten die Kosten beglichen werden. +++ Am 18. September wurde die FAU Köln durch die Region West als Syndikat aufgenommen. Interessierte erreichen sie unter fauk@fau.org. Jeden 2. Mittwoch im Monat findet das Öffentliche Treffen statt. +++ Seit wenigen Tagen gibt es ebenso eine ASJ Köln. Ein erstes öffentliches Treffen ist am 20. November im AZ Köln um 15 Uhr. vorläufige Kontaktadresse: asjkoeln@gmx.de. Homepage: http://asjkoeln.blogsport.de/ +++ Am 23. September fand in Kiel die Release-Veranstaltung zur letzten Ausgabe der Direkten Aktion statt. Gerhard Hanloser (Sozialwissenschaftler und Autor aus Freiburg) und Marcus Munzlinger (DA-Kultur, Kiel) stellten ihre Artikel vor und diskutierten zusammen mit der Kieler Anti-GES-Koordination über die Zusammenhänge von Krise und Revolte global und in der BRD. +++ Die FAU Hannover führt seit Oktober eine Veranstaltungsreihe samt Ausstellung zum spanischen Bürgerkrieg durch, die noch bis zum 29. November andauert. Weiteres auf Seite 3 unter Termine und www.fau.org/hannover +++ Der Menschenhändler ARWA zahlte anstandslos ausstehenden Lohn an einen Genossen, nachdem er mit Unterstützung der FAU Kiel insistiert hatte +++ Am 29. Oktober fand in Freiburg eine Demonstration gegen Verdrängung und hohe Mieten statt. Die FAU Freiburg arbeitet seit längerem am Thema Gentrification. +++ Am 11. November findet wieder eine der legendären Soli-Parties der FAU Berlin in der „Schreina" (Schreinerstraße 47 in Friedrichshain) statt. +++

Die Eroberung des Brotes" heißt ein zentraler Text Pjotr Kropotkins, und Rudolf Rocker lieferte mit „Der Kampf ums tägliche Brot" 1925 einen Klassiker des Anarchosyndikalismus ab. „Brot und Butter" forderten die US-amerikanischen Wobblies, und „Bread and Roses" nennt sich einer der populärsten Filme von Ken Loach. Das sind nur einige von zahlreichen Indizien dafür, dass das Brecht'sche „Erst kommt das Fressen, dann die Moral" kein Manko der Arbeiterbewegung ist, sondern dass die Notwendigkeit der Befriedigung von Grundbedürfnissen – und hier steht die Ernährung sicher an erster Stelle – der sprichwörtliche „Ursprung der Revolte" ist.

Die Arbeiterbewegung, nicht nur die syndikalistische, ist groß geworden in solchen Brotrevolten oder Food Riots. Der britische Historiker E.P. Thompson hat das in seinem Beitrag über die „Moralische Ökonomie" im 18. Jahrhundert beschrieben. Amüsanterweise sind das in Deutschland oftmals Bierrevolten gewesen. Wir haben uns gegen das Klischee entschieden und beschreiben das Phänomen am Beispiel des Hamburger Sülzeaufstands von 1919 (S. 8).

„Revolte" ist ein Stichwort, das die Medien weiter dominiert. Schlagzeilen macht die „Occupy"-Bewegung, die sich nicht nur von der Wallstreet bis Frankfurt am Main erstreckt, sondern virtuell auch von der Sesamstraße bis ins Legoland, wie die ARD-Tagesschau zu berichten wusste. Dabei geben sich die Massenmedien wie üblich geschichtslos. Nicht nur vergessen sie die oben angedeutete Geschichte der Revolten, nein, sie haben offenbar schon die Ereignisse des Frühjahrs in Tunesien, Ägypten und den anderen unruhigen Ländern ad acta gelegt. Griechenland etwa habe mit Dimítris Kotzarídis am 20. Oktober seinen ersten Toten gehabt (vgl. S. 10) – der Tod von Alexandros Grigoropoulos im Herbst 2008 scheint vergessen bzw. hat vermeintlich nichts mit der Krise zu tun – so wie wir es offenbar mit einer ganz neuen „Eurokrise" zu tun hätten, die keinerlei Verbindung zur US-amerikanischen „Immobilienkrise" aufweise. „Occupy WallStreet" ist eine Bewegung, die in der Tradition der hier behandelten Kämpfe um Grundbedürfnisse steht. In den USA geht es bei diesen Protesten teilweise um die nackte Existenz, ganze Städte stehen leer, während Zeltstädte im Stil der krisenhaften 1930er Jahre entstehen. Die Motive der Menschen, die an der Wallstreet zelten, sind also gar nicht so verschieden von jenen, die den „Brotrevolten" in Afrika zugrunde liegen (vgl. S. 12/13).

Insofern ist unser Schwerpunkt zur Ernährungsfrage die konsequente Fortsetzung des letzten DA-Schwerpunkts „Krise und Revolte". Gleichwohl müssen wir müssen uns an dieser Stelle wundern. Denn seitdem wir im Redaktionskollektiv diesen Schwerpunkt beschlossen haben, steht das Thema „Ernährung" so sehr im Fokus der Öffentlichkeit wie lange nicht mehr: Günter Jauch debattiert darüber, Dokumentationen gibt es auf sämtlichen Sendern, und Baden-Württemberg widmet dem Thema eine Landesausstellung. Wie üblich, werden wir in der DA aber Aspekte beleuchten, die euch trotz des momentanen Hypes um das Thema nicht in sämtlichen Massenmedien präsentiert werden. Hier geht es vor allem um die soziale Frage, die sich dahinter verbirgt.

Torsten Bewernitz (Redaktion Hintergrund)

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Bad Segeberg... Kontakt: <fause@fau.org>
Bielefeld .... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o BI Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld. Offenes Treffen jeden 2. Montag (ungerade Kalenderwoche) ab 19.30h, Raum 102 in der „Bürgerwache". AGs und Syndikate siehe www.fau-bielefeld.de.vu <faubi@fau.org>
Braunschweig .. FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig. Offener Abend jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20:00Uhr. <faubs@fau.org>
Bremen .... FAU-IAA Bremen, c/o Kurzschluss e.V., Lahnstraße 16, 28199 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>
Flensburg........ FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus, Norderstraße 41, 24939 Flensburg, www.fau-fl.org Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>
Hamburg .... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen: freitags 19 bis 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
Hannover .... FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, Allgemeines Syndikat, <fauh@fau.org>, 2. Di im Monat 21.00 Uhr, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>, 2. Di im Monat 21.00 Uhr
Kiel .... FAU Kiel, Postfach 20 61, 24019 Kiel, <fauki@fau.org>
Lübeck........... Kontakt über Hamburg
Wismar........... FAU Westmecklenburg, c/o Tikozigalpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, <fauhwi@fau.org>, fauwm.systemausfall.org

REGION WEST

Aachen .... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net, Tel. (0176) 87519975
Bonn .... FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt. Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de
Dortmund .... FAU Dortmund c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 84 04 71-1 (AB), (0231) 84 04 71-2 (Fax), <faudo@fau.org>
Duisburg......... FAU Duisburg, Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten So. im Monat um 19.00 Uhr im „Ostenende", Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Köln .... FAU Köln, Öffentliches Treffen: jd. 2. Mi im Monat 19 Uhr, Kontakt über <fauk@fau.org>
Krefeld .... Kontakt über Duisburg
Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster.......... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, Treffen 2. bis 5. Di. im Monat ab 20.00 Uhr <faums@fau.org>, www.fau-muensterland.de
Solingen .... FAU Solingen, Postfach 10 08 02, 42608 Solingen, Treffen 14-tägig sonntags um 15 Uhr, <fausg@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

REGION OST

Altenburg .... Kontakt über Leipzig
Berlin .... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Infoveranstaltung für Interessierte und Neumitglieder „FAU – Wie funktioniert das?", 1. Fr. im Monat, 19.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. (war: Gesundheit): Sektion Sozialwesen, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr <faub-soziales@fau.org>. Sektion Kultur, letzter Fr. im Monat 19.00 Uhr <faub-kultur@fau.org>. Sektion Bildung, 1. & 3. Di. im Monat 19.30 Uhr <faub-bildung@fau.org>, Sektion Bau und Technik, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr, <faub-bautec@fau.org>
Dresden.......... Kontakt über Leipzig, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>, <faudd@fau.org>, SMS: (0151) 25 11 45 04
Gransee.......... Kontakt über Berlin
Halle/Saale...... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Offenes Treffen: sonntags 19.00 Uhr Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Ilmenau .... Kontakt über Meiningen
Leipzig .... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00 – 18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Magdeburg...... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.
Meiningen....... FAU Südthüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>
Potsdam .... Kontakt über Berlin
Suhl .... Kontakt über Meiningen
Südwestsachen FAU-Vernetzung für Chemnitz, Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau: <fau-sws@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

REGION SÜD

Aschaffenburg. Kontakt über Frankfurt
Darmstadt ...... FAU Darmstadt, c/o Oettinger Villa, Kranichsteiner Straße 81, 64289 Darmstadt, <fauda@fau.org>
Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. ... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, Treffen: sonntags 19.00 Uhr. Offenes Büro: donnerstags 19.00 bis 21.00 Uhr <fauffm@fau.org>
Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffen: jeden ersten Freitag im Monat ab 20 Uhr, KTS, Baslerstr. 103 Jeden dritten Freitag ab 20 Uhr in der Fabrik e.V., Habsburgerstr. 9, (Cafe im Hauptgebäude 1.OG links – nicht mit der Kneipe im Vorderhaus verwechseln!).
Karlsruhe........ FAU Karlsruhe, www.fau-karlsruhe.org, <fauka@fau.org>, Treffen jeden 1.Samstag im Monat 16.00 Uhr, Viktoriastr.12 (Hinterhof), 76133 Karlsruhe
Kassel............ FAU Kassel, <fauks@fau.org>, Gießbergstr. 41–47, 34217 Kassel, www.fau.org/kassel
Lich............... FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Ludwigshafen .. FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org
Mainz............. Kontakt über Frankfurt/M.
Mannheim....... FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org
Marburg.......... Treffen montags ab 19.00 Uhr bei Radio Unerhört Marburg, R.-Bultmann-Str. 2b., <faumr@fau.org>
Memmingen..... FAU, Postfach 1701, 87687 Memmingen
München .... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, http://www.fau-m.de/, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19 Uhr
Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstraße, 67433 Neustadt/Weinstraße, (01578) 16 77 780 , <faunw@fau.org>
Nürnberg .... FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, <faun@fau.org>
Saarbrücken.... Kontakt über Neustadt/W
Stuttgart........ FAU Stuttgart, Postfach 10 14 19, 70013 Stuttgart, <faus@fau.org>, (01578) 17 81 177, Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr
Wiesbaden ...... GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen: <bsy-public-info@list.fau.org>
AG Jugend & ASJ: <kontakt.jugend@fau.org>, Koordinationsstelle NRW: <asj-nrw@riseup.net>
Branchen-Homepage zur Leiharbeit: www.fau.org/leiharbeit
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen

Nord: Hannover <reko-nord@fau.org> | West: Düsseldorf <reko-west@fau.org>
Ost: Berlin <reko-ost@fau.org> | Süd: Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: 0047 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

Bern............. FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:
.. Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <allgemeines@syndikat-wien.org>
.. Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASOÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>
.. ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, <aswi@lnxnt.org>
.. Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

„Die Verarmung wird überhaupt nicht wahrgenommen"

Armut und Ernährung in Deutschland. Interview mit Guido Grüner von der ALSO.

Die wachsende soziale Ungleichheit spiegelt sich auch in der Ernährungssituation wider. Laut Studien ernähren sich Menschen mit niedrigem Einkommen schlechter als Reiche, was sich auch in einer durchschnittlich niedrigeren Lebenserwartung niederschlägt. Die DA sprach mit Guido Grüner von der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) über Tafelwirtschaft und Widerstand gegen die Monopole in der Nahrungsmittelindustrie.

Im Gegensatz zu früher führt Armut in den Industriestaaten heute eher zu Überals zu Unterernährung. In den Medien wird das häufig mit mangelnder Bildung erklärt, wie siehst du diesen Zusammenhang?

Einerseits kommt es darauf an, welche Ernährung man sich leisten kann, und andererseits, ob man weiß, was zu einer guten Ernährung gehört. Aber selbst wenn einem das bewusst ist, bringt es nicht viel, wenn man es sich nicht leisten kann. Betrachtet man nun, was Menschen mit den untersten Einkommen, Hartz-IV oder Sozialhilfe, an Geld für die Ernährung zugestanden wird – AsylbewerberInnen erhalten noch viel weniger –, dann ist klar, dass die Menschen, die sich halbwegs gesund ernähren wollen, immer zum Billigsten greifen müssen.

Inzwischen weiß man ja auch, dass satt werden alleine nicht genügt. Es kommt auch auf die Qualität der Lebensmittel an, also etwa auf ihren Nährstoffgehalt. Das kann zu Unterversorgung mit bestimmten Nährstoffen führen. Solche Mangelerscheinungen sind in anderen Teilen der Welt viel weiter verbreitet, es gibt sie aber auch in der Bundesrepublik.

Ein weiterer Aspekt ist, dass diese Billignahrung eben auch unter billigen Bedingungen produziert wird, so dass die ProduzentInnen kaum etwas daran verdienen. Armut in der Landwirtschaft gibt es auch in Europa, die KollegInnen in den Gewächshäusern in Almería leben unter elenden Bedingungen, und wir bekommen hier das billige Gemüse auf deren Kosten.

Vor einigen Jahren gab es mehrere sog. Selbstversuche, in denen meist selbst nicht von ALG-II lebende Menschen versuchten, sich über einen bestimmten Zeitraum nur vom Regelsatz gesund zu ernähren. Geht das überhaupt?

Das kann man mit der Realität gar nicht vergleichen. Natürlich kann ich mal für einen Monat alle Anschaffungen zurückstellen und dann 200 oder 250 Euro im Monat für Ernährung ausgeben. Aber wenn man wirklich alles davon zahlen muss, etwa Möbel, Textilien, Zeitschriften und Bücher, dann bleiben nur noch 130 Euro für die Ernährung. Und wenn ich mich davon über Jahre hinweg halbwegs gesund ernähren will, dann muss ich immer die billigsten Schnäppchen kaufen und komme gerade so aus. Das heißt auch, dass ich vor jedem Einkauf gucken muss, wo es in der Stadt am billigsten ist. Das ist aber nicht realistisch, weil man als ALG-II-Bezieher gar nicht so viel Geld zum hin- und herfahren hat.

Würde es denn etwas bringen, wenn sich mehr Leute Wissen über gesunde Ernährung aneignen, oder ist mehr Geld die einzige Lösung?

Ich denke, man muss beide Seiten sehen und sollte an die Frage, wie sich Menschen ernähren, nicht unmaterialistisch herangehen. Wenn ich den ganzen Tag schuften muss, lange Arbeitswege und wenig Lohn habe, dann habe ich auch keine Zeit und Energie dafür, meine Familie mit frischem Gemüse zu ernähren, das ich mir vom Markt oder vom Produzenten direkt hole. Und dann wird eben zu Fertigprodukten oder Junkfood gegriffen.

Von daher kann die Frage, ob sich breite Teile der Bevölkerung gesund ernähren, nicht moralisierend oder pädagogisierend im Hinblick auf den Einzelnen beantwortet werden. Wir müssen gucken, wie in dieser Gesellschaft überhaupt gelebt wird, wenn wir morgens früh raus müssen, auf wechselnde Baustellen gekarrt werden, spät abends zurückkommen. Wo bleibt denn da noch was vom Kopf frei, um wirklich drauf zu achten?



Filmszene aus „Taste the Waste"

Manche Selbstorganisationsansätze gehen ja genau in die Richtung, dass man sich nicht zu sehr von der Lohnarbeit verheizen lässt und guckt, dass wir halbwegs fair mit den ProduzentInnen umgehen und eigenen Tausch organisieren und ähnliches.

Das ist doch aber gerade bei Lebensmitteln schwierig. Du hast das ja vorher schon angesprochen, also dass es ja kaum möglich ist, faire Preise zu bezahlen.

Im ALG-II-Satz sind 130 Euro für Ernährung vorgesehen. Ich weiß nicht, was ein fairer Preis wäre, aber ich denke, wenn man faire Preise an die ProduzentInnen – nicht an die Konzerne – zahlen würde, dann müsste man zwischen 250 und 300 Euro im Monat ausgeben. Dafür müsste aber auch mehr von dem, was in dieser Gesellschaft an Reichtum da ist, in diesen Bereich reingehen, anstatt die ProduzentInnen, Landwirte oder PlantagenarbeiterInnen auszupressen und immer nur die Löhne zu drücken.

Viele Menschen decken einen Teil ihres Bedarfs an Lebensmitteln über die Tafeln. Seit den Hartz-Gesetzen ist die Anzahl der Tafeln sprunghaft angestiegen, von 320 im Jahr 2003 auf etwa 870 im Jahr 2010. Sind die Tafeln sinnvoll, weil sie immerhin einige der schlimmsten Auswirkungen der Armut lindern helfen oder dienen sie nur dazu, Großkonzernen ein soziales Image zu verschaffen?

Für die Konzerne ist es kostengünstiger, die abgelaufenen Artikel einfach zur Tafel zu geben, als die Entsorgung zu bezahlen. Andererseits ist es für alle, die wenig Knete haben, ganz praktische Selbsthilfe in der finanziellen Not, wenn man denn bei der Tafel fair behandelt wird. Es gibt ja solche und solche Tafeln. Manche sind von Erwerbslosen selbst organisiert, da geht man fair und solidarisch auf einer Ebene miteinander um. Dann gibt es solche Tafeln wie die hier in Oldenburg, wo man einfach von oben herab etwas zugeteilt kriegt, die Tafelchefin im dicken Sportwagen vorfährt und dann die bürgerliche Mildtätigkeit für die scheinbar unfähigen Armen organisiert. Tafel ist also nicht gleich Tafel.

Der Bundesverband der Tafeln hat im letzten Jahr erklärt, dass ihnen bewusst ist, dass die Tafeln missbraucht werden, um Leistungssätze und Mindestlöhne zu drücken. Das Statistische Bundesamt hat bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) im letzten Jahr festgestellt, dass es Familien gibt, die überhaupt nichts für die Ernährung ausgeben. Die ernähren sich nur über die Tafel. Trotzdem geht das in die Statistik ein, über die der Bedarf berechnet wird. Das ist natürlich Betrug, weil die Erhebung ergeben soll, welchen Bedarf die BezieherInnen wirklich haben. Wenn sich vielleicht Hunderttausende anteilig oder ganz so ernähren müssen, verfälscht das die Statistik. Außerdem sorgt das Tafelwesen nicht für eine anständige Bezahlung derjenigen, die Lebensmittel produzieren und verteilen.

Welche Perspektiven siehst du, um diese Situation zu ändern?

Es wäre wichtig, dass man dieses ganze System wirklich umstellt, von der zentralisierten Produktion zu einer regionalen und unter fairen Bedingungen für ProduzentInnen und KonsumentInnen. In der Bundes-



Guido Grüner von der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO)

republik können sich 30 bis 40 Prozent der Bevölkerung nur anständig ernähren, wenn sie immer die billigsten Angebote kaufen. Diese Verarmung wird überhaupt nicht wahrgenommen. Wohnen ist teuer, auch für Mobilität muss man viel Geld ausgeben. So bleiben einem Haushalt mit 1.300 bis 1.500 Euro Nettoeinkommen nur noch 150 Euro im Monat für die Ernährung. In unserer Region haben wir Milcherzeuger, mit denen man über so etwas diskutieren kann.

Das Entscheidende ist, dass verschiedene Gruppen, die rund um ein Thema wie Ernährung aktiv sind, das Gemeinsame sehen. Im Januar gab es die „Wir haben es satt"-Demo zur Grünen Woche, da haben LandwirtschaftsverbändeUmwelt- und TierschützerInnen, GentechnikkritikerInnen und Erwerbslose gemeinsam demonstriert. Das war eine gute Mischung, nicht jeder für sich, sondern bunt durcheinander. Wenn eine Bewegung von unten erfolgreich sein will, sollten auch verschiedene gesellschaftliche Gruppen zusammenarbeiten. Das müssen wir alle – und da schließe ich mich durchaus mit ein – viel mehr lernen.

Danke für das Interview!

Interview: Daniel Colm

Kolumne Durruti



Auf der Suche nach der wahren Delikatesse, deren Köstlichkeit von allen zu jeder Zeit und an jedem Ort geschätzt wird, musste ich mancherlei Enttäuschungen hinnehmen. Denn die meisten Delikatessen sind solche eben nur relativ. Beinahe jede halbwegs passable Speise gereicht zum exquisiten Leckerbissen, wenn sie nur schwer genug zu bekommen und der Preis entsprechend hoch ist. So gilt Hummer in Europa, wo er recht teuer ist, zweifelsfrei als Delikatesse, während er in Nordamerika auf einer Stufe mit Burger und Hot Dog steht. Beim Hummerimbiss *Red's Eats* im US-amerikanischen Bundesstaat Maine etwa bekommt man für schlappe 14 Dollar das Fleisch eines ganzen Hummers im Sandwich, je nach Geschmack mit Remoulade oder Mayo – ein kleiner Happen am Wegesrand, nichts Besonderes eben, denn hier gilt Hummer als Massenware.

Ähnlich verhält es sich mit Lachs, dessen Delikatessenstatus allerdings dank Hydrokulturen weltweit gefährdet ist. Im russischen Fernen Osten, in Kamtschatka oder Chabarowsk, wo jährlich Abermillionen wilde Lachse ablaichen, wird über diesen Fisch eher die Nase gerümpft. Selbst das billigste Fleisch kostet hier doppelt so viel wie Lachs. „Was, schon wieder Lachs?", dürfte dort die häufigste Reaktion am Tisch sein, wenn der rote Fisch serviert wird. Und wenn jemand am Tresen „Noch etwas Kaviar für den Hund, bitte!" sagt, dann stellt dies keineswegs einen Akt provokanter Dekadenz dar, denn Lachs und Lachskaviar sind hier tatsächlich echte Arme-Leute-Kost. Womit sich ein Kreis schließt, denn einst galt Lachs generell als Speise der Unterprivilegierten, als er noch überall häufig und erschwinglich war.

Im Kern, so scheint es, verbirgt sich hinter der Idee der Delikatesse nichts anderes als ein Statussymbol herrschender Klassen und Stände. Im Mittelalter grenzte sich der Adel nicht zuletzt über das Essen ab. Zum einen war ihm das Hochwild vorbehalten, zum anderen protzte man in den Küchen von Schlössern, Burgen und Klöstern nicht wenig mit Gewürzen, die zu sündhaften Preisen aus dem Orient eingeführt wurden. Glaubt man historischen Rezepten, war eine mittelalterliche Delikatesse ein bis zum äußersten Rand der Genießbarkeit gepfeffertes Wildragout, danach eine Handvoll kandierter Gewürze zum Dessert, um den Geschmackslärm abzurunden.

Und doch kennt die Beliebigkeit der Kür zur Delikatesse Grenzen. Kaum war der asiatische Fasan erfolgreich in Europa ausgewildert, verschwand ein Tier für immer von unserem Speiseplan, das bis dahin für Könige gerade gut genug erschien: der Schwan. Er gereichte wohl nur optisch zur Delikatesse, der Geschmack des zähen, trockenen Vogels mochte nicht auf Dauer überzeugen. Umgekehrt hielt sich Truthahn nur kurz als Delikatesse in Europa, bis sich das doch recht ernüchternde Aroma des Exoten aus der Neuen Welt allgemein herumgesprochen hatte.

Die Wende zur wahren Delikatesse vollzog erst die Französische Revolution. Das gesamte Volk eignete sich Rezepte und Tischsitten des Adels an, so dass sich ihr Wert als Statussymbol verlor. Übrig blieb die Idee, gemeinsame Mahlzeiten zu zelebrieren, Gerichte raffiniert zuzubereiten und seltene Speisen von erlesenem Geschmack wertzuschätzen. Und so kommt es, dass in Frankreich Austern schlürfende ArbeiterInnen nichts ungewöhnliches sind, und sich ein Stammtischgespräch durchaus darum drehen kann, welcher Ziegenkäse der cremigste ist – eine wahre Delikatesse, eben.

Matthias Seiffert

TERMINE

Düsseldorf

Sa. 26. November, 13.00 Uhr
Hinterhof, Corneliusstraße 108
Disko + Seminar: Queer-feministische Kapitalismuskritik
Unter dem Aspekt des Neoliberalismus wird sich mit (u.a. queerer) Geschlechterpolitik auseinandergesetzt. Untergliedert in Workshops und anschließende Podiumsdiskussion.

Halle

Do. 10. November, 20.00 Uhr
Infoladen Glimpflich, VL-Ludwigstraße 37
Film: „Babylon System"
Ein Film über den Arbeitskampf der FAU-Betriebsgruppe im Berliner Kino Babylon-Mitte

Di. 6. Dezember, 19.00 Uhr
Infoladen Glimpflich, VL-Ludwigstraße 37
Film: „Schrei im Dezember"
Ein Film über die Proteste nach dem Tod von Alexandros Grigoropoulos, der in Athen von der Polizei erschossen wurde

Do. 8. Dezember, 20.00 Uhr
Infoladen Glimpflich, VL-Ludwigstraße 37
Info: Krisenlabor Griechenland
Ein Modell für die Reorganisation Europas unter deutscher Führung? Buchvorstellung mit dem Autor Detlef Hartmann.

Hannover

Noch bis Do. 24. November
UJZ Korn, Kornstraße 28-32
Ausstellung zum Spanischen Bürgerkrieg
21 umfangreiche Infoplakate informieren ausgiebig über die Zeit und die Hintergründe des spanischen Bürgerkriegs

Do. 10. November, 20.00 Uhr
UJZ Korn, Kornstraße 28-32
Film: „Mujeres Libres"
Spielfilm mit englischen Untertiteln. Thematisiert wird die Rolle der Frauen in Bürgerkrieg und Revolution.

Fr. 11. November, 19.00 Uhr
UJZ Korn, Kornstraße 28-32
Info: Frauen in der spanischen Revolution
Die Autorin Vera Bianchi berichtet in ihrem Vortrag über die republikanischen Frauen im Spanischen Bürgerkrieg

Do. 24. November, 20.00 Uhr
UJZ Korn, Kornstraße 28-32
Kult: Revolutionärer Kneipenabend mit Table-Quiz
Wer die Ausstellung besucht hat, hat beim Table-Quiz gute Gewinnchancen

Di. 29. November, 20.00 Uhr
UJZ Korn, Kornstraße 28-32
Abschlussveranstaltung „75 Jahre spanische Revolution"
Über Aktualität und Relevanz der Spanischen Revolution im Heute

Weitere Termine auf www.direkteaktion.org/termine

Nach oben ducken, nach unten knüppeln

Sozialchauvinistische Reflexe nehmen in Deutschland zu, auch in den unteren Bereichen der Gesellschaft. Sie sind Ausdruck einer autoritären Form der Krisenbewältigung.

In den letzten Monaten haben sich in verschiedenen Städten Bündnisse gegen Sozialchauvinismus gegründet. Sie haben damit einen bisher in der linken Debatte weniger bekannten Begriff in die Öffentlichkeit gebracht. Auf einem von dem Berliner Bündnis erstellten Plakat wird Sozialchauvinismus als „eine Krisenideologie" bezeichnet, „die mit Feindseligkeit gegen alle verbunden ist, die nicht ins Idealbild einer kapitalistischen Leistungsgesellschaft passen". Oft versuchen Träger dieser Ideologie, damit die eigene Nützlichkeit in der Gesellschaft aufzuwerten. Fast jeder wird im Alltag schon auf sozialchauvinistische Phänomene gestoßen sein.

Ein Beispiel aus dem Nahverkehr

Bevor der Zeitungsverkäufer überhaupt begonnen hat, in der Berliner U-Bahn seinen Spruch aufzusagen, wird er von einem Fahrgast aus dem Waggon mit einer Schimpfkanonade bedacht: Ob man in der Bahn, als zahlender Kunde, denn immer mit diesen Versagern belästigt werden müsse. Dafür erntet der Mann mittleren Alters, Typ Vertreter, bei anderen Fahrgästen Zustimmung. Da nützt es nichts, dass der Verkäufer mittels eines Ausweises am Revers die Rechtmäßigkeit seiner Arbeit dokumentieren will. Auch seine Distanzierung von denen, die seinen Berufsstand in ein schlechtes Licht rückten, weil sie nicht berechtigt seien, Zeitungen zu verkaufen und den verständlichen Zorn des Publikums auf sich zögen, haben wenig Erfolg.

So bekommt man in einer Alltagsszene illustrativ vorgeführt, wie der Sozialchauvinismus funktioniert. Menschen, die Probleme haben, in der kapitalistischen Leistungsgesellschaft vom Rand wegzukommen, bekommen den Zorn derer ab, die selbst nur ein Rad im Getriebe sind. Ihre Angepasstheit demonstrieren sie durch freche Sprüche in Richtung derer, die in der sozialen Hackordnung noch weiter unten stehen. An ihnen wird die Aggression ausgelassen, die sich beim tagtäglichen Katzbuckeln vor dem Chef oder Vorarbeiter oder auch nur vor dem Kollegen, der eine Stufe höher gerückt ist, angesammelt hat. Auch der Gescholtene traut sich nicht, einer solchen Behandlung zu widersprechen. Stattdessen versucht er sich als produktives Mitglied der kapitalistischen Leistungsgesellschaft zu präsentieren, indem er auf die „schwarzen Schafe" verweist, die nicht so gut funktionieren würden.

Was hier beispielhaft dargestellt wurde, findet sich in allen Poren der Gesellschaft. Oft genug sind die Akteure Menschen, die selbst am Rand der kapitalistischen Leistungsgesellschaft leben, also allen Grund hätten, dagegen aufzubegehren. Doch mit Sozialchauvinismus grenzen sie sich von anderen ab. Das kann die erwerbslose Nachbarin sein, die sich zu ihrem ALG II noch etwas dazu verdient und beim Jobcenter denunziert wird. Das kann der nichtdeutsche Leiharbeiter sein, der von Kollegen im selben Betrieb geschnitten und diskriminiert wird.

Geteilte Solidarität

Die Soziologen Hajo Holst und Ingo Matuschek von der Universität Jena zeigen anhand eines Betriebs mit ca. 6.000 Beschäftigten und starker IG-Metall-Verankerung auf, wie ein betriebswirtschaftliches Denken, das sich vor allem um die Rettung des Standorts dreht, zur Entsolidarisierung gegenüber Erwerbslosen und LeiharbeiterInnen führt. Diese werden von einer Mehrheit der Befragten nur unter dem Aspekt des Nutzens für den Betrieb gesehen. Holst und Matuschek erklären dieses Verhalten vor dem Hintergrund verstärkter Fragmentierungen in der Arbeitswelt und der Identifikation mit dem eigenen Betriebsstandort.

„Allerdings ist das normativ ‚Gute' des eigenen Betriebs permanent bedroht. Insbesondere die langjährig Beschäftigten sind sich bewusst, dass die das hohe Maß an Identifikation und Loyalität befördernden positiven Merkmale des Standorts auf eigenen, immer wieder neu zu erbringenden Flexibilitätsleistungen beruhen", schreiben die Soziologen in einem kürzlich erschienenen Buch. [1] Und weiter: „Auf dieser Basis hat sich in der Belegschaft eine ‚kompetitive' Solidarität herausgebildet, die zwar einer solidarischen Gleichbehandlung aller Beschäftigten das Wort redet, die aber von jeden einzelnen entsprechende Leistungen einfordert".

Zur positiven Identifikation mit dem Betrieb gehört auch die Bereitschaft, sich mehr als nötig zu engagieren, um zum Erfolg des Unternehmens beizutragen. In dieser Sichtweise gehören Leiharbeiter nicht zur Betriebsfamilie. Deswegen hat ein Großteil der Belegschaft auch keine Probleme damit, dass diese weniger verdienen und weniger Rechte haben. Sogar die Forderung nach mehr Druck auf Erwerbslose, damit diese jede Arbeit annehmen, ist aus der Belegschaft häufiger zu hören. Auch hier spielt der Leistungsbegriff eine wichtige Rolle. Wer bereit ist, zum Wohl des Bosses zu buckeln, der verlangt das auch für die Allgemeinheit. So rücken Erwerbslose, die für ihre Rechte kämpfen und nicht bereit sind, ihre Arbeitskraft um jeden Preis zu verkaufen, schnell in die Nähe von Leistungsverweigerern. Und für solche, das ist das Fazit von Holst und Matuschek, „wird die Luft unter den Kollegen dünner".

Ein neues Feindbild

Die Diskussion um den Sozialchauvinismus hat durch die mittlerweile mehr als ein Jahr alte Debatte um Thilo Sarrazin (SPD) an Bedeutung gewonnen. Der ehemalige Berliner Senator und Deutsche-Bank-Manager hatte mit seinen Äußerungen nicht in erster Linie muslimische MigrantInnen im Visier, wie es in großen Teilen der linksliberalen Medien nahegelegt wird. Zu seinem Feindbild zählen vielmehr alle, die dem Standort Deutschland aus seiner Sicht nicht nützen, wie in einem von Sebastian Friedrich herausgegebenen Sammelband herausgearbeitet wird. [2] Betroffen davon sind ALG-II-EmpfängerInnen ebenso wie migrantische Jugendliche. Das hat Sarrazin bereits in seiner Zeit als Berliner Senator immer wieder deutlich gemacht. Seine Person ist dabei nur der „Lautsprecher" eines Sozialchauvinismus, der Teile der Elite mit „Bild-Lesern" zusammenschweißt.

So hat der sich selbst als „Neo-Aristokrat" bezeichnende Philosoph Peter Sloterdijk die sozialchauvinistische Grundannahme in einem *FAZ*-Aufsatz in Reinform dargeboten. Während im ökonomischen Altertum die Reichen auf Kosten der Armen gelebt hätten, würden in der „ökonomischen Moderne die Unproduktiven mittelbar auf Kosten der Produktiven" leben. Die Leistungsträger und die Unproduktiven sind zentrale Kategorien im sozialchauvinistischen Diskurs. Letztere werden auch gerne als „Transferbezieher" abgewertet. Damit können Erwerbslose genau so gemeint sein wie Aufstocker, aber auch ganze Staaten wie Griechenland im EU-Diskurs. So wurde der „Transferbezieher", der angeblich nicht von eigener Arbeit lebe, zum neuen Feindbild.

Hetze gegen die Chavs

Sozialchauvinistisches Denken kann sich mit Unterdrückung auf „ethnischer" Grundlage verknüpfen. Das zeigt sich in den vielerorts um sich greifenden Angriffen gegen Roma und Sinti. Den Angegriffenen wird vorgeworfen, nicht leistungsbereit genug zu sein. Wie sich solche rassistische Stereotypen wiederum mit dem Hass auf das Proletariat verbinden kann, wenn dieses nicht angepasst und eingehegt in die bürgerliche Gesellschaft ist, zeigt sich in Großbritannien am Siegeszug des Begriffs „Chavs", der wahrscheinlich von „Chaavi", dem Roma-Wort für „Kind", abgeleitet wurde. Er tauchte vor knapp zehn Jahren in der Öffentlichkeit auf und wurde immer populärer.

„Er kam zuerst in der Bedeutung von ‚junger Angehöriger der Arbeiterklasse in legerer Freizeitkleidung' in den Wortschatz. Aber es schwangen immer auch hasserfüllte, klassenbezogene Bedeutungen mit, ein Chav war gleichbedeutend mit ‚antisozialem Verhalten', Geschmacklosigkeit und Nutzlosigkeit", schreibt der Historiker Owen Jones. Er hat kürzlich ein Buch über die Dämonisierung der Arbeiterklasse geschrieben. [3] Nun hat die Kampagne gegen die Chavs ein neues Beispiel geschaffen: Als im Spätsommer in britischen Städten Riots ausgebrochen waren, erreichte die Hetze ihren Höhepunkt. „Plünderer sind Abschaum", diese Parole, die bei den Aufräumarbeiten des patriotischen Mittelstands zu sehen war, wurde im öffentlichen Diskurs weitgehend Konsens. Für viele waren diese Plünderer mit den Chavs identisch.

Glaubt man den Sozialchauvinisten, stehen die Arbeitslosen von heute in der Tradition Elagabals. Der römische Kaiser gilt als Symbol für Lasterhaftigkeit und Dekadenz.

Jones zeigt auch auf, wie die Kampagne gegen die Unterklasse und die Ideologie vom Ende der Arbeiterklasse verschmelzen. Das Klischee vom Chav tauchte zu einer Zeit auf, als Journalistinnen und Politiker aller Couleur behaupteten, wir alle – auch die vermeintlich aufstrebende Arbeiterklasse – seien nun Mittelschicht. Mit einer großen Ausnahme: All das, was von der alten Arbeiterklasse übrig war, wurde zum problematischen Rest degradiert. So schrieb der rechtsstehende Journalist Simon Heffer: „Was früher einmal die ehrbare Arbeiterklasse genannt wurde, ist fast ausgestorben. Was Soziologen als Arbeiterklasse zu bezeichnen pflegten, arbeitet dieser Tage normalerweise überhaupt nicht, sondern wird vom Sozialstaat unterhalten." Sie habe sich stattdessen zu einer „verkommenen Unterschicht", dem Prekariat, entwickelt. „Wer außerhalb von Mittelschichtbritannien bleibt, ist selbst schuld daran", fasst Jones diese Propaganda zusammen, die keineswegs Großbritannien vorbehalten ist.

Der normale Wahnsinn

Dass ganze Menschengruppen als faule, unproduktive „Schmarotzer" beschimpft werden, ist in Deutschland seit Langem bekannt. Diese Hetze erlebt immer wieder Konjunkturen, etwa wenn diese durch das Zusammenspiel von Boulevard und Politik die Form einer Kampagne annimmt. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Interview des ehemaligen FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle, in dem er gegen die „spätrömische Dekadenz" in unserer Gesellschaft wetterte. Es war nur der Startschuss für eine neue Kampagne gegen Erwerbslose, eine der vielen, die zur Verfestigung des Hartz-Regimes beitragen.

Mit der Kategorie des Sozialchauvinismus werden diese Unterdrückungsmechanismen sozial verortet. So kann verhindert werden, dass daraus ein rein moralisierender Diskurs entsteht, wie es beim Rassismus oft der Fall ist. Der Kampf gegen Sozialchauvinismus und Rassismus ist aber vor allem ein Eingriff in soziale Praxen und kann völlig unterschiedliche Formen annehmen. Dass man auch gegen sozialchauvinistische Spaltungen streiken kann, machten finnische Stahlkocher in diesem Sommer deutlich. Sie traten in den Ausstand, um polnische Leiharbeiter bei ihrem Kampf für gleiche Löhne und Arbeitsbedingungen gegen den deutschen Konzern Beroa zu unterstützen. Der mehrtägige Solidaritätsstreik setzte die Bosse schnell unter Druck. Ein Beroa-Vertreter sagte daraufhin zu, dass das Unternehmen sich zukünftig an die finnischen Gesetze und die vertraglich vereinbarten Bestimmungen halten werde. Der Umgang mit den Leiharbeitern, der in Finnland für Empörung sorge, sei in mitteleuropäischen Ländern üblich, rechtfertigte er sich noch.

Damit hat der Beroa-Vertreter ein wahres und vernichtendes Urteil über die solidarische Kampffähigkeit und -bereitschaft auch der DGB-Gewerkschaften ausgesprochen. Eine Auseinandersetzung mit sozialchauvinistischen Ideologien und Tendenzen, die sich auch unter Lohnabhängigen und Erwerbslosen verbreitet sind, ist unbedingt notwendig. Dagegen hilft nur die Entwicklung von kollektiver Solidaritätsarbeit und Gegenwehr im Alltag. So wird bei Begleitaktionen von Erwerbslosen im Jobcenter eben nicht nach „guten" und „schlechten" Erwerbslosen unterschieden und die gesellschaftliche Spaltung reproduziert. Dadurch kann ein politisches Bewusstsein entstehen, das Sozialchauvinismus zurückdrängt. Ganz verschwinden wird er so schnell nicht, aber zumindest könnte ein Klima erzeugt werden, indem die Mehrausbeutung von Leiharbeitern nicht mehr zum mitteleuropäischen Standard gerechnet wird.

Peter Nowak

Literatur zum Thema

[1] Sebastian Friedrich (Hg.): *Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der Sarrazindebatte*, Münster 2011.

[2] Thomas Haipeter & Klaus Dörre (Hg.): *Gewerkschaftliche Modernisierung*, Frankfurt a.M. 2011, u.a. mit dem Beitrag von Hajo Holst & Ingo Matuschek.

[3] Owen Jones: *Chavs. The Demonization of the Working Class*, London 2011.

Rückzug ohne Einsicht

Auf einer Tagung in Kassel zogen die Kritiker der zu Fall gebrachten Initiative zur Einschränkung des Streikrechts Bilanz

Mitte September traf sich die Initiative „Hände weg vom Streikrecht – für gewerkschaftliche Aktionsfreiheit“ in Kassel und zog Bilanz über die Aktivitäten der letzten Monate. Einige Wochen vorher hatte der Gewerkschaftsrat von ver.di seinen Austritt aus dem Bündnis des DGB mit dem Unternehmerverband BDA in Sachen Tarifeinheit bekanntgegeben. Ver.di erklärte dies damit, dass ihr Projekt momentan nicht durchsetzbar sei, das Fortführen der Initiative schaffe zu viel Unruhe in der Mitgliedschaft. Tatsächlich wurde dadurch eine ganze Reihe Kritiker in den eigenen Reihen auf den Plan gerufen, die auf internen Fachbereichsversammlungen Zustimmung bekamen – entgegen dem offensiven Auftreten der ver.di-Spitze um Frank Bsirske. Zudem stand der ver.di-Kongress vor der Tür und es sollte eine kritische Diskussion verhindert werden.

Es gab also keine Selbstkritik des Vorstands über das undemokratische Vorgehen, sondern allein die Feststellung, im Moment sei die Sache nicht positiv vermittelbar. Der IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber bedauerte in einem offenen Brief ver.dis Rückzug und betonte, dass dieser Rückzug keine Einsicht bedeute, sondern einfach nur der momentanen Stimmung und den Kräfteverhältnissen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften geschuldet sei.

Bunkermentalität vs. Bedürfnisse

Doch wie kam es zu diesen Kräfteverhältnissen? Die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) zur Tarifeinheit war der Auslöser für die Kampagne von DGB und BDA. In dem Urteil des BAG wurde die Realität der Tarifpluralität anerkannt. Die Monopolstellung der DGB-Gewerkschaften ist dadurch bedroht und kann in der alten Weise nicht mehr aufrechterhalten werden – vor allem sichtbar bei den großen Transportkonzernen wie Lufthansa und Deutsche Bahn, die auch Akteure in dieser Gesetzesinitiative waren. Konkurrierende Berufs- oder Spartengewerkschaften sind in Deutschland ein relativ neues Phänomen, drücken aber ein reales Bedürfnis von bestimmten Teilen der Lohnarbeiterschaft aus (Flugpersonal, Ärzte, Lokführer usw.). Hauptgrund für deren Unzufriedenheit ist zumeist die geringe Berücksichtigung ihrer zunehmenden spezifischen Arbeitsbelastungen. Gleichzeitig entstehen durch Prekarisierungsprozesse Möglichkeiten für Basisgewerkschaften, aktiv zu werden, wie exemplarisch im Babylon-Konflikt der FAU in Berlin zu beobachten.

Finger weg vom Streikrecht! Gewerkschaftsfreiheit statt Arbeitsfront www.fau.org/streikrecht

FAU

Auch für BasisgewerkschafterInnen ist es sehr wichtig, die Gründe für das Erstarken von Spartengewerkschaften genau zu untersuchen, um daraus für die eigene Praxis lernen zu können. Herausragend ist hier etwas das aktuelle Beispiel der Contterm-Gewerkschaft im Hamburger Hafen. Rechtsanwalt Rolf Geffken schrieb dazu im Express: „Aus der Enttäuschung über ver.di und den Betriebsrat im Hafen formierte sich die neue Hafenarbeitergewerkschaft [...] Kaum war diese gegründet, bestritt ver.di die Tariffähigkeit der neuen Organisation.“ Monopolisten wie der DGB und seine Gewerkschaften machen sich über die Ursachen keine Gedanken. Sie wenden sich einfach an den Staat und fordern dessen Eingreifen gegen die unliebsamen Konkurrenten – wie schon in der Weimarer Republik. Genau diesen Aspekt stellte auch Wolfgang Däubler in seinem Beitrag auf der Kasseler Tagung heraus: „Die Gewerkschaftszentralen mit ihrer Bunkermentalität ähneln ein wenig Monarchien wie zu Zeiten von Ludwig IV. Sie haben höllische Angst vor Unruhe und vor Bewegungen der Basis und versuchen, durch Zwangsschlichtung und schärfere staatliche Gesetze ihr Überleben zu retten.“



Marburger Bund

Faktoren des Gegenwinds

Juristen und Arbeitsrechtler wie Wolfgang Däubler und Rolf Geffken waren ein wichtiger Auslöser für den Gegenwind. Sie sind bekannt für ihre entschlossene Verteidigung von Rechten der Lohnarbeitenden und griffen die Einschränkung des Streikrechts und der Koalitionsfreiheit offensiv als grundgesetzwidrig an. Däubler unterstützte durch ein Gutachten den Marburger Bund als Gewerkschaft der Ärzte in diesem Sinne.

Auf einer Reihe von internen Fachbereichsversammlungen bei ver.di wurde die Gesetzesinitiative zu Tarifeinheit stark kritisiert. Einer der Gründe für die scharfe Kritik war natürlich auch, dass bestimmte Fachbereiche von ver.di direkt von diesem Gesetz betroffen gewesen wären, wie etwa die ver.di-Journalisten, die zur gewerkschaftlichen Minderheit in diesem Berufsbereich gehören. Die Führung von ver.di und speziell ihr Vorsitzender Bsirske konnten sich dagegen nicht durchsetzen.

Aber auch der Beitrag der gewerkschaftsübergreifenden Initiative, die zur Tagung in Kassel geladen hatte, ist nicht zu unterschätzen. Sie hatte u.a. mit lokalen Veranstaltungen zur Problematisierung des Gesetzesinitiative beigetragen und umfasste ein breites Spektrum von VertreterInnen der Spartengewerkschaften (GDL, Cockpit etc.) über ver.di-interne KritikerInnen bis hin zur FAU und anderen Basisgewerkschafte-rInnen.



Flyer zur Tagung in Kassel

Die Rücknahme dieser Initiative ist ein „historischer Erfolg“, so der O-Ton Däublers. Aber die erfolgreiche und produktive Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen gewerkschaftlichen Akteuren war auch für sich ein wichtiger Schritt. Er war Ausdruck einer Idee von gewerkschaftlichem Handeln, in der nicht mehr das Eigeninteresse von Apparaten dominiert, sondern der Blick und die Aktivitäten auf die Bedürfnisse der Lohnarbeitenden und Erwerbslosen gerichtet sind. Die gewerkschaftsübergreifende Kasseler Erklärung, die auf der Tagung verabschiedet wurde, steht ganz unter diesen Vorzeichen.

Willi Hajek

§§§-Dschungel

Kleine Einführung in die „Sittenwidrigkeit“ – Teil I

Arbeitsverträge können, z.B. wegen einer zu geringen Bezahlung, „sittenwidrig“ sein. Dieser Artikel schildert Voraussetzungen, Rechtsfolgen und politische Implikationen der gesetzlichen Bestimmungen über sittenwidrige Verträge.

Grundlegendes

Eine allgemeine Bestimmung über sittenwidrige Verträge findet sich in §138 BGB. Der erste Absatz des Paragraphen ist kurz, aber sehr allgemein gehalten: „Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig.“ Was die „guten Sitten“ sind, wird weiter unten erklärt; ein „Rechtsgeschäft“ ist u.a. der Abschluss eines Vertrages.

Nach dem zweiten, deutlich komplizierteren Absatz liegt eine solche „Nichtigkeit“ insbesondere dann vor, wenn es sich um ein Rechtsgeschäft handelt, durch das jemand, z.B. ein Betrieb, sich „unter Ausbeutung der Zwangslage, der Unerfahrenheit, des Mangels an Urteilsvermögen oder der erheblichen Willensschwäche“ der anderen Vertragspartei „für eine Leistung“, z.B. Lohn, „Vermögensvorteile versprechen oder gewähren lässt, die in einem auffälligen Missverhältnis zu der Leistung stehen.“ Ein solcher Vermögensvorteil ist auch die Arbeit, die eine Person für eine andere Person oder einen Betrieb leistet.

Ein solches Missverhältnis kann hypothetisch sowohl darin bestehen, dass die Arbeit angesichts des vereinbarten Lohns unangemessen wenig ist, als auch darin – was der typische Fall ist –, dass der Lohn angesichts der geleisteten Arbeit unangemessen niedrig ist. Aufgrund des hohen Drucks, einen Job finden zum müssen, um zumindest einigermaßen gut leben zu können, und in Anbetracht der starken Verhandlungsposition der BesitzerInnen der Produktionsmittel, kommt praktisch nur der zweite Fall vor.

Ist ein Vertrag sittenwidrig, also nichtig, wurde aber trotzdem Arbeit geleistet, stellt sich die Frage, wie diese Arbeit – in Anbetracht des Fehlens einer rechtsgültigen vertraglichen Lohnvereinbarung – stattdessen zu bezahlen ist. Diese Frage ist in §612 Absatz 2 BGB geregelt: „Ist die Höhe der Vergütung nicht bestimmt, so ist bei dem Bestehen einer Taxe die taxmäßige Vergütung, in Ermangelung einer Taxe die übliche Vergütung als vereinbart anzusehen.“ Taxe bedeutet hier so viel wie Tarif bzw. Tarifvertrag.

Wann ist nun aber ein Vertrag sittenwidrig?

Der Begriff der „guten Sitten“ in §138 BGB ist kein Begriff, der erlaubt, die je eigene Moral oder eine linke politische Programmatik in das Bürgerliche Gesetzbuch hineinzulesen. Den „guten Sitten“ einer bürgerlichen Gesellschaft widerspricht nicht, dass überhaupt Ausbeutung stattfindet, sondern dass sie deutlich stärker ausfällt als üblich.

Laut dem Duden sind Sitten die in einer Gemeinschaft geltenden, dort üblichen, als verbindlich betrachteten Gewohnheiten und Gepflogenheiten, die im Laufe der Zeit entwickelt und überliefert wurden. Folglich ist gerade das, was vom Üblichen abweicht, das Sittenwidrige. Damit kann es politisch durchaus problematisch sein, sich auf den Begriff des „Sittenwidrigen“ zu berufen.

In juristischer Terminologie werden – nach einer bereits vom Reichsgericht des deutschen Kaiserreichs entwickelten Definition – die „guten Sitten“ durch „das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden“ bestimmt. Kuriose Sondermeinungen und radikale politische Positionen bleiben also außer Betracht. Es kommt auf das „Durchschnittsempfinden“ an, wie *Brockhaus Recht* anschaulich, aber nicht ganz präzise schreibt. Das *Studienlexikon Recht* spricht von „herrschender Sozialmoral“. Es kommt allerdings weniger auf die Moral als Norm bzw. als Lippenbekenntnis an, als auf das, was der herrschenden *Praxis* entspricht (siehe Teil 2 für den Fall, dass Tarifverträge allgemein nicht eingehalten werden).

Selbst mit der Definition des Reichsgerichts bleibt aber noch ein weites Feld: Es geht um ein „Gefühl“, was als solches schon eine ziemlich vage Sache ist, und auch Ausdrücke wie „Anstand“ und „gerecht“ sind hoch umstritten. Ein solcher „unbestimmter Rechtsbegriff“ wie die „guten Sitten“ lässt den Gerichten also sehr viel Spielraum. Das ist u.a. deshalb problematisch, weil die sozialen Zugangshürden zum Beruf des Richters bzw. der Richterin noch höher sind als beispielsweise zu einem Abgeordnetenmandat im Parlament. Während von Rechts wegen alle Leute ab einem bestimmten Alter als Abgeordnete gewählt werden können, müssen BerufsrichterInnen Abitur und Studium absolviert haben. Außerdem sind RichterInnen demokratisch noch indirekter legitimiert als Abgeordnete. Da so die Gerichte kaum den Blickwinkel sozial Deklassierter teilen, ist es angebracht, der bürgerlichen Justiz mit einem gewissen Misstrauen gegenüberzutreten.

Im zweiten Teil in der nächsten Ausgabe wird es um das Missverhältnis von Leistung und Gegenleistung, die Ausbeutung von Zwangslagen, den gesetzlichen Lohnanspruch und praktische Beispiel gehen.

Detlef Georgia Schulze

PhilosophIn und PolitikwissenschaftlerIn, hat zuletzt in einem Projekt zum Thema „Der Rechtsstaat in Deutschland und Spanien“ gearbeitet.

Mit einer Klappe

Aufmüpfige Klüh-Belegschaft siegt vor Gericht – ein Musterurteil gegen Outsourcing

Oft wird beklagt, dass kämpferische KollegInnen heute zu sehr auf Gerichte angewiesen seien, um den Bossen Paroli zu bieten. Dennoch macht ein gewonnener Prozess Freude. So im Fall der renitenten Belegschaft bei der Flugzeugreinigungssparte des Dienstleistungskonzerns Klüh am Flughafen Düsseldorf (die *DA* berichtete). Was ist der Hintergrund? „Ende 2010 hatte die Firma Klüh ihre Flugzeugreinigung am Düsseldorfer Flughafen geschlossen. Den Auftrag der Air Berlin, die Hauptkunde von Klüh war, übernahm die Personalservice-Firma DLG, die zu 51 Prozent Klüh und zu 49 Prozent der Flughafengesellschaft gehört,“ so der Solikreis der Klüh-Beschäftigten.

Das Ganze, behaupteten die Firmen, sei ein normaler Vorgang, der eben leider betriebsbedingte Kündigungen nach sich ziehe. Einem Großteil der Beschäftigten wurde zwar ein „Weiterbeschäftigungsangebot“ unterbreitet, das aber sah schlechtere Bedingungen vor. Wer dem Management ein Dorn im Auge war, stand – mit einer mageren Abfindung – auf der Straße. Klüh wollte zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Das Manöver war leicht zu durchschauen. Also klagten etwa 30 ArbeiterInnen, darunter auch die Betriebsratsmitglieder, gegen ihre Entlassung. In ihren Augen handelte es sich nicht um eine Betriebsschließung, sondern um einen „Betriebsübergang“ – bei dem der neue Eigner alle Arbeitsverhältnisse und Kollektivvereinbarungen übernehmen muss (BGB §613a).

Der Konzern engagierte den Anwalt Helmut Naujoks, der in ver.di-Kreisen als „der Mann für's Grobe“ gilt. Noch Anfang 2011 schien das Kalkül der Bosse aufzugehen. Die zuständigen Arbeitsrichter „machten sich keine große Mühe mit einer Beweisaufnahme“, wie Prozessbeobachter Christian Frings berichtet. Einer gewissenhaften Prüfung hielten diese Urteile letztlich jedoch nicht stand. Nach einem anders lautenden Urteil im März hat nun das Landesarbeitsgericht Düsseldorf Ende September rechtskräftig im Sinne der ArbeiterInnen entschieden: Betriebsübergang! „Entscheidend war, dass alle Reinigungsaufträge ... ohne zeitliche Unterbrechung von dem Schwesterunternehmen fortgesetzt“ wurden. Weiter heißt es, dass auch große Teile der Belegschaft übernommen und die Arbeitsmethoden beibehalten wurden. Daraus ergibt sich, dass der Düsseldorfer Klüh-Betrieb nicht geschlossen wurde, sondern an eine andere Firma – die Leihbude DLG – übergeben wurde. In diesem Fall greift der Bestandsschutz.

So erwirkten die 30 ArbeiterInnen nicht nur ihre Weiterbeschäftigung, sondern für Teile der neuen DLG-Belegschaft auch konkrete Verbesserungen. Für den Inhaber der Klüh-Gruppe, der zu den 500 reichsten Deutschen gehört, wird das finanziell zu verschmerzen sein. Für Naujoks, der „aus innerer Überzeugung“ nur die Kapitalseite vertritt, stellt das Urteil eine schmerzhafte Schlappe dar. Für ArbeiterInnen schließlich könnte dieses Urteil zu einem wichtigen Referenzpunkt gegen Lohndumping durch Outsourcing werden. Die Klüh-DLG-Konstruktion ist nämlich kein Einzelfall. So weist etwa das Charité-eigene Subunternehmen CFM, bei dem derzeit für einen einheitlichen Tarifvertrag gestreikt wird, frappierende Ähnlichkeiten auf.

André Eisenstein

Faule Früchte zu hohen Preisen

Begünstigt durch die Wohnraumpolitik nimmt die soziale Verrohung auf dem Berliner Wohnungsmarkt deutlich zu

Steigende Mieten seien ein positives Zeichen, erklärte Berlins Regierender Klaus Wowereit Anfang des Jahres. Sie stünden für eine gute wirtschaftliche Entwicklung. In der Hauptstadt der Prekarität stoßen solche Äußerungen auf wenig Gegenliebe. Für den Großteil der Bevölkerung bedeuten steigende Mieten nur zweierlei: Verdrängung und weiterer Verzicht. Angesichts rasant steigender Mieten beginnen sich deshalb überall Betroffene zusammenzuschließen. Das Berliner Mietenstopp-Bündnis bietet auf seiner Webpräsenz einen unvollständigen Überblick über Mieter- und Stadtteilinitiativen in der Stadt. Die Liste ist imposant. Im September, vor der Wahl in Berlin, zeigte sich die neue Mieterbewegung erstmals stärker in der Öffentlichkeit. Fast 6.000 Menschen gingen gegen die Wohnraumpolitik auf die Straße. Auch die FAU Berlin war daran beteiligt.

Die Bilanz der rot-roten Wohnungspolitik in Berlin ist erschreckend. In acht Jahren hat sie gerade einmal 35 Sozialwohnungen bauen lassen, während die Mieten rasant angezogen sind. Zuletzt hat sie noch eine Regelung erlassen, die faktisch ein „Gesetz zur Abwicklung des sozialen Wohnungsbaus" darstellt, wie das Mietenstopp-Bündnis schreibt. Das alles geschah in Mitverantwortung der „Partei der Mieter", wie sich die Linkspartei gerne präsentiert. Die Demovorbereitung distanzierte sich deshalb deutlich von der Partei, als diese Anstalten machte, die Proteste für sich einzunehmen. „Dies ist eine Demonstration (unter anderem) gegen DIE LINKE", heißt es in einem offenen Brief an die, „die alles mitmachen". Weiter: „DIE LINKE Berlin war und ist die legitimatorische Vorhut des neoliberalen Umbaus dieser Stadt." Und jetzt droht weiteres Ungemach. Wie bekannt wurde, war vor der Wahl in der städtischen Wohnungsgesellschaft die Anweisung ausgegeben worden, vorerst keine größeren Mietsteigerungen vorzunehmen. Nach der Wahl soll der Mietspiegel voll ausgereizt werden.

Dabei haben in den letzten Jahren Immobilienakteure zunehmend Berlin für sich entdeckt. Die Stadt ist lukrativ. Der jährliche Zuwachs beträgt etwa 90.000 Menschen. Bei einer hohen Single-Quote bedeutet das viele neue Haushalte. Und Berlin ist eine „Mieterstadt": 85% der Menschen sind MieterInnen. Da zudem kaum mehr Mietobjekte nachgebaut wurden, verengt sich der Markt, können die Preise weiter angezogen werden. Der Wiener Immobilienkonzern Conwert etwa zieht sich dem *Standard* zufolge aus Wien zurück und „setzt [nunmehr] voll auf Berlin", wo die doppelte Rendite zu erzielen sei. Der Konzern kommuniziert offen, dass er auf Neuvermietungen setzte, über die rasche Mietsteigerungen möglich seien.

Implizit setzt man damit auf Wohnungen, die entweder leer stehen oder die man – wie auch immer – leer bekommt. Möglich ist dies, weil in Berlin – wegen eines offiziell entspannten Wohnungsmarktes – seit 2002 das Zweckentfremdungsgesetz aufgehoben ist und auch das Wirtschaftsstrafgesetz hohe Aufschläge bei der Neuvermietung nicht mehr als Mietpreisüberhöhung wertet.

Die Machenschaften nehmen perfide Züge an. Die Gruppe Tower Immobilien etwa kaufte dem *Spiegel* zufolge „dringend sanierungsbedürftige" Objekte auf. Die MieterInnen: besonders Einkommensschwache und AusländerInnen. Diese sind besonders abhängig, eingeschüchtert oder unwissend über ihre Rechte. Die scheinbare Taktik dabei: Betriebskosten werden radikal gemindert (sprich: das Haus verfällt) und die Mieten werden angezogen (etwa durch undurchsichtige und überzogene Betriebskostenabrechnungen). Davon zeugen zahlreiche Medienberichte. Im Juli kam gar eine sechsköpfige Familie in einem Tower-Haus ums Leben: Gastvergiftung wegen maroder Gastherme.



Plakat des Mietenstopp-Bündnisses

Ist das letzte Verwertbare der verfaulenden Frucht ausgesaugt, stößt man offenbar die Objekte ab. Zumindest drei Subfirmen aus dem undurchsichtigen Tower-Firmengeflecht, das noch vor kurzem 4.200 Wohnungen in Berlin besaß, haben indessen Insolvenz angemeldet. Man kann nur spekulieren, wo das ganze Geld hingegangen ist. Zum November geht nun das Deutschland-Portfolio an einen anderen Konzern über. Kein Grund zum Aufatmen für die leiderprobten Tower-MieterInnen: Jetzt bekommen sie es mit Conwert zu tun.

Leon Bauer

Teure Bundeswehrreform

Die Reform der Bundeswehr soll laut einem Bericht von *Spiegel online* Milliarden kosten, obgleich Personal abgebaut und der Rüstungsetat gekürzt werden soll. Hierzu legte Kriegsminister Thomas de Maizière kürzlich ein Papier vor, dem zu Folge insgesamt 36.000 Bundeswehrangestellte „sozialverträglich" entlassen werden sollen. Vorgesehen sind Dienstzeitverkürzungen bei Zeit- u. Berufssoldaten, vorzeitiger Ruhestand für Soldaten mit mehr als 20 Jahren Dienstzeit und einer „versorgungserhaltenden Ausgliederung" für Soldaten ab dem 50. Lebensjahr. Damit würde die Zahl der Berufs- und Zeitsoldaten von derzeit 186.000 auf 170.000 Soldaten sinken. Auch die Zahl der Zivilbeschäftigten soll verringert werden: Von derzeit 76.000 auf 55.000.

Allerdings kann ein vorzeitiges Ausscheiden von Berufssoldaten nur mit Einwilligung des Dienstherrn erfolgen. Damit möchte man einen hohen Abgang von qualifizierten Angestellten verhindern. Ferner sollen Spezialisten durch das Angebot von hohen Prämien bei der Bundeswehr gehalten werden. Allen voran diese Prämien, aber auch hohe Abfindungen und Versorgungsleistungen machen die Reform derart teuer. Sparen möchte man wiederum bei Rüstungsprojekten, konkret bei Kampfjets, Schützenpanzern, Kampfhubschraubern und Transporthelikoptern. Das soll keinesfalls den militärisch-hegemonialen Ansprüchen Deutschlands zuwider laufen. Man wolle vielmehr „unter dem vorrangigen Gesichtspunkt einsatzfähiger Streitkräfte eine höhere Effizienz und Effektivität ... erreichen", heißt es in dem Papier.

A.L.

Gewerkschaften im Krieg

Ein Kommentar von *Michael Schulze von Glaßer*



Urheber: Findus

200 Kampfpanzer nach Saudi-Arabien, Mercedes-Panzertransporter nach Libyen und U-Boote nach Israel – deutsche Waffen sind ein weltweiter Verkaufsschlager. Die deutsche Rüstungsbranche kann sich seit 2005 rühmen, die Bundesrepublik hinter den USA und Russland auf Platz drei der waffenexportierenden Länder gebracht zu haben. Sogar ganze Waffenfabriken werden exportiert. Gleichzeitig streitet Deutschland für einen dauerhaften Sitz im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen. Mit einem Sitz in diesem Gremium könnte auch Deutschland neue militärische Konflikte beeinflussen. Die Rüstungsindustrie und Wirtschaftsliberale reiben sich bereits die Hände. Und sie sind nicht allein: Auch die IG Metall freut sich. In einer kürzlich veröffentlichten Studie fordert die Gewerkschaft eine Ausweitung der Rüstungsexporte. Arbeitsplätze sollen so geschaffen oder zumindest erhalten werden. Auch die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zeigt sich militärfreundlich. Zwar heißt es in einem auf dem ver.di-Bundeskongress im September mit deutlicher Mehrheit beschlossenen Antrag, die Gewerkschaft lehne Krieg als Mittel der Politik ab und setze sich für eine Beschränkung der Bundeswehr auf die Landesverteidigung ein – militärische Interventionen werden aber nicht generell ausgeschlossen: „Auslandeinsätze sind vom Parlament zu beschließen und auf humanitäre Blauhelmeinsätze im Rahmen der UNO-Charta zu begrenzen."

Der Krieg also als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme: Die DGB-Gewerkschaften setzen sich für „sichere" Arbeitsplätze ein und scheuen dabei nicht den Gang über Leichen. Sie stimmen ein in den Chor aus Rüstungsindustriellen und westlichen Politikern. Dass der Chor ein bluttriefendes, gegen die Arbeiterschaft gerichtetes Lied singt, werden die DGB-Gewerkschafter wohl erst merken, wenn die Bundeswehr – wie von einigen Regierungspolitikern angestrebt – im Inland gegen Streikende zum Einsatz kommen wird. Dann werden die Gewerkschafter mit den Waffen geschlagen, die sie selbst produziert haben.



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

Der „Große Bruder" sendet seine Späher aus

In den letzten Jahren wurde immer wieder versucht, die Spielräume staatlicher Sicherheitsorgane zu erweitern: Der „große Lauschangriff", die Bundeswehr im Innern, die Vorratsdatenspeicherung und eben die Online-Durchsuchung, die gemäß eines Grundsatzurteils des Bundesverfassungsgerichts im Februar 2008 nur unter strengen Auflagen zulässig ist. Erlaubt ist allerdings die Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ), beispielsweise wenn über Skype kommuniziert wird. Dies ist auch der offizielle Grund der – laut CDU-Fraktion – bisher über 100 Einsätze des „Bundestrojaners".

Als dem Chaos Computer Club nun so ein Trojaner in die Hände fiel, kam heraus, dass dieser auch Screenshots ermöglicht und andere Programme nachladen kann. Zudem bleiben die erzeugten Lücken offen: Ein Einfallstor für weitere Hacker. Noch verheerender ist der zweite Trojaner, der von der Internetsicherheits-Firma Kapersky gefunden wurde: Dieser kann auch verschiedene Browser und Chat-Clients überwachen. Inwieweit der Trojaner eingesetzt wurde, ist noch unklar. Allerdings scheint der Skandal noch weitere Kreise zu ziehen: So berichtete ein Mitarbeiter eines Virenschutz-Herstellers der Zeitschrift *Computer Bild*, seine Firma habe den Behörden in einem Fall dabei geholfen, den Trojaner für den Viren-Scanner unsichtbar zu machen.

Die Empörung gegen diese Maßnahmen schlägt derweil hohe Wellen. Offensichtlich wurde hier das vom BverfG formulierte „Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme" verletzt. Inzwischen kann man auch „Anti-Bundestrojaner" herunterladen, die die Spähsoftware entfernen sollen. Für die zunehmende Sensibilität in der Bevölkerung spricht auch das Fallen der Zustimmungswerte zur Online-Durchsuchung von 65 % (2007) auf 43 % (2011).

Thomas Winzer

Datensammlung per Like-Button rechtswidrig

Die Landesdatenschutzbeauftragten von Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen schließen sich laut einem Bericht bei *Spiegel online* ihren KollegInnen in Schleswig-Holstein an: Das Sammeln von Daten per „Like"-Button, wie auf der Social-Network-Plattform Facebook möglich, ist rechtswidrig. Die Begründung: User werden nicht hinreichend darüber informiert, welche Daten in die USA übermittelt werden und was dort mit ihnen geschieht. Zudem würden über die Like-Buttons auch Daten von Nicht-Facebook-Mitgliedern gespeichert.

In Facebooks 46.000 Zeichen umfassenden Datenschutzrichtlinien, findet sich erst im vorletzten Absatz etwas über die Datenverarbeitung in den USA: „Durch die Verwendung von Facebook stimmst du der Übertragung und Verarbeitung deiner persönlichen Daten in den USA zu".

A.L.

ELENA wird abgeschafft

Die Arbeitnehmer-Datenbank Elena ist vorläufig vom Tisch. Von Anfang an war sie höchst umstritten. Jetzt hat das Bundeskabinett einen Entwurf aus dem Bundeswirtschaftsministerium verabschiedet, nachdem das Verfahren des „Elektronischen Entgeltnachweises", kurz Elena, komplett eingestampft wird. Das heißt auch, dass die bisher 700 Millionen (Quelle: *Spiegel online*) gesammelten Datensätze wieder gelöscht werden.

Die Abschaffung des Arbeitnehmer-Kontrollinstruments kann als ein Erfolg der protestierenden Betroffenen, einiger Gewerkschafter und Datenschützer verzeichnet werden. Zwar wurde die mangelnde Verbreitung von elektronischen Signaturen als Grund des Scheiterns von Elena angegeben, ohne die der Prozess kaum mit den Datenschutzrichtlinien vereinbar gewesen wäre. Dennoch war aber wohl der massive Druck ausschlaggebend, den GegnerInnen von Anfang gegen die Einführung der Datenbank ausgeübt hatten.

Ganz aufgeben möchten die Kontrollfreaks Elena jedoch nicht. Wie *heise.de* berichtete, habe das Kabinett im Gegenzug zum Ende von Elena Eckpunkte für ein „projektorientiertes Meldeverfahren in der Sozialversicherung" beschlossen. Für dieses soll die Erfahrung und die Infrastruktur aus dem Elena-Verfahren dienstbar gemacht werden.

A.L.

Illegale Vorratsdatenspeicherung durch Mobilfunkanbieter

Artikel 10 des Grundgesetzes besagt, dass „das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis [...] unverletzlich" sind. Scheinbar nimmt man's bei T-Mobile, Vodafone und E-Plus damit nicht so genau. Nach dem die EU-konforme verdachtslose Vorratsdatenspeicherung im Januar 2008 eingeführt wurde, der zu Folge alle eingehenden und abgehenden Rufnummern sowie die geografische Lage der genutzten Funkzelle und einiges mehr für mindestens 6 Monate gespeichert werden können, erklärte das Bundesverfassungsgericht im März 2010 dieses Gesetz für verfassungswidrig.

Normalerweise sollten Telefonfirmen Verbindungsdaten nur noch solange speichern dürfen, wie für die Abrechnung nötig ist. Der Ort, von dem das Gespräch geführt wurde, zählt überhaupt nicht dazu. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) jedoch drängt darauf, die umfassende Datenspeicherung wieder einzuführen. Eine Neufassung des Gesetzes soll den Einklang mit dem GG herstellen. Wobei ein Rechtsgutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags bezweifelt, ob sich die Vorratsdatenspeicherung überhaupt mit der EU-Grundrechte-Charta vereinbaren lässt.

Der Berliner Zeitung liegt nun eine Aufstellung der Generalstaatsanwaltschaft München vor, aus der hervorgeht, dass mehrere große Mobilfunkanbieter die sensiblen Daten für einen bis 6 Monate speichern – also rechtswidrig gehandelt haben. Wer telefoniert also mit wem? Und zwar: Von wo? Und wie lange?

C.S.

Depressiv und ausgebrannt

Meldungen aus der Knochenmühle

Burn-Out ist „Volkskrankheit" und Depression kein Tabuthema mehr. In der Krise steigen die Symptome einer ausgebrannten Bevölkerung. In Wirtschaft und Krankenkassen wird derweil über Präventionen gesprochen – Abfertigung durch mehr Therapien bei deutlich geringerer Behandlungszeit.

Hoher Frauenanteil bei psychischen Erkrankungen und Frühverrentungen

Immer mehr Menschen werden aufgrund psychischer Erkrankungen frühverrentet. Im Jahre 2010 waren es ca. 40% der bewilligten Erwerbsminderungsrenten, die auf psychische Erkrankungen zurückgingen. Der Anteil der Frauen liegt dabei mit 46% höher als der Anteil bei den Männern mit 33,4%. Jedoch ist bei Letzteren ein deutlicher Anstieg der Diagnosen zu verzeichnen. Allgemein stieg die Zahl der Krankschreibungen und stationären Behandlungen besonders im Zuge von sog. Burn-Outs. Seit 1999 sind krankheitsbedingte Fehltage aufgrund psychischer Leiden um 80% gestiegen. Das war bei ArbeitnehmerInnen im Jahre 2010 beinahe jeder zehnte Fehltag. Speziell Fehltage aufgrund der Diagnosen von Burn-Out und totaler Erschöpfung sind seit 2004 mit 1,8 Mio. auf das Neunfache gestiegen. Dabei fällt wieder deutlich das Gefälle im Verhältnis zwischen Frauen und Männern mit 102 zu 50 Fehltagen auf. Zumeist kann man direkte Rückschlüsse auf die sich verschärfenden Arbeitsbedingungen gerade in Branchen mit hohen Frauenanteilen, wie dem Gesundheitswesen und der Verwaltung, ziehen. Der allgemeine Druck, wieder ins Erwerbsleben zurück zu finden, besteht jedoch weiterhin, begleitet von einer medialen Kampagne. Laut den neuesten Zahlen der Deutschen Rentenversicherung kehren 84% nach einem Aufenthalt in einer Psychoklinik wieder ins Berufsleben zurück. Eine Rückfallquote wird derzeit nicht thematisiert. (SN)

Erkrankungen bei Jüngeren steigen

Krankenkassen berichten von einem besorgniserregenden Anstieg von Fehltagen insbesondere bei jüngeren ArbeitnehmerInnen aufgrund psychischer Erkrankungen. 2010 fehlten Jüngere doppelt so oft wie Ältere, zumeist wegen psychischer Diagnosen.

Jede/r Zehnte zwischen 15 und 29 Jahren gab dabei körperliche Probleme ohne erkennbare organische Zusammenhänge an, oft in Verbindung mit depressiven Störungen. Gerade sich verändernde Lebensumstände riefen bei sechs Prozent Anpassungsstörungen hervor, was damit zu den 40 häufigsten Diagnosen zählt. Jüngere ArbeitnehmerInnen melden sich dabei häufiger, jedoch für kürzere Zeit krank als ältere. (SN)

Precarium Perpetuum Mobile

In den Berliner Spätverkäufen sind nicht nur die Arbeitsverhältnisse unsicher, das gesamte Geschäftsmodell ist prekär.

In Berlin befindet sich die FAU derzeit in einem Arbeitskonflikt mit einem Spätkauf. Ein Kollege berichtet, dort zu einem Minilohn bis zu 60 Stunden die Woche gearbeitet zu haben (siehe Randspalte). Über die Arbeitsbedingungen in solchen Läden hört man vielfach nichts Gutes. Was also steckt genau hinter der „Späti"-Industrie? Fakt ist: Es ist ein äußerst prekärer Wirtschaftsbereich. Nicht nur Minilöhne und undurchsichtige Arbeitsverhältnisse sind weit verbreitet, auch Selbstausbeutung und wirtschaftlicher Überlebenskampf prägen das Bild.

In den meisten Fällen entstehen die Betriebe aus der Not heraus. Für viele sind sie eine Flucht aus der Arbeitslosigkeit. Seit der Einführung der Hartz-Gesetze gibt es einen starken Anstieg der Selbständigen. Insbesondere MigrantInnen, die am Arbeitsmarkt schlechtere Jobchancen haben, tendieren zur „Flucht nach vorn". Allerdings lässt die prekäre Ausgangssituation zumeist nur eine beschränkte Auswahl des Geschäftsfeldes zu: geringe finanzielle Mittel und geringe unternehmerische Kenntnisse erlauben keine großen Sprünge. Ein kleiner Laden oder Imbiss erscheint da noch am leichtesten zugänglich.

Das hohe Gründungsaufkommen in diesem Bereich führt zu einer starken „Branchenkonzentration" und damit zu einer hohen Wettbewerbsintensität, in deren Folge mit günstigsten Preisen gerungen wird. Es entsteht eine hohe Fluktuation, so dass den vielen Gründungen nicht wenige Schließungen folgen. Um diesen Druck zu kompensieren, ist die Branche durchsetzt mit Niedriglöhnen, mithelfenden Bekannten und Familienangehörigen sowie mit Mini-Minijobs von Hartz-IV-Betroffenen, die im Bereich des ihnen zugestandenen Zuverdienst von 160 Euro honoriert werden. Häufig arbeiten sie informell weitaus mehr als vereinbart. Auch die Ladeninhaber, sofern sie nicht zugkräftige Standorte oder gut gestellte Ketten haben, ackern öfters bis zum Umfallen. Manche von ihnen hausen gar im Laden.

Die Wettbewerbsintensität wirkt sich auch auf die Organisierungs- und Widerstandsmöglichkeiten aus. Denn die Niedriglohnjobs nehmen natürlich nur jene Lohnabhängigen an, die unter besonderem Druck stehen. Das gilt insbes. für Hartz-IV-Betroffene. Dabei funktioniert das Aufstock-Reglement in Wirklichkeit als verkappter Kombilohn, mit dem ein möglichst lohnnebenkostenfreies Unternehmertum indirekt subventioniert wird. Knapp 90% der in den letzten Jahren „geschaffenen" Minijobs fallen in die Kategorie der 160-Euro-Jobs. Dies ist die Grenze, wo sich der Verdienst nicht auf die Transferleistung auswirkt. Diese Mini-Mini-Job-Verträge sind in den Spätis gängig.

Lage und Zusammensetzung der Späti-Beschäftigten machen betriebliche Konflikte schwierig. Gerade da, wo viele Familienangehörige sind, liegt das auf der Hand. Kaum jemand organisiert sich gewerkschaftlich gegen seine Verwandten. Aber auch die anderen Beschäftigten sind recht ohnmächtig. In den zahlreichen Kleinstbetrieben ist man vereinzelt. Auch sind viele so eingeschüchtert, dass sie froh sind, überhaupt einen Job zu haben. Der gewerkschaftliche Organisierungsgrad in den Spätis geht entsprechend gegen Null. Auch Klagen in diesem Bereich sind weitestgehend unbekannt. Und das, obwohl Lohnniveaus von ein bis zwei Euro die Stunde keine Seltenheit sind.

Dabei wirkt sich auch aus, dass die Branche – meist zu Recht – als prekär wahrgenommen wird und dass dort nicht viel zu verteilen wäre. Eine Logik, die auch das gewerkschaftliche Handeln auf dem Feld bestimmt. Das sozialpartnerschaftliche Verantwortungsgefühl sorgt für Hemmungen. Man möchte die Läden nicht ruinieren. Letztlich gilt das auch für viele Beschäftigte. Oft hat man im Hinterkopf, dass höhere Löhne gar nicht leistbar wären, dass eine Klage dem Laden schaden würde usw. Auf diese Weise entstehen in den Läden zahlreiche Mini-Korporatismen, die durch soziale und verwandtschaftliche Verbandelungen, aber auch durch ökonomische Zwangslagen zusammengehalten werden.

Holger Marcks & Sebastien Nekyia



Kundgebung Mitte Oktober in Friedrichshain

Keine Glückssache

Auch der Spielgerätehersteller „Bally Wulff" setzt auf Outsourcing. Ein Kollege der FAU Berlin wehrt sich.

Der Hersteller für Geldspielgeräte „Bally Wulff" aus Berlin ist seit einigen Jahren dabei, die Produktionsstätte in eine Denkfabrik zu verwandeln. Seit Jahren findet eine „Umstrukturierung" statt. Die DA bat Markus, der sich derzeit mit der FAU Berlin im Konflikt mit Bally Wulff befindet, seine Geschichte zu schildern. Die Druckerei, in der er arbeitet, wird im Juni 2012 geschlossen.

Nun ist es wohl soweit, nach über 23 Jahren im selben Betrieb hat es auch mich erwischt. Die Kündigung ist da. Keine Überraschung. Meine persönliche Stellung im Betrieb sah ich schon seit einigen Jahren als nicht besonders gefestigt an. Ein konsequentes Eintreten für meine Rechte bis hin zu einem Rechtsstreit über Arbeits- und Urlaubszeiten machten mich bei der Geschäftsleitung unbeliebt. Der Betriebsrat blieb meist inaktiv und fühlte sich durch mein eigenständiges Handeln des öfteren vorgeführt. Unterstützt hat er mich eigentlich nie.

Im September wurde ich dann zur Geschäftsleitung bestellt. Ein Betriebsratsmitglied, das sich als Zeuge zur Verfügung stellte, habe ich abgelehnt und lieber einen Kollegen mitgenommen. Im Gegenzug fungierte das Betriebsratsmitglied dann jedoch als Zeuge der Geschäftsleitung. Das Gespräch mit dem Geschäftsführungsmitglied selbst erschien mir eher peinlich. Interessanter war dann schon die später folgende Kündigung, die sich als Änderungskündigung entpuppte. Aufgrund meiner langen Betriebszugehörigkeit soll ich noch bis zum Juni nächsten Jahres in der Druckerei arbeiten. Anschließend soll ich eine Stelle in einer anderen Abteilung annehmen, welche eine minderqualifizierte Arbeit und Lohneinbußen von fast 1.000 Euro brutto im Monat beinhalten würde. Dieses Angebot ist zu diesen Konditionen eine Zumutung! Ich könnte mir vorstellen, dass es meine Lust mindern soll, im Betrieb zu bleiben. Ebenso erschwert es meinen juristischen Stand, dass der Betriebsrat der Kündigung in dieser Form nicht widersprochen hat. Nun gehe ich mit meiner Sektion und dem Allgemeinen Syndikat dagegen vor – juristisch wie auch vor dem Betrieb.

Seit Jahren werden Abteilungen geschlossen, Produktionsabläufe ausgelagert und ehemals feste Arbeitsverhältnisse durch Leiharbeitskräfte oder befristet Angestellte ersetzt. Das greifen wir auch mit unserer Kampagne auf: denn auch, wenn es hier konkret um meinen Fall geht, handelt es sich doch um ein allgemeines Problem – Outsourcing und Prekarisierung.

Friede, Freude, Eierkuchen

Zu den diesjährigen Protesten gegen die Einheitsfeier in Bonn sprach die DA *mit Anna Schwarz von der ASJ Bonn*

Jedes Jahr zum 3. Oktober zelebriert sich der deutsche National- und Einheitsstolz. Es gab verschiedene Bündnisse. Was hat euch zur Beteiligung bewogen, worin lag euer Schwerpunkt?

Im Vorfeld haben wir uns entschlossen, ein Bündnis zu bilden, das sich nicht in innerlinken Grabenkämpfen verstricken sollte. Dennoch war allen Beteiligten klar, dass es jeweils unterschiedliche Schwerpunktsetzungen der Kritik geben wird – u.a. weil so genannte antideutsche Gruppen beteiligt waren. Schwerpunkt war für uns die generelle Ablehnung von Staat und Nation, die wir an diesem Wochenende verstärkt auf Deutschland als „geeinte, abfeierungswürdige Nation" fokussiert haben.

In Krisenzeiten wird mehr denn je auf ein nationales Kollektiv eingeschworen. Wie kamen die Proteste vor Ort an?

Wir haben im Vorfeld mehrere tausend Briefe an Haushalte verteilt, mit einer kurzen Schilderung unserer Kritik. Die Reaktionen von außen waren geteilt. Vereinzelt waren sie sehr positiv - zum Teil sogar im Hinblick auf weitere Zusammenarbeit. Insbesondere am 3.10. stießen wir jedoch auch auf heftige Gegenreaktionen. Zum Teil sorgte auch die Breite des Bündnisses für Unverständnis.

Die Proteste gegen die Einheitsfeier waren mit 700 Menschen ziemlich klein. Was zieht ihr als Erfahrung daraus?

Für uns war es von vornherein wichtig, die Gegenaktivitäten nicht nur auf eine Black Block-Demo zu beschränken, sondern alle mit einzubeziehen, die sich beteiligen wollen, und auch ein inhaltliches Rahmenprogramm zu stellen. Das war und ist uns wichtig. Bonn als kleinere, konservative Stadt ist für Proteste natürlich unattraktiver als z.B. Bremen, und die Gegenaktivitäten fielen dementsprechend klein aus. Leider fiel die Unterstützung aus alteingesessenen überregionalen Strukturen eher mager aus. Letztlich sind wir mit der Vielfalt der erfolgreich gelaufenen Aktionen dennoch zufrieden. Eine genauere Auswertung und unseren Aufruf findet ihr unter asjbonn.blogsport.de.

Meldungen aus der FAU

Berlin

Die FAU Berlin unterstützt weiterhin einen Genossen, dem von einem Spätkauf gekündigt wurde (siehe *DA* 207). In diesem Zusammenhang fand am 18. Oktober unter dem Motto „Lieber Späti als nie" eine Kundgebung in Berlin-Friedrichshain statt, die sich gegen „Ausbeutung und Selbstausbeutung" in Spätverkäufen richtete. Daran nahmen etwa 60 Personen teil. Eine einstweilige Verfügung des Arbeitgebers gegen das linke Onlineportal Trend wurde derweil abgewiesen.

Kiel

Am 29. Oktober fand sich in Kiel anlässlich einer Jobmesse ein Dutzend FAU-AktivistInnen aus Flensburg und Kiel zusammen. Nachdem die Aktiven innerhalb des Messegeländes den neuen Anti-Leiharbeitsflyer der Kampagne *Leiharbeit abschaffen* verteilten, wurden sie von der stark präsenten Security des Geländes verwiesen. Auf der Messe waren neben unliebsamen Arbeitgebern wie Polizei und Bundeswehr mehrere Leiharbeitsfirmen vertreten. Die AktivistInnen verteilten anschließend noch vor dem Gelände Flyer und erhielten viel positiven Zuspruch.

Limbach-Oberfrohna

Die FAU Region Ost ruft zu Spenden für die FAU Limbach-Oberfrohna auf. Die Stadt hat ein anhaltendes Neonazi-Problem. Für die dortigen Aktiven ist es kaum möglich, eine alternative gewerkschaftliche Kraft zu entwickeln, da der antifaschistische Abwehrkampf vor Ort viele Energien bündelt. Zur Stärkung der antifaschistischen Kultur vor Ort unterstützt auch die dortige FAU den Aufbau eines selbstverwalteten Treffpunkts.

Spendenkonto:
Soziale & Politische Bildungsvereinigung L.-O. e.V.
Kto-Nr.: 351 401 65 09
BLZ: 870 500 00
Sparkasse Chemnitz

Auf das Rathaus die rote Fahne!

Im Juni 1919 führten Lebensmittelproteste in Hamburg den Ausnahmezustand herbei

Zum Weiterlesen:

Sven Philipski: *Ernährungsnot und sozialer Protest: Die Hamburger Sülzeunruhen 1919*, Hamburg 2010.

Uwe Schulte-Varendorff: *Die Hungerunruhen in Hamburg im Juni 1919 - eine zweite Revolution?*, Hamburg 2010.

Ulrich Bauche: *„Wir sind die Kraft“: Arbeiterbewegung in Hamburg von den Anfängen bis 1945*, Hamburg 1988.



„Arbeitersülze - Pfund 3 Mark“. Demonstration in der Oberaltenallee, Juni 1919. (Foto: ETG Hamburg)

Für den westlichen Otto-Normalbürger ist es bis auf Ausnahmefälle eine Rarität, dass Nahrung oder besser gesagt der Mangel an Nahrung eine politische Angelegenheit darstellt. Im Weltmaßstab gesehen ist Unterernährung jedoch noch immer ein Phänomen, dessen erfolgreiche Bekämpfung größte politische Anstrengungen erfordert und erfordern wird.

Permanenter Hunger ist eine konkrete Bedrohung für die körperliche und geistige Gesundheit des Menschen und bedeutet im Extremfall das Ende der eigenen Existenz. Es mag daher wenig verwundern, dass politische und ökonomische Rahmenbedingungen, die kein ausreichendes bzw. zufriedenstellendes Angebot von Nahrung garantieren können, sehr schnell an Legitimität verlieren. Solche Systeme müssen früher oder später entweder reformiert werden, kollabieren in sich selbst oder werden mit immer repressiveren Maßnahmen aufrechterhalten.

Beispiele für Regime, die aus solchen Gründen vom Angesicht der politischen Landkarte getilgt wurden, sind allenthalben zu finden. Zweien der bedeutendsten Umwälzungen der letzten 250 Jahre, der Französischen Revolution 1789 und der Russischen Revolution 1917 lag eine sich massiv verschlechternde Ernährungslage der Bevölkerung zugrunde.

Es ist zu beobachten, wie einfache sozioökonomische Forderungen nach einer materiell besseren Lebensqualität sich zu Konflikten über die gesellschaftlichen Grundlagen entwickeln können.

In der deutschen Geschichte stellt der Erste Weltkrieg ein bedeutsames historisches Beispiel dar. Die soziale Misere während der Kriegszeit und die abschließende Niederlage der Mittelmächte und ihrer Verbündeten führte in Deutschland zu politischen Konflikten, die als Endresultat das Ende der Monarchie, die Niederschlagung der Rätebewegung und den Anfang der parlamentarischen Demokratie in Deutschland nach sich zogen.

In Verbindung damit soll die Lage in Hamburg näher beleuchtet und ein besonderer Blick auf die wohl bedeutendsten sozialen Nachkriegsproteste - die Sülzeunruhen von 1919 - geworfen werden.

Steckrüben und Wasser satt

Die Nahrungslage in Hamburg war bereits lange vor dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Niederlage des Deutschen Reiches äußerst prekär. Grund dafür war einerseits die Blockade der Entente, aber auch der Mangel an Arbeitskräften, Zugtieren und Düngemitteln in der heimischen Landwirtschaft. Schon kurz nach Ausbruch des Krieges wurde damit der Hunger ein zentraler Bestandteil im Leben erst der ärmeren, später dann auch der wohlhabenden Bevölkerungsschichten Hamburgs. Ein Zustand, der erst 1,5 – 2 Jahre nach Kriegsende etwas anderes als eine weitere Verschlechterung erfahren sollte.

Bereits kurz nach Kriegsanfang hatte sich das Nahrungsangebot im Deutschen Reich auf etwa 55% des Vorkriegsniveaus verringert. Besonders Großstädte litten unter dieser Entwicklung: die Bevölkerung Hamburgs musste während des Krieges teilweise mit nur einem Sechstel des Vorkriegsniveaus auskommen; die ohnehin spärlichen Lebensmittelrationen wurden mehrmals verringert. Nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ musste daher das Nahrungsangebot in der Kriegszeit stark unter jenen Bedingungen leiden.

Die Hamburger Regierung, die während der Kriegszeit von der SPD bzw. MSPD in Koalition mit bürgerlichen Parteien gestellt wurde, zeigte sich unfähig, etwas Besseres als ein erbärmliches Elendsmanagement für die hungrige Bevölkerung auf die Beine zu stellen. Maßnahmen, die die Ernährungssituation verbessern sollten, wie etwa Preisobergrenzen für Grundnahrungsmittel sowie Erhöhungen der Arbeitslosenunterstützung verpufften größtenteils im Nichts, wenn sie nicht sogar einen entgegengesetzten Effekt hatten. Vorschläge zur Vergesellschaftung der Nahrungsmittelindustrie, wie die Sozialisierung des Bäckereiwesens oder die Durchführung der Fleischverwertung in den Gemeinden, durch die bessere hygienische Standards und eine fairere Verteilung erzielt werden sollte, wurden vom Hamburger Senat ignoriert und konnten nicht umgesetzt werden. Die einfache Bevölkerung begriff, dass sie im Behörden- und Regierungswesen Hamburgs, wenn überhaupt, nur eine äußerst inkompetente Vertreterin ihrer Interessen gefunden hatte, und so entlud sich die Wut über den verhassten Hunger und die damit verbundene Hilflosigkeit immer öfter über spontane Formen des Protestes und der Selbsthilfe auch direkt gegen die Staatsmacht.

Die als elendig wohl noch zu großzügig bezeichnete Ernährungslage im Krieg sollte sich nach Ende der Kriegshandlungen im Jahre 1918 und der damit zusammenhängenden Novemberrevolution noch nicht einmal verschlechtern. Nicht nur, dass die Auflösung der Seeblockade erst nach Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages über sieben Monate später am 28. Juni 1919 offiziell beschlossen wurde, so blieben in der Folgezeit Getreide- und Futtermitteleinfuhren aus den ehemals besetzten Ostgebieten aus. Die junge Weimarer Republik war nicht in der Lage, kurzfristig bessere Lebensbedingungen für ihre Bürger zu schaffen. Die Alltagssorgen der einfachen Leute blieben demnach fast identisch zu denen vor der Revolution.

Die Sülzeunruhen 1919

Ursache für die Sülzeunruhen in Hamburg war ein zufällig entdeckter Lebensmittelskandal bei der Fleischwarenfabrik von Jacob Heil. Heil, seines Zeichens Gerbereibetreiber, hatte sich wie so mancher andere in der Kriegszeit in Aussicht auf hohe Profite der Nahrungsmittelproduktion zugewandt und produzierte unter unhygienischen Bedingungen aus Ochsen- und Kalbskopfhäuten sowie Ochsenmäulern Sülze und andere Produkte. Die „Zutaten“ für diese kulinarischen Eigenheiten konnten von Heil zu Spottpreisen von anderen Hauthändlern gekauft werden. Hauptgrund dafür war die Tatsache, dass viele Häute und Felle faulig, stinkig und von Maden durchsetzt waren und teilweise schon Jahre gelagert hatten.

Solch schäbige Machenschaften waren den zuständigen Behörden zwar vage bekannt, wurden jedoch selbst nach mehreren Beschwerden und Investigationen weiterhin geduldet und nicht ausreichend untersucht.

Am Morgen des 23. Juni 1919 wurde beim Abtransport eines der Abfallfässer, dessen Inhalt als Dung für Bauern verwendet werden sollte, unabsichtlich beschädigt. Die dann austretende „breiige, undefinierbare Masse“ verbreitete einen unangenehmen Gestank auf der Straße, der die Aufmerksamkeit von Passanten auf sich lenkte. Anwesende Arbeiter behaupteten, dass sich in den Fässern Lebensmittel der Lebensmittelfabrik Heil befänden. Eine schnell und spontan zusammengelaufene neugierige Menge drang daraufhin kurzerhand in die Verarbeitungsräume des Sülzeproduzenten ein und fand dort unter anderem mit dicken Schimmelschichten überzogenen Felle und Häute. Die immer weiter ansteigende Masse von Menschen, die Zeuge der fatalen Produktionsbedingungen wurde, ließ sich nicht von den Sicherheitskräften abschrecken und suchte Heil in seinem Kontor auf, bevor sie ihn in den Fluss Kleine Alster warf, wo er schließlich von zwei Polizisten herausgefischt werden musste. Erst nach Beschwichtigungsversuchen des zuständigen Kriminalinspektors ließ die Menschenmenge von weiteren Aktionen an diesem Tag ab.

Am nächsten Tag kam es an verschiedenen Orten Hamburgs zu weiteren Unruhen. Im besonderen Augenmerk der Massen stand dabei das Kriegsversorgungsamt, welches wie viele Geschäfte und Behörden im Laufe der Unruhen gestürmt wurde. Dabei wurden alle Lebensmittelmarken von den Demonstranten erbeutet. Dies zeigt, dass es sich hierbei nicht nur um einen Protest gegen die skandalösen Prozeduren in der Lebensmittelindustrie handelte, sondern auch um eine allgemeine Empörung gegen die schlechte Ernährungslage. Weiterhin wurde der Leiter des Kriegsversorgungsamts, Oberregierungsrat Dr. Lippmann, ohne relevanten Widerstand der Sicherheitskräfte zum Rathausmarkt geschleppt, wo er sich öffentlich verantworten sollte. Nach weiteren Beschwichtigungen ließ man ihn schließlich laufen.

Erst Ruhe und Ordnung, dann die Moral

Die Unruhen führten letztendlich zum Einmarsch der sogenannten „Bahrenfelder“, die sich aus reaktionären, anti-kommunistischen Weltkriegsoffizieren und von Großkaufleuten angeheuerten Zeitfreiwilligen zusammensetzten. Als sich die Truppe, von den Massen als „Noskegarden“ verschmäht, diesen entgegenstellte, kam es aufgrund eines Zwischenfalls zur Eskalation. Maschinengewehrfeuer führte in der Menschenmasse zu einem Toten und 15 Verwundeten. Die Bahrenfelder verschanzten sich nach diesem Vorfall im Rathaus, wo sie unter dem heftigen Feuer der Protestierenden standen, die sich mittlerweile mit Maschinengewehren und Gewehren eingedeckt hatten. Der auf etwa 8.000 - 10.000 zu beziffernden Menschenmenge gelang es am nächsten Tag, dem 25. Juni, das Rathaus zu stürmen. Dabei konnte ein Großteil der 210 Mann starken Bahrenfelder Truppe gefangen genommen werden. Einige wenige wurden bei den Gefechten getötet oder konnten fliehen.

Die staatlichen Autoritäten auf Stadt- und Reichsebene waren sich einig, dass die Situation in Hamburg „befriedet“ werden müsse. Mehrmals wurde der Belagerungszustand über die Stadt verhängt. Reichswehrminister Gustav Noske (MSPD), der mit Niederschlagung der Rätebewegungen in Deutschland bereits den Ruf eines „Bluthundes“ erlangt hatte, setzte seine Prioritäten darauf fest, „Ruhe und Ordnung“ in Hamburg wieder herzustellen. Zwar wurde eine Vereinbarung getroffen, dass keine Reichswehrtruppen in Hamburg einmarschieren, sofern alle Bahrenfelder freigelassen und die Lage in der Stadt stabilisiert ist - jedoch wurde gleichzeitig ein minimaler Zeitraum für die Erfüllung dieser Bedingungen gewährleistet. Am 26. Juni wurde der Befehl gegeben, Hamburg komplett abzuschließen. Ein erster Vorstoß der Reichswehr scheiterte jedoch kläglich, da sich die jungen Truppen von der Bevölkerung über die wirkliche Lage in Hamburg aufklären ließen und danach leicht überredet werden konnten, ihre Waffen nicht auf die hungernde Zivilbevölkerung zu richten. Wenige Tage später jedoch, am 29. Juni, marschierten auf Befehl von Noske unter Führung von Generalmajor Lettow-Vorbeck (dessen Auslieferung von den Alliierten aufgrund seiner grausamen Kriegsführung in Südost-Afrika verlangt wurde) 10.000 schwerbewaffnete Männer ohne nennenswerten Widerstand in die Innenstadt ein. Die Menschenmassen hatten diesem Aufgebot, welches 50 Prozent der mobilen Streitkräfte der Reichswehr ausmachte, wenig entgegenzusetzen und die Unruhen waren damit offiziell beendet. Möglichkeiten zur Gegenwehr blieben im Zuge dieser Besatzung nicht und selbst geringe, als Vergehen wahrgenommene Aktionen, wurden brutal bestraft.

Eine zweite Revolution in Hamburg?

Seit eh und je gibt es Bestrebungen, die Hamburger Sülzeunruhen als gezielten und geplanten politischen Umsturzversuch darzustellen. Zuletzt verbreitete der rechtskonservative Historiker Joachim Paschen dementsprechende Thesen. Ganz im Sinne damaliger Regierungspropaganda deutet er die Vorkommnisse als versuchte „zweite Revolution“ und als gegen die Republik gerichteter spartakistischer Aufstandsversuch. Noch bis in die 60er Jahre hinein gab es in Hamburg Gedenkfeiern und Kranzniederlegungen für die gefallenen Bahrenfelder. Demgegenüber kommt die moderne Forschung nun sehr einhellig zu dem Schluss, dass es sich bei den Sülzeunruhen um klassische Hungerunruhen gehandelt hat. Bemerkenswert war, dass mit der Erstürmung des Rathauses die Macht auf der Straße lag, sich aber „niemand bereit fand, eine revolutionäre Gewalt in der Stadt aufzurichten“ (Lothar Danner). USPD und die KPD wussten beide um die Gefahr einer brutalen Niederschlagung und hatten kein Interesse daran, die politische Macht an sich zu reißen und waren darauf auch gar nicht vorbereitet.

Der eigentliche Auslöser der Sülzeunruhen war die katastrophale Ernährungslage, wie sie vielerorts in der Nachkriegszeit im Deutschen Reich vorherrschte. Das spontane Aufbegehren folgte vor allen Dingen dem existentiellen menschlichen Bedürfnis nach materieller Grundversorgung.

Christopher Voß

Gewerkschaft von Unten

Ein Interview mit dem ägyptischen Journalisten und Anarchosyndikalisten Jano Charbel zur ArbeiterInnenorganisation

DA: Was waren die Ziele der ägyptischen ArbeiterInnenbewegung vor dem 25. Januar 2011?

Die ägyptischen ArbeiterInnen hatten vor der Revolution zahlreiche Forderungen – hauptsächlich sozioökonomischer Natur. Die meisten waren nicht erfüllt worden und wurden im Lauf der sich entwickelnden Revolution wieder aufgegriffen.

Seit dem historischem Streik bei der „Misr Textile Company" in Mahalla im Dezember 2006 forderten die ägyptischen ArbeiterInnen einen monatlichen Mindestlohn in Höhe von etwa 210 US-Dollar. Angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten kam es bezüglich dieses Mindestlohns zu Gerichtsverhandlungen und zahlreichen Protesten. Das Arbeits- und das Finanzministerium diskutieren zurzeit darüber, den Mindestlohn auf etwa 125 US-Dollar festzulegen. Diese Behörden behaupten, dass es nicht genug Geld gibt, um 210 Dollar zu zahlen. In diesem Zusammenhang fordern die ArbeiterInnen auch einen Maximallohn für Verwaltungsbeamte und Manager, der nicht mehr als das Fünfzehnfache des festgelegten Mindestlohns betragen soll. Die Behörden haben bisher aber weder dem einem noch dem anderen zugestimmt.

Gefordert wird auch ein neues Gewerkschaftsgesetz, dass das Recht unabhängige Gewerkschaften zu gründen festlegt, abseits der Kontrolle der Ägyptischen Gewerkschaftsföderation (Egyptian Trade Union Federation – ETUF). Die ETUF ist laut Gesetz der einzige erlaubte Zusammenschluss. Sie ist eine gelbe Gewerkschaft, staatlich kontrolliert und hat die Gewerkschaftsbewegung seit ihrer Entstehung 1957 monopolisiert.

Seit damals hat die ETUF nur zwei Streiks zugestimmt. Alle anderen Streiks waren wilde oder illegale Streiks. Deshalb fordern die ArbeiterInnen auch das Recht auf Streik, das Recht sich zu organisieren und das Recht auf Kollektivverhandlungen.

DA: Kannst du uns einen kurzen Überblick über zivilgesellschaftliche Organisationsformen und ihre Beziehungen zur ArbeiterInnenbewegung geben?

Seit der Revolution können wir die Entstehung zivilgesellschaftlicher Organisationen beobachten, die es vorher so nicht gab. Diese schließen die „Ägyptische Föderation Unabhängiger Gewerkschaften" (Egyptian Federation of Independent Trade Unions, EFITU), nachbarschaftliche Zusammenschlüsse und Landarbeitergewerkschaften ein.

Die EFITU wurde am 30. Januar 2011 gegründet. Es gibt zurzeit ca. 200 unabhängige Gewerkschaften mit mehr als 500 000 Mitgliedern in ganz Ägypten. Diese unabhängigen Gewerkschaften stehen in den momentan stattfindenden Arbeitskämpfen an vorderster Front.



Quelle: http://www.arabawy.org/photos/ (Creative Commons License) by Hossam el-Hamalawy

Die meisten Nachbarschaftskomitees wurden kurz nach Mubaraks Absetzung aufgelöst. Die noch existierenden Komitees finden sich vor allem in den ArbeiterInnenbezirken der großen Städte. Man hört, dass sie die Infrastruktur und Dienstleistungen in ihren Vierteln zu verbessern versuchen. Sie organisieren für ihre arbeitslosen Mitglieder auch Arbeitsmöglichkeiten, geben Flugblätter und andere Veröffentlichungen heraus und koordinieren sich mit anderen Komitees und formen so gemeinsam Stadt-Komitees.

Was die Landarbeiterzusammenschlüsse betrifft, haben diese Organisationsformen vor dem 25. Januar 2011 in Ägypten nicht existiert. Ägypten hat eine lange Gewerkschaftsgeschichte, aber Bauern, Bäuerinnen und LandarbeiterInnen hatten nie eine eigene Gewerkschaft. Heute gibt es diese in allen Provinzen und Zehntausende sind diesen Zusammenschlüssen in letzter Zeit beigetreten.

DA: Wie organisieren sich die neuen unabhängigen Gewerkschaften intern?

Die Aktionen, Wahlen, Diskussionen usw. werden in einer Generalversammlung organisiert. Diese stimmt kollektiv über Angelegenheiten wie Streiks, Proteste etc. ab. Normalerweise sind das Mehrheitsentscheidungen, kein Konsens.

Im Beispiel der Kairoer Verkehrsbetriebe (Greater Cairo's Public Transport Authority, PTA) organisierte und führte die unabhängige Gewerkschaft den Streik von über 35 000 Beschäftigten fast drei Wochen lang. Beinahe die Hälfte der Angestellten – inklusive Busfahrer, Schaffner, Mechaniker, Ingenieure und Verwaltungsangestellte - sind der unabhängigen Gewerkschaft beigetreten. Gleichzeitig ist die andere Hälfte noch Mitglied bei der staatlich kontrollierten Gewerkschaft „General Union of Land Transport Workers" und damit der gelben ETUF angegliedert.

Die staatlich kontrollierte Gewerkschaft hat diesen Streik verurteilt und angeprangert, genau wie alle früheren Streiks bei der PTA, während die unabhängige Gewerkschaft den Streik in etwa 25 Garagen in Kairo und Umgebung mitorganisiert hat. Einige Streikführer diskutierten sogar den Streik auszuweiten, indem sie die Busse fahren lassen – ohne Fahrscheine zu verkaufen.

DA: Wie sind Frauen in der Bewegung und in den Gewerkschaften involviert?

Arbeiterinnen waren bei Streiks, Protesten und Besetzungen in vorderster Reihe aktiv. Sie sind oft militanter als ihre Kollegen. Allerdings haben sie diese Position nicht in den Gewerkschaften, es gibt sehr wenige Frauen auf führenden Gewerkschaftsposten.

In den kürzlich gegründeten Landarbeitergewerkschaften und –verbänden gibt es praktisch keine weiblichen Mitglieder. Ländliche und bäuerliche Gesellschaften sind weit konservativer und diskriminierender gegenüber Frauen.

Einige der progressiveren unabhängigen Gewerkschaften versuchen die Rolle der Frauen innerhalb der Organisationen zu stärken, trotzdem ist die Repräsentation von Frauen gering. Frauen haben noch einen steilen Weg und Kampf vor sich, was die Gleichheit am Arbeitsplatz betrifft.

Wir radikalen Linken müssen die Gleichberechtigung von Arbeiterinnen, weiblichen Angestelhlten und Bäuerinnen an ihren jeweiligen Arbeitsplätzen vorantreiben. Wir müssen ebenfalls daran arbeiten, zusammen mit diesen Frauen, gleiche Rechte und Möglichkeiten in der Gewerkschaftsbewegung zu fördern.

DA: Wie siehst du die Entwicklung der ägyptischen ArbeiterInnenbewegung in den nächsten Jahren?

Welches Potential siehst du dabei bezüglich selbstorganisierter Graswurzelgewerkschaften und für Gewerkschaften, in denen sich die ArbeiterInnen nach anarchosyndikalistischen Prinzipien organisieren?

Das Phänomen unabhängiger Gewerkschaften in Ägypten ist extrem vielversprechend. ArbeiterInnen organisieren sich in Fabriken, Firmen und Sektoren, wo es früher keine Gewerkschaften gab – z.B. Fischer, Bauern, Taucher, ArbeiterInnen in Lebensmittelgeschäften und Saisonarbeitskräfte. Andere ArbeiterInnen verlassen en masse die staatlich kontrollierte ETUF und schaffen freie Gewerkschaften.

Es muss jedoch erwähnt werden, dass fast alle dieser Gewerkschaften praktisch orientiert sind, d.h. sie kämpfen ausschließlich für Arbeitsangelegenheiten. Wir hoffen, dass sich diese Gewerkschaften zu radikalen revolutionären Gewerkschaften entwickeln, die sich in soziopolitischen Kämpfen engagieren. Wir hoffen, dass diese unabhängigen Gewerkschaften statt hierarchisch zu sein, demokratischer, repräsentativer, militanter und horizontaler sein werden. Wir hoffen, dass ArbeiterInnen ihre RepräsentantInnen/ Delegierten/ gewählte Führung in die Verantwortung nehmen und Korruption und den Missbrauch von Gewerkschaftsgeldern nicht erlauben werden.

Interview: Thomas Winzer
Übersetzung: Cindy Mecate

Seit mehr als 10 Jahren organisieren sich in Ägypten unabhängige Gewerkschaften. Mit wilden Streiks und Fabrikbesetzungen wehren sich Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Schließungen und schlechte Arbeitsbedingungen. „Irgendwo müssen wir in Ägypten anfangen", sagt der Anarchosyndikalist Jano Charbel. „Ich glaube, mit dieser unabhängigen Gewerkschaftsbewegung werden auch radikalere Gewerkschaften entstehen, die damit anfangen, die Hierarchien in der Fabrik und die ganze Struktur der Gesellschaft zu hinterfragen. Ich denke – ich hoffe –, dass das zu sozialem Aufruhr führen wird, der wiederum zur sozialen Revolution führt – letztlich zur Übernahme der Produktionsmittel."

Bereits im Frühjahr 2011 führten zwei „Freunde der klassenlosen Gesellschaft" in Kairo ein Gespräch mit dem Journalisten Jano Charbel. Dokumentiert ist dies auf ihrer Internetseite: http://www.klassenlos.tk
Aktuelle Berichte von Jano Charbel über die Lage in Ägypten finden sich in englischer Sprache auf Charbels Blog: http://she2i2.blogspot.com

48 Stunden Generalstreik in Griechenland

Trotz anhaltender Verschärfung der Krise kommt wenig Bewegung in die Bewegung – oder doch?

Laut offiziellen Angaben des Instituts der Allgemeinen Griechischen Angestellten- und Arbeitergewerkschaft (GSEE) soll es bis Anfang 2012 in Griechenland mehr als 1,2 Millionen Arbeitslose geben. Insbesondere die Altersgruppe zwischen 15 und 24 Jahren sei schwer betroffen von einer Arbeitslosenquote, die im nächsten Jahr bei nicht weniger als 45% liegen soll. Bei einem 48-stündigen Generalstreik sind am 19. und 20. Oktober diesen Jahres täglich mehr als eine Million Menschen auf die Straße gegangen. Allein in der Hauptstadt Athen waren es täglich mehr als 500.000 Menschen. Der Begriff des „General"-Streiks wird in Griechenland jedoch in den letzten Jahren oft mit einer gewissen Leichtigkeit verwendet. Während Studierende, Arbeitslose, Teilzeitbeschäftigte, Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes demonstrieren, leistet zur selben Zeit die restliche Bevölkerung, also Angestellte aus dem privaten Sektor oder Migranten unbezahlte Überstunden. Inwieweit kann aber ein Staat durch einen „General"-Streik von Beamten unter Druck gesetzt werden, wenn die Wirtschaft des Landes hauptsächlich aus Dienstleistungen besteht, die von der einen Hälfte der Bevölkerung der anderen Hälfte angeboten werden? Am ersten Tag des Generalstreiks haben in Thessaloniki jedoch zum ersten Mal auch einige kleine Supermärkte am Streik teilgenommen. In Thessaloniki blühten einst Export- und Kleinbetriebe. Heute liegt der ökonomische Schwerpunkt auf mittelständischem Handel, Unterhaltung und Import. Bei der den Streik begleitenden Demonstration wurden andere Geschäfte, insbesondere Luxusartikel-Ketten, Ziel von sogenannten „Renovierungsaktionen" der Demonstranten. Dasselbe Schicksal traf auch die Schutzzäune einiger Bankfilialen. Die Polizei, die als Beamten der öffentlichen Sicherheit ein Siebtel der griechischen Beamten bilden, konnte nicht eingreifen, bevor die Menschenmassen der Demonstration sich aufgelöst hatten. Diese hatten für mehrere Stunden - zwar langsam und mit leiser Stimme, jedoch konstant und entschlossen wie noch nie - das Zentrum der Stadt lahm gelegt. Die Ausnahme vom allgemeinen Bewusstsein haben die Blocks der offiziellen gewerkschaftlichen Organe gebildet. Auch in solchen Momenten zögerten sie nicht, Stadt und Regierung lediglich um Gnade anzuflehen: „Wir ertragen es nicht mehr!" stand auf dem Transparent der Allgemeinen Griechischen Angestellten- und Arbeitergewerkschaft (GSEE). Glücklicherweise existieren jedoch noch andere Gewerkschaften, Gruppen und Bewegungen, die dieses Niveau Forderungen zu stellen für unzureichend halten. Die Zeit ist reif für ihre Vorschläge, die von unten kommen - für den Aufbau von neuen Institutionen und Beziehungen.

Die Linke zwischen Protest und Staatsraison

Für Donnerstag, den 20. Oktober war im griechischen Parlament die Abstimmung über die neuen Sparmaßnahmen angesetzt. Für diesen zweiten Tag des Streiks hatte die griechische kommunistische Partei KKE und deren Gewerkschaft (PAME) seit Tagen zu einer „Einkreisung" des Syntagma-Platzes vor dem griechischen Parlament in Athen aufgerufen. Eine „Einkreisung", die im Wesentlichen den Forderungen nach einem Sturm des Parlamentes entgegengestellt wurde. Zudem würde die „Einkreisung" das Parlament vor etwaigen Angriffen schützen, eine schwierige Aufgabe, die die Polizei alleine schwer bewerkstelligen konnte. Die Behinderung eines jeglichen Annäherns an das Parlament durch andere Demonstranten führte zu einem Angriff auf den Block der kommunistischen Partei und zu eineinhalb Stunden Ausschreitungen zwischen den unbeweglichen Kommunisten auf der einen Seite und dem antiautoritären Block sowie anderen Demonstranten auf der anderen Seite. Sämtliche Fernsehkanäle standen auf der Seite der Kommunisten, selbst die Morgensendungen wünschten sich, dass „alle friedlich bleiben und das griechische Volk ungeteilt bleibt". Die Sekretärin der griechischen kommunistischen Partei, Aleka Paparriga, kam aus dem gesperrten Parlamentsgebäude und gab ein öffentliches Statement. Umringt von dem Block ihrer Parteiangehörigen segnete sie dessen Handlungen ab und ging wieder zurück ins Parlament. Somit wurde auch der letzte Zweifel ausgeräumt, dass ihre Partei KKE vieles zu verlieren hätte, falls es tatsächlich zu einem Sturm des Parlamentes durch die Demonstranten kommen würde. In einem, an diesem Tag entworfenen Logo sieht man das Emblem der kommunistischen Gewerkschaft (PAME) umringt von dem Emblem der Polizei.

Lia Yoka und Leonidas Halkidis
aus Thessaloniki

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Australien: Die australische Airline „Quantas“ begegnet streikenden Piloten mit Lockout und zwingt sie zur Landung

In einem Konflikt der „Australian and International Pilots Association“ und zwei anderen Gewerkschaften mit der Fluglinie „Quantas“ griff deren Geschäftsleitung zu recht drastischen Mitteln um sich gegen die aufmüpfigen Piloten zur Wehr zu setzen: sie sperrte die Piloten kurzerhand aus, zwang sie zur Landung und ließ somit zehntausende von Passagieren einfach stranden.
Bei dem Konflikt ging es unter anderem um die geplante Streichung von 1.000 Stellen bei gleichzeitiger Bestellung neuer Flugzeuge im Wert von 9 Millionen australischer Dollar sowie die Abwanderung ins billigere Ausland um das kränkelnde Unternehmen zu sanieren. Der Schnellschuss der Aussperrung könnte aber durchaus nach hinten losgegangen sein. Zwar ordnete ein unabhängiges Tribunal die sofortige Beendigung des Streiks an, „Quantas“ selbst sah sich nach der Aussperrung allerdings nicht nur mit wütenden Gewerkschaftern, sondern gleichsam mit ebenso wütenden Passagieren und Aktionären konfrontiert. So kostete der Konflikt die Airline gut 20 Millionen australische Dollar pro Tag. Seit Beginn des Konfliktes verzeichnet die Airline überdies Verluste bei den Vorausbuchungen im Wert von 15 Millionen australischen Dollar pro Woche. Nach der gerichtlichen Anordnung haben Gewerkschaften und Airline nun 21 Tage, um sich zu einigen. Ansonsten wird es zu einem definitiven Schlichterspruch kommen.

Frankreich: Auch in Frankreich bleiben Flieger wegen eines fünftägigen Streiks der Flugbegleiter von „Air France“ am Boden

Eigentlich hätte „Air France“ diese Tage ein gutes Geschäft machen sollen. Die Schulen haben Herbstferien und der erste November als Feiertag lädt viele Franzosen zu einem verlängerten Wochenende ein. Nichts kommt jedoch wie es kommen soll und so machte ein fünftägiger Streik der Flugbegleiter mitten in der Stoßzeit dem Unternehmen einen Strich durch die Rechnung. Mit ihrem Streik machen die Flugbegleiter ihrem Unmut über die angeblich geplante Reduzierung des Bordpersonals bei Langstreckenflügen Luft. Laut Gewerkschaften würde eine solche Reduzierung sogar geltende Sicherheitsbestimmungen verletzen oder sich zumindest der Personalpolitik von Low Cost Airlines annähern. Wen wundert es? „Air France“ dementiert.

Georgien: Metallarbeiter streiken für bessere Verträge und besseren gesundheitlichen Schutz – letzteres zusammen mit den Anwohnern rund um das Stahlwerk

In Kutaissi, der zweitgrößten Stadt Georgiens, traten im September zahlreiche Arbeiter des indisch - georgischen Metallwerkes „Herkules“ in den Streik. Die Streikenden verlangtenvor allem den Schutz ihrer Rechte als Arbeiter. Nach den Vorschriften des georgischen Arbeitsgesetzbuches hat der Arbeitgeber das Recht einen Arbeitsvertrag aus jeglichem oder auch ganz ohne Grund und ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen. Nach einer Welle von Entlassungen, von der 17 Gewerkschaftsmitglieder betroffen sind, wehren sich die Arbeiter gegen diese gängige Praxis. Dem Streik schlossen sich zunächst 100 Arbeiter, der insgesammt 500 Beschäftigten an. Dem Protest der Beschäftigten schlossen sich auch Anwohner an, die besonders die Umweltverschmutzung bemängeln: der Schornstein des Unternehmens habe keinen Filter und die Abgase führten zu Atemwegserkrankungen .

Rumänien: Die Gewerkschaft „Nemira“ gewinnt mit anarchosyndikalistischer Unterstützung Streik in Maschinenfabrik

Einen erfolgreichen Streik beendete die kleine rumänische Gewerkschaft „Nemira“ Anfang Oktober in Arad. Nach mehreren ergebnislosen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Geschäftsleitung und der Betriebsgewerkschaft „Nemira“ (Sindicatul Nemira) wurde der Streik von der Mehrheit der Belegschaft beschlossen. Auslöser des Konfliktes bei der Maschinenfabrik „GDS Manufactoring Services“ war die Forderung nach einer Lohnerhöhung von 125 auf 148 Euro monatlich. Vertreter von „Nemira“ forderten ebenfalls den Abschluss eines Haustarifvertrags und die Ausgabe der zugesicherten Lebensmittelgutscheine. Unterstützt durch die „Anarcho-Syndikalistische Initiative Rumäniens“ (I.A.S.R.), setzten die Arbeiter ihre Forderungen in weniger als zwei Wochen durch.

Zusammengestellt von JH und LR

Wobblies bündeln Kräfte in der Dienstleistungsbranche

Bericht vom Gründungskongress der *IWW Food and Retail Workers United* in den USA

Am Wochenende vom 21. bis zum 23. Oktober 2011 trafen sich IWW-Mitglieder [1] aus den Branchengewerkschaften (Industrial Unions) 460, 640 und 660 in Portland, Oregon. In diesen Industrial Unions organisieren sich ArbeiterInnen aus der Lebensmittelindustrie, dem Einzelhandel und dem Vertrieb, sowie aus Restaurants, Hotels und der Gebäudereinigung. Die mit Abstand meisten Konflikte dieser Gewerkschaften in den letzten Jahren betrafen Restaurants und Lebensmittelgeschäfte – einige wurden mit öffentlichkeitswirksamen Kampagnen wie bei Starbucks und Jimmy John's international bekannt, andere wurden nicht öffentlich ausgetragen und betrafen sowohl andere große Ketten wie auch kleinere, unabhängige Geschäfte in ganz Nordamerika.

Das ganze Wochenende hindurch tauschten die AktivistInnen in organisierten Panels und Workshops, aber auch informell, Geschichten und Wissen über Betriebsarbeit aus, diskutierten über Themen der Gewerkschaft und der Arbeitswelt, sowie die Perspektive, durch die offizielle Gründung der *Food and Retail Workers United* ein schlagkräftigeres Netzwerk von IWW-Organizern und Mitgliedern in der Lebensmittel- und Einzelhandelsbranche in ganz Nordamerika zu schaffen. So kamen Delegierte aus Portland, Seattle, Kansas City, der Bay Area, Twin Cities, Baltimore, Richmond und anderen Städten der USA und ein Kollege aus Kanada. Das Treffen begann mit einem vom Kollektiv *Red&Black Café* organisierten Abendessen. Während des Essens diskutierten Wobblies mit unterschiedlichen Erfahrungen in Restaurants, Lebensmittelgeschäften und Coffee Shops über die Erfolge und Fehler vergangener Kampagnen, aber auch zukunftsgewandte Fragen wie die Möglichkeiten zur Überwindung der kapitalistischen Ordnung. Ein Kollege kommentierte das Dinner sogar mit der Bemerkung, dass dies die wohl größte Ansammlung von Wobblies in einem Raum sei, die er je gesehen hätte. So profitierten denn auch viele der anwesenden Organizer von der Möglichkeit des sozialen Beisammenseins und des Austausches.

Die beiden Folgetage beinhalteten Arbeitstreffen um das Gründungsstatut und die Gründungserklärung in ihre endgültige Form zu bringen, so dass sie noch im November im jährlichen Referendum der IWW zur Abstimmung gestellt werden können. Darüber hinaus wurden in kleineren Arbeitsgruppen zukünftige Aktivitäten geplant und Verantwortlichkeiten geklärt, um das gemeinsame Projekt voran zu bringen. Die Arbeitsgruppen für rechtliche Fragen, Bildung und Kampagnenarbeit, IT, Medien, Forschung sowie Fundraising werden als Organe der *IWW Food and Retail Workers United* weiterbestehen und praktische Handreichungen wie einen „Organizing-Werkzeugkoffer“, eine „Kenne-Deine-Rechte“-Broschüre für legale und illegalisierte ArbeiterInnen in den USA, ein Training für die Pressearbeit und eine eigene Website erstellen sowie bereits existierende Projekte wie das IWW-Sommer-Bildungstreffen unterstützen, welches im nächsten Jahr in Minnesota stattfinden soll.

Neben dem formellen Teil des Treffens gab es reichlich Zeit, um sich mit KollegInnen aus der Dienstleistungsbranche in ganz Nordamerika auszutauschen und neue Netzwerke zu schaffen. Am Sonntag boten viele Einzelpersonen und Gruppen wie das Frauenkomitee des allgemeinen Syndikats aus Portland thematische Workshops an, deren Bandbreite von der erfolgreichen Durchführung einer Direkten Aktion am Arbeitsplatz über den alltäglichen Kampf von Arbeiterinnen und Gewerkschaftsmitgliedern bis zur klugen Planung einer Medienkampagne reichte. Diese Workshops bereiteten den Weg für tiefergehende Diskussionen über wichtige taktische Fragen, die die Organizer der IWW zur Sprache brachten.

Eine intensive Diskussion wurde besonders zu einem Punkt geführt: Die Fähigkeit und Notwendigkeit, eine vielschichtigere Gewerkschaft zu werden, die in der Lage ist, auch Arbeiterinnen und Arbeiter in prekärsten Arbeitsverhältnissen zu vertreten. Inputreferate, die alternative Beispiele wie das *Seattle Solidarity Network* zeigten, führten zu einem Lernprozess und zu einer Auseinandersetzung mit Themen, die sonst selten auf Treffen der IWW behandelt werden. Als Gewerkschaft, die ihre historischen Wurzeln im Organisieren von ethnischen und sozialen Minderheiten hat, will auch die *Food and Retail Workers United* die Solidarität mit den marginalisiertesten Gruppen von ArbeiterInnen im Dienstleistungssektor stärken und sieht sich in der Verantwortung, diese Gruppen als Teil der Arbeiterklasse anzusprechen. Alle, die im Kapitalismus Lohnarbeit betreiben, werden täglich unterdrückt. Die Art sich zu organisieren und die nimmermüden Gespräche und Diskussionen über manchmal unbequeme Themen sind es aber, die die Gewerkschaft weiter voranbringen.

Wenn die vorgeschlagene Satzung der *Food and Retail Workers United* angenommen wird, wird sie zukünftig einmal im Jahr einen Kongress abhalten, um die revolutionäre Arbeit der IWW im Niedriglohnsektor bei Dienstleistungen fortzuführen. Für die nordamerikanische Gewerkschaftsbewegung, die größtenteils von bürokratischen Gewerkschaften bestimmt wird, ist die Gründung einer kämpferischen Branchenorganisation für den Bereich Nahrung und Einzelhandel ein historisch bedeutsamer Schritt.

Emma Larson

[1] IWW steht für *Industrial Workers of the World* und ist ein weltweiter Verband kämpferischer, meist lokal beschränkter Gewerkschaften, dessen historischer und aktueller Schwerpunkt aber eindeutig in den USA liegt. 1905 gegründet, organisierte sie zunächst vor allem Wanderarbeiter und andere in den traditionellen Gewerkschaften schlecht vertretene Gruppen. Die Mitglieder bezeichnen sich traditionell als Wobblies.

1 2 3 - Occupy

Am 15. Oktober wurde unter dem Motto „United for Global Change“ zum internationalen Aktionstag gegen die Krise aufgerufen. Anlass genug für die Redaktion „Globales“ eine kleine Weltreise zu unternehmen.

1. Mexiko

Sie nennen sich „Indignados“, die Empörten. Und empört ist man in Mexiko nicht nur über die steigende Arbeitslosigkeit, ein katastrophales Gesundheitswesen und schwer zugängliche Bildung. In Mexiko ist man vor allem empört über einen blutigen Drogenkrieg, der im eigenen Land wütet und täglich neue Opfer fordert. Für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie gingen am 15.Oktober mehrere tausend Menschen in Mexiko-Stadt auf die Strasse. Die anhaltende Gewalt und die ständig steigende Armut waren die herausragenden Themen der Demonstrationen in Mexiko-Stadt, Guadalajara, Monterrey, Ciudad Juárez, Xapala, Acapulco und Oaxaca. Angesichts der Gewalt im Lande hatte sich bereits im Mai ein Friedensbündnis aus diversen Einzelpersonen und zivilgesellschaftlichen Gruppen gebildet, die die Regierung zu einem Strategiewechsel bewegen wollen. „No más sangre, no más hambre“ - „Kein Blut mehr, keinen Hunger mehr“, riefen auch die Demonstranten am Revolutionsdenkmal der Hauptstadt. Seit der Amtseinführung des heutigen Präsidenten Felipe Calderón, vor fünf Jahren, forderte der Militäreinsatz unter dem Vorwand des „Krieges gegen den Drogenhandel“ bereits über 34 000 Tote.

2. Italien

Italien wartete zum 15. Oktober mit einer der wohl größten Demonstrationen des weltweiten Aktionstages der „Empörten“ auf. So kamen laut offizieller Schätzungen an diesem Tag rund 200.000 Demonstranten zur zentralen Demonstration nach Rom. Aus mehr als 50 Provinzen kamen 750 Reisebusse mit Demonstranten, um dem von gut 160 Organisationen unterschriebenen Aufruf des „Coordinamento 15 Ottobre“ Folge zu leisten. In weiteren Städten Italiens wurden begleitende Sit-Ins oder Konferenzen organisiert. Die Proteste in Rom waren jedoch nicht nur die größten, sondern auch die gewalttätigsten des Aktionstages. So sind in Flammen aufgegangene Privat-PKWs und Polizeifahrzeuge, ein gestürmter Edelsupermarkt, ein Brandanschlag auf eine Außenstelle des Verteidigungsministeriums und ca. 70 Verhaftungen die Bilanz des Tages. Seither scheiden sich die Geister sowohl über den Charakter als auch den Sinn und Zweck der Ausschreitungen. Für einige mag bereits das eigenständige Motto „Rise up!“ (im Gegensatz zum offiziellen „United for Global Change“) einen Vorgeschmack auf die zu erwartenden Ausschreitungen gegeben haben. Und so beeilte sich denn auch ein Teil der Medien, insbesondere die Organisatoren aus dem Umfeld der sog. „Centri Sociali“ als Erben der terroristischen „Brigate Rosse“ auszumachen. Andere hingegen distanzieren sich zwar ausdrücklich von den Brandanschlägen, sehen als Hauptgrund für die Eskalation aber die miserable und aggressive Strategie der Polizei und die tiefgreifende Verzweiflung großer Teile der in ständig steigende Prekarität gezwungenen Bevölkerung. Es beginnt offenbar zu brodeln, in einem Land, das ständig an der Grenze des Bankrotts steht und in dem der Sozialstaat kaum noch existiert.

3. Holland

In Amsterdam, Den Haag, Rotterdam und Utrecht kamen über 2000 Menschen zusammen. Die größte Demonstration fand in Amsterdam statt. Die Demoroute führte direkt zur Niederländischen Zentralbank. Die Protestierenden kritisierten vor allem das korrupte Bankensystem und die weltweite Ungerechtigkeit. Die Finanzkrise betrifft die Niederlande zwar weniger stark als andere europäische Länder, trotzdem ist man sich einig. Das alte System hat ausgedient. Der Kapitalismus soll reformiert werden. Einige Demonstranten verbrachten die Nacht vor der Börse. In Zelten besetzten 60 Aktivisten den Beursplein-Platz.

4. Spanien

Die spanische Bewegung „15-M“ hatte den weltweiten Aktionstag bereits im Sommer angekündigt und per Internet beworben. In Madrid kamen dann auch mehr als 50.000 Menschen zusammen, um dort, wo vor einem halben Jahr alles begonnen hatte, erneut zu demonstrieren. Im Herkunftsland der „Indignados“ gingen mehrere Millionen Menschen auf die Straße, insgesamt nahmen 70 spanische Städte an den Protesten teil. Überall waren die Demonstrationen deutlich größer und stärker als noch im Mai. In Madrid musste den Teilnehmern, die noch am Sammelplatz der Demonstration warteten, sogar erklärt werden, dass die Plaza del Sol schon überfüllt war. Seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise vor vier Jahren ist die Zahl der Arbeitslosen in Spanien um 3,2 Millionen gestiegen. 1,425 Millionen Haushalte gibt es mittlerweile, in denen jeder Erwerbsfähige keinen Job hat. Dennoch wird besonders auf den Kundgebungen betont, dass es nicht eine Bewegung sei, die sich allein aus ökonomischen Interessen speist, sondern dass es sich um eine Demokratiebewegung handelt.

Redaktion Globales

Detroit: Von der Motown zum Urban Farming?

Über die Zerschlagung des Automobil-Proletariats, die Krise und über Bio-Gemüse aus der Innenstadt

In den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts begann die US-Automobilindustrie einen groß angelegten Angriff auf die streikerprobten Belegschaften der Automobilfabriken in Detroit, Michigan. Innerhalb von weniger als fünfzehn Jahren wurden alle Werke der „Motown" geschlossen oder in die Südstaaten der USA verlagert, wo die Löhne deutlich niedriger waren. Vor allem aber hoffte man darauf, dass die Belegschaften dort unerfahrener und somit leichter zu erpressen sind.

Für Detroit hatte diese gezielte Deindustrialisierung verheerende Folgen. Die Einwohnerzahl sank von knapp 2 Millionen auf heute weniger als 700.000. Die faktische Arbeitslosenquote liegt bei rund 50 Prozent, 80 Prozent der ArbeiterInnen ohne Job sind Farbige. Wer konnte, ist weggezogen. Mit dem Wegzug der ArbeiterInnen aus Motown brach die gesamte Infrastruktur zusammen. An vielen Orten gleicht Detroit heute einer Geisterstadt. Große Brachflächen, leerstehende und zerfallene Häuser prägen das Stadtbild. Mehr als 30 Prozent des Stadtgebietes gelten inzwischen als unbewohnbar. Das in der Motor-Town traditionell unterentwickelte Nahverkehrssystem ist heute kaum mehr vorhanden.

Für viele derjenigen, die geblieben sind, ist es immer schwieriger geworden, ihren von Gelegenheitsjobs und Arbeitslosenunterstützung geprägten Alltag zu organisieren. Es gibt kaum Infrastruktur, viele Schulen wurden geschlossen. Geschäfte und Supermärkte sind in die Vororte gezogen. Die Lebensmittelversorgung beschränkt sich auf Fertigprodukte in den Tankstellen oder Kiosken an der Ecke. Frisches Obst und Gemüse gibt es kaum.

In dieser Situation begannen Anfang der 90er einige Leute aus den Communities damit, aufgegebene Flächen zu besetzen und dort Gemüse und Obst für sich und die Nachbarschaft anzubauen. Binnen weniger Jahre machte dieses Beispiel Schule. Heute gibt es in Detroit ein Netzwerk von mehr als 1.200 sog. „Urban Farms". Manche sind nur wenige Dutzend Quadratmeter groß, andere mehrere Hektar. Einige werden privat betrieben, viele aber auch durch Nachbarschaften und Kooperativen. So gibt es beispielsweise das „Detroit Black Community Food Security Network", das nicht nur Gemüse anbaut, sondern direkt in seinen angeschlossenen Food-Coops vetreibt. Andere „Urban Farms" geben das, was sie für ihre Mitglieder nicht selbst verbrauchen an die zahlreichen Suppenküchen weiter, vor denen die Schlangen in den letzten Jahren immer länger geworden sind. Heute produzieren viele Communities einen großen Teil ihres Gemüses und Obstes selbst. Das meiste davon übrigens sogar Bio, da von Beginn an auf Pestizide und chemische Kurzzeitdünger verzichtet wurde. Rund um das „Urban Farming" hat sich ein Selbsthilfe-Netzwerk entwickelt, in dem Erfahrungen und Saatgut weitergegeben werden. Seither entwickeln sich derartige Projekte auch in anderen US-Bundesstaaten und dehnen sich rasant aus.

Wie kaum anders zu erwarten, hat das öffentliche Interesse rund um das „Urban Farming" schnell profitorientierte Interessen geweckt. So möchte eine Investorengruppe rund um den Finanzmanager John Hantz in großem Umfang Land in der Motor-City aufkaufen. Dort soll für mehr als 30 Millionen Dollar konventionelles High-Tech „Urban Farming" im großen Stil betrieben werden. Warum sich die Investoren ausgerechnet für Detroit entschieden haben, darüber lässt Hantz keine Zweifel aufkommen: Der Grund und Boden sei günstig und die Löhne in der deindustrialisierten Motor-City niedrig.



Quelle: http://www.anarchosyndicalism.net

„Urban Farming" ist dabei weder ein neues Phänomen, noch eines, das sich auf die USA beschränkt. Der Anbau eigener Lebensmittel ist für viele ArbeiterInnen im Prozess der Proletarisierung immer wieder Überlebensnotwendigkeit gewesen. So gehörte zu jeder Bergarbeiterwohnung in einer Siedlung des Ruhrgebietes stets ein Garten für die Selbstversorgung und häufig ein Stall zur Haltung von Geflügel oder eines Schweins. Anders ließ sich über Jahrzehnte mit den Löhnen überhaupt nicht auskommen. Ähnliche Strukturen finden sich heute noch (oder wieder) in vielen anderen proletarischen Vierteln rund um den Globus.

Bemerkenswert an der „Urban Farming"-Bewegung sind aber sicherlich zwei Dinge: Zum einen stellt sie eine Reaktion auf die tiefe Krise des kapitalistischen Weltsystems dar, die wir derzeit erleben. Die Deindustrialisierung Detroits und die Zerschlagung der stolzen und kämpferischen Belegschaften dieser Stadt könnten sich als ebenso exemplarisch für die Entwicklung der nächsten Jahre in vielen Teilen der Welt herausstellen, wie der Rückgriff auf das „Urban Farming" als eines Teils der Antwort der Communities. Interessant ist aber sicherlich auch, dass ein Teil des „Urban Farming" gemeinschaftlich organisiert wird und dies von manchen Initiativen bewusst als Teil eines „Buen vivir" oder des Kampfes um die „Commons" propagiert wird. In gewisser Weise erinnert das an die Selbstversorgungsprojekte der 20er Jahre, die von arbeitslosen Mitgliedern der anarcho-syndikalistischen „Freien Arbeiter Union Deutschlands" (FAUD) in verschiedenen deutschen Städten betrieben wurden.

Man kann und muss sicherlich darüber streiten, ob es einen Fort- oder einen Rückschritt darstellt, wenn ArbeiterInnen sich (wieder) Gedanken darüber machen müssen, wie sie selbst für bezahlbares und giftfreies Obst und Gemüse sorgen können. Eines aber dürfte sicher sein: Mit dem Fortgang und der Verschärfung der derzeitigen Krise und ihrer Folgen wird „Urban Farming" weit über Detroit hinaus populär werden.

Gianni Med

Der bewaffnete Kampf der ETA ist zu ende

Wie die Zukunft sozialer Kämpfe aussieht, wird die Bewegung unter Beweis stellen müssen

Am 20. Oktober erklärte die baskische Untergrundorganisation den bewaffneten Kampf nach über 50 Jahren für beendet. Was uns das angeht? Viel, denn die Guerilla ist Teil der baskischen Linken (IA) [1], die nicht nur für die Unabhängigkeit des Baskenlandes, sondern ebenso für eine sozialistische Gesellschaft kämpft. Wichtiger als die quantitativ kleine militärische Gruppierung ist also diese breite linke Bewegung, die mit ihren Gewerkschaften eine sehr klassenkämpferische und streikfreudige Komponente besitzt.

ELA und LAB – absolute Gewerkschaftsmehrheit

Die marxistische LAB ist aus den unter Franco [2] illegalen Arbeiterkomissionen (CCOO) hervorgegangen. Diese waren im Baskenland nicht von der Kommunistischen Partei dominiert. Sie spielten eine große Rolle im Kampf der BaskInnen gegen den Franquismus und für die Unabhängigkeit. Schon damals gab es hier die meisten Streiks und Arbeitskämpfe im gesamten Staat – für soziale Emanzipation wie für Unabhängigkeit oder Amnestie der baskischen Gefangenen. Auch heute stellt die LAB (2005 ca. 38.000 Mitglieder; gut 15% bei Betriebswahlen) immer die radikalsten Forderungen. Standortpolitik und Co-Management werden konsequent abgelehnt. Neben den Aufrufen zu 3 erfolgreichen Generalstreiks gegen die neoliberale „Krisenpolitik" des Staates waren symbolische Bank-Besetzungen Ende Januar 2011 die wohl spektakulärsten LAB-Aktionen.

Die 1916 gegründete ELA ist die mitgliederstärkste Gewerkschaft im Baskenland (2005 ca. 36% bei Betriebswahlen). Ursprünglich mit sozial-katholischem Programm Gewerkschaftsarm der bürgerlichen Nationalisten, erfolgte eine stete Radikalisierung. Heute besitzt sie eine undogmatisch-sozialistische Ausrichtung, hat sich Mitte der 1990er Jahre vom bürgerlichen Nationalismus losgesagt und bildet seitdem eine Allianz mit der LAB.

Diese hat den gesamtstaatlichen reformistisch-bürokratischen Gewerkschaften im Baskenland längst den Rang abgelaufen. So sind ELA und LAB jederzeit generalstreikfähig, während dem jüngsten Demo-Aufruf der sozialdemokratischen UGT und ex-kommunistischen CCOO in Bilbao gerade mal 200 AktivistInnen folgten. Zudem sind UGT und CCOO bei der seit Monaten im ganzen Staat aktiven Bewegung „15-M" (politisch zwar sehr heterogen, jedoch aufgrund ihrer Massenbasis nicht unwichtig) wegen ihres Reformismus diskreditiert, während ELA und LAB dabei sind.

Friedenskonferenz mit Paukenschlag – und nun?

Im Beisein zahlreicher Prominenter fand am 17.10. in Donostia die Konferenz der IA statt, nach der die ETA die Aufgabe des bewaffneten Kampfs verkündete. Die Strategie zielt nun auf eine „demokratische Entscheidung" über den künftigen Status des Baskenlands. Wichtigste Forderung ist darüber hinaus die Freilassung der ca. 800 politischen Gefangenen, u.a. der langjährige LAB-Vorsitzende Rafa Díez. Und der Klassenkampf? Während die ETA in ihrer Stellungnahme vom 20.10. immerhin „Unabhängigkeit" und „Sozialismus" (also eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus) als politisches Ziel betont, klingt die IA-Stellungnahme moderater: sie fordert eine Legalisierung ihres seit 2002 verbotenen politischen Arms, um „den politischen und sozialen Wandel" voranzutreiben. Die LAB äußert am 21.10. die Hoffnung, dass nun ein demokratisches Abkommen zur Lösung des baskischen politischen Konflikts eingeleitet werde. Es sei die Zeit des Dialogs und der Verhandlung, um „alle kollektiven und individuellen Rechte der Männer und Frauen des Baskenlands zu erkämpfen".

Man wird sehen, ob die klassenkämpferischen Grundprinzipien in einer möglichen „Verhandlungsphase" zurückgestellt werden, oder ob der neu entstandene politische Rahmen eine Stärkung der arbeitenden Klasse bedeutet.

Christian Sprenger

[1] IA = Izquierda Abertzale. Übersetzt etwa „Baskisch-patriotische Linke", bezeichnet die Gesamtheit der baskischen linken Organisationen. Aus der rigiden Unterdrückung und Verfolgung alles „Linken" ebenso wie „Baskischen" unter der Franco-Diktatur resultiert die antifaschistische und linke Ausrichtung der IA. (Anmerkung der DA-Redaktion: Aus anarchosyndikalistischer Perspektive muss hier kritisch angemerkt werden, dass wir bei aller Sympathie für die klassenkämpferische Komponente der IA, ihren baskischen Patriotismus ablehnen. Klassenkampf und Patriotismus sind für AnarchosyndikalistInnen unvereinbar.)

[2] Bis 1975 wurde der spanische Staat durch die klerikale Diktatur mit faschistischen Zügen Francisco Francos regiert. Arbeiterparteien und Gewerkschaften waren illegal.

Hunger – Katastrophe, Protest und Medienereignis

Wo liegen die Gründe für die skandalöse Diskrepanz zwischen Produktion und Versorgung?

Hunger ist die Alltagsrealität für ein Sechstel der Menschheit und - hungerbedingte Krankheiten mitberücksichtigt - die Todesursache für 10 Millionen Menschen jährlich. Spätestens seit der Explosion der Nahrungsmittelpreise 2007/2008 ist klar, dass das Milleniums-Entwicklungsziel, den Anteil der Menschen, die Hunger leiden, von 1990 bis 2015 zu halbieren, nicht annähernd erreicht werden wird. Statt zu einer Reduzierung kam es 2008 zu einem Anstieg der Zahl der Hungernden. Dabei wird Jahr für Jahr genügend produziert, um - statistisch betrachtet - alle Menschen mit ausreichend Nahrung zu versorgen.



Preisexplosionen, Proteste und verengte Sichtweisen

Als sich 2007/2008 innerhalb weniger Monate die Weltmarktpreise für Weizen und Mais verdoppelten und für Reis verdreifachten, gab es Hungerrevolten in mehr als 40 Ländern. J. Walton und D. Seddon dokumentierten 1994 in einem Buch, dass solche *Food Riots* zumeist nicht in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit physischen Hungersnöten stehen. Vielmehr sind sie ein seit über 400 Jahren praktiziertes Mittel, um bestimmte gesellschaftliche Rahmenbedingungen zur Verhandlung zu bringen. Bei dieser als „Krawall" stigmatisierten Form des sozialen Protests finden Demonstrationen, Kundgebungen und Streiks statt. Es werden Forderungen nach Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen artikuliert. Und gelegentlich wird diesen Forderungen durch die Erstürmung von Supermärkten bzw. Vorratslagern Nachdruck verliehen - so auch 2007/2008. Die Gründe für die Preisexplosion vor reichlich drei Jahren haben noch heute Gültigkeit: Konkurrenz durch Agrotreibstoffe, Spekulation an den Getreidebörsen und – in geringerem Maß - Änderungen in den Ernährungsgewohnheiten (dazu Merkel in treuherziger Arroganz im April 2008: Der Preisanstieg sei nicht verwunderlich, wenn neuerdings 300 Millionen Inder eine zweite Mahlzeit einnähmen).

In diesem Jahr lag der Lebensmittelpreisindex der Welternährungsorganisation (FAO) permanent über den Spitzenwerten von 2007/2008, doch *Food Riots* blieben anscheinend aus. Nicht ganz, denn das, was 2011 medial als „arabischer Frühling" vermarktet wurde, hatte seinen Ausgangspunkt abermals in Protesten gegen erhöhte Lebensmittel. Im Januar, zu Beginn der Proteste in Tunesien, machten sich Kommentatoren großbürgerlicher Zeitungen noch Sorgen, ob es zu einer „zweiten globalen Welle von Hungerrevolten" (*Washington Post*, 14.1.2011) kommen könnte. Teils mutierten diese Proteste in einen „arabischen Frühling", teils wurde ihnen - in Erinnerung 2008 - dadurch vorgebeugt, dass strategische Reserven zur Preisstabilisierung auf den Binnenmarkt geworfen wurden – so in Äthiopien.

Von (britischen) Politikern wurde 2008 eine kurzlebige Debatte über Essensverschwendung in den Metropolen losgetreten, die mit dem kürzlich veröffentlichten Buch *Die Essensvernichter* bzw. dem Film *Taste the Waste* eine Renaissance fand. Diese Diskussion hat durchaus ihre Berechtigung. In den Medien wird sie jedoch durch Statements wie „Die Hälfte dessen, was an Lebensmitteln produziert wird, wird ungenutzt weggeworfen" eurozentrisch verengt, denn weniger als die Hälfte der Weltbevölkerung kauft ihre Lebensmittel in Supermärkten. Und Hungerkatastrophen, wie die gegenwärtige am Horn von Afrika, lassen sich nicht unmittelbar durch die Vermeidung von Lebensmittelvernichtung in den Metropolen des Nordens verhindern. Doch die angeprangerte Verschwendung legt gravierende „Systemfehler" offen.



Sackgassen und Auswege

Seit Jahren ist bekannt, dass Hunger vor allem dort herrscht, wo Nahrungsmittel produziert werden – nämlich auf dem Land, genauer gesagt auf dem Land in den Ländern des Südens. Die Erkenntnis, dass in diesen Regionen nicht genügend Nahrungsmittel produziert werden, könnte zu dem Fehlschluss führen, dass man das Problem damit lösen könnte, die „Hälfte dessen, was an Lebensmitteln produziert wird" (s.o.), statt sie zu vernichten, dorthin zu schaffen, wo die Nahrung fehlt. Das wäre keine Lösung des Problems. Von der hinlänglich kritisierten Zerstörung lokaler Ökonomien durch das Dumping von Lebensmitteln aus der EU und den USA abgesehen, wäre eine Verteilung von Nahrung über so riesige Flächen (bei zugleich fehlender verkehrstechnischer Erschließung) ein logistisches Unding und darüber hinaus ökologisch nicht wünschenswert. Ein weiterer Fehlschluss wäre die Etablierung landwirtschaftlicher Großflächenproduktion in „unterentwickelten" Regionen – ein häufig benutztes Argument, um die unter dem Begriff *Land Grabbing* bekannt gewordenen großflächigen Landtransaktionen zu rechtfertigen, die seit über drei Jahren in Afrika, Asien und Lateinamerika grassieren.

Welche nachhaltige Bewältigung der Welternährungskrise ist von Produktionssystemen zu erwarten, die 15 Kilokalorien an fossiler Energie verbrauchen, um eine Kilokalorie Nahrungsmittel zu produzieren? Damit wird zugleich der wichtigste Kritikpunkt an der oben erwähnten Nahrungsmittelverschwendung berührt. Die profitgetriebene Vernichtung von rund der Hälfte der für Supermärkte bestimmten Lebensmittel, bedeutet zugleich eine grandiose Energieverschwendung und somit einen bedeutsamen Beitrag zum Klimawandel. Dieser wiederum wirkt sich besonders gravierend auf die Ernährungssituation in den Hungerregionen der Welt aus. So wird die Dürrekatastrophe am Horn von Afrika, der Auslöser der derzeitigen akuten Hungerkrise, auch immer wieder als Folge des Klimawandels beschrieben.

Welche möglichen Auswege zeichnen sich ab? Die einfache, aber in der heutigen Zeit schwer umzusetzende Antwort wären lokal angepasste, wissensbasierte agroökologische Systeme. Doch derartige Produktionsverfahren schaffen Unabhängigkeit vom globalen Agrobusiness und finden deshalb kaum Unterstützung durch die mächtigen Institutionen der Welt. Dabei wäre eine „zentrale" Förderung diversifizierten Herangehens an die Lösung des Welternährungsproblems dringend notwendig. Olivier de Schutter, Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung, fasste die Ergebnisse einer zur Jahreswende veröffentlichten Studie mit den Worten zusammen: „Öko-Anbau kann die Nahrungsmittelproduktion innerhalb von zehn Jahren verdoppeln." Damit meinte er nicht den zertifizierten Bioanbau für eine wohlhabende Mittelschicht des Nordens, sondern eine ressourcenschonende Ertragssteigerung mit anschließender lokaler Vermarktung in den Ländern des Südens, basierend auf ausgeklügelten ökologischen Methoden der Fruchtfolge, Schädlingsbekämpfung, Bodenverbesserung und organischen Düngung. Die Tragfähigkeit dieses Konzepts wurde inzwischen mit Hunderten von Feldversuchen in Afrika, Asien und Lateinamerika demonstriert. Solche Anbausysteme sind widerstandsfähiger gegen Einflüsse des Klimawandels und in der Lage, mit einer Kilokalorie fossiler Energie 10-15 Kilokalorien Nahrung auf die lokalen Märkte zu bringen. Selbst die FAO schätzt ein, dass jeder Dollar, der sinnvoll in die Landwirtschaft investiert werde, zehn Dollar an humanitärer Hilfe ersetzen könnte. Erforderlich ist also die Vervielfachung dieser Erfahrungen auf Graswurzelbasis – ein Prozess, der in nationalem Maßstab bislang lediglich in Kuba Fuß gefasst hat.

Peter Clausing

Der Autor betreibt u.a. die Homepage http://www.welt-ernaehrung.de

[1] Walton, John & Seddon, David: *Free Markets and Food Riots. The Politics of Global Adjustment*. John Wiley & Sons, Oxford UK & Cambridge USA 1994. 396 Seiten, ISBN-10: 0631182470, EUR 33,90.

[2] Kreutzberger, Stefan & Thurn, Valentin: *Die Essensvernichter. Warum die Hälfte aller Lebensmittel im Müll landet und wer dafür verantwortlich ist*.h Kiepenheuer & Witsch, Köln 2011. 304 Seiten, ISBN-10: 3462043498, EUR 16,99.

Zahlen, bitte!

Knapp **zwei Drittel aller Wasserreserven** werden global von der Landwirtschaft verbraucht, die Industrie verbraucht ca. **20 Prozent**.

884 Millionen Menschen weltweit verfügen nicht über ausreichend sauberes Trinkwasser.

2,6 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu ausreichenden sanitären Anlagen.

Zur **Produktion von 1 kg Fleisch werden 10 kg Getreide** benötigt. Für die Produktion von 1 kg Getreide werden 1.500 Liter Wasser benötigt.

Der **Nestlé-Konzern** vertreibt 77 Wassermarken (u.a. Vittel, Contrex, Perrier und S. Pellegrino), **hält damit 17 Prozent des globalen Wassermarkts** und setzt damit cahv. 6,2 Milliarden Euro um.

(Quellen: welthungerhilfe.de, wasserstiftung.de, wasser-und-mehr.de, zeit.de, ag-friedensforschung.de; Zusammenstellung: bew)

Wer das Brot bezahlt und wer den Abwasch macht

Zur Verteilung von Broterwerb und Hausarbeit zwischen den Geschlechtern

Das traditionelle Bild der Geschlechterrollen ist einfach und klar: Der Ehemann geht einem festen Beschäftigungsverhältnis mit entsprechenden Sozialleistungen nach, die Ehefrau und Mutter leistet im Gegenzug die unbezahlte Hausarbeit und kümmert sich um die Kinder. Auch wenn dieses „männliche Ernährermodell" schon lange nicht mehr die einzige Möglichkeit ist, Paarbeziehungen und Elternschaft zu gestalten, so bestimmt es in vielen Bereichen noch immer die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Auch in der Praxis ist es häufig anzutreffen. In Westdeutschland folgt fast die Hälfte aller Paare mit Kindern dem traditionellen Familienbild. Daneben haben sich aber eine Reihe weiterer Lebensentwürfe etabliert, die ein komplexeres Bild der Verteilung von Broterwerb und Hausarbeit zeigt. Neben dem modifizierten männlichen Ernährermodell, bei dem die Frau durch Teilzeitarbeit dazuverdient, gibt es das Modell der zu gleichen Teilen arbeitenden Erwachsenen. Arbeit meint jedoch auch hier allein die Lohnarbeit und nicht die Reproduktionsarbeit, die unbezahlt geleistet wird. Neuere Untersuchungen haben ergeben, dass es immer mehr Mütter gibt, die durch Lohnarbeit die Existenz der Familie sichern. Frauen werden zunehmend zu Haupternährerinnen des Haushaltes. Die traditionelle Arbeitsteilung der Geschlechter ist gehörig ins Wanken geraten. Nichtsdestotrotz spielt das Geschlecht noch immer eine wesentliche Rolle, wenn es um die Verteilung und Bezahlung von Arbeit geht. Denn noch immer sind es überwiegend Frauen, die unbezahlt Erziehungs- und Hausarbeit leisten und in Teilzeit oder prekären Jobs arbeiten, die ihnen keine ausreichenden eigenen Ansprüche auf soziale Leistungen sichern.

Kinder, Küche, Kirche

Für die Gesetzgebung in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg stand das männliche Ernährermodell Pate. Die Erfahrungen, die Frauen während des zweiten Weltkrieges in der Arbeitswelt gemacht hatten, wurden nicht zu einem Impuls für einen Wandel in den Geschlechterrollen. Eher sah man sie als eine Ausnahme von der Regel, zu der es zurückzukehren galt. So nahm die Mehrheit der Frauen in der Nachkriegszeit wieder ihre vermeintlich „natürlichen" Aufgaben als Hausfrauen und Mütter wahr. Ökonomisch war ihre Existenz damit von den Ehemännern abhängig. Ansprüche auf Sozialversicherung, wie Kranken- oder Rentenversicherung, leiteten sich von den Ansprüchen der Ehepartner ab und standen nicht der Ehefrau individuell zu. Mit dem noch heute praktizierten Ehegattensplitting, d.h. der ungleichen Besteuerung der Ehepartner, bei der das niedrigere Einkommen höher besteuert wird, wurde zudem ein Anreiz für Ehefrauen geschaffen, höchstens in geringem Umfang dazuzuverdienen. Die Steuergesetzgebung und die gesetzlichen Regelungen des Sozialversicherungssystems verstärkten so die persönliche und ökonomische Abhängigkeit verheirateter Frauen. Im Idealbild der Zeit war eigenständige Lohnarbeit verheirateter Frauen nicht vorgesehen und arbeitende Mütter wurden sogar als Rabenmütter verpönt. Bis 1958 brauchten verheiratete Frauen eine schriftliche Einverständniserklärung des Ehemannes, um arbeiten zu dürfen. Aber auch in den 1950er und 1960er Jahren gab es aufgrund des Männermangels bereits viele Mütter, die dem gesellschaftlichen Idealbild nicht entsprachen und notgedrungen arbeiten gingen.

Seit den späten 1960er und dann in den 1970er Jahren sorgten die 68er-Bewegung und vor allem die Frauenbewegung dafür, dass sich das Frauenbild änderte. Statt weiter die vorgesehene Rolle als „Heimchen am Herd" zu übernehmen, forderten viele Frauen die gleichberechtigte Partizipation in allen Lebensbereichen. Mit der Losung „Das Private ist politisch" machte die Frauenbewegung deutlich, dass es keineswegs nur persönliche Entscheidungen waren, die über die Verteilung von Erwerbs- und Hausarbeit bestimmten, sondern dass es strukturelle Faktoren waren, die zur Abhängigkeit und Unterordnung von Frauen in einer geschlechterhierarchischen Arbeitsteilung führten. Damit zeigten sie zugleich auf, dass Geschlechterbilder gesellschaftliche Phänomene sind, es also keineswegs „natürliche" Aufgaben für Frauen und Männer gibt.

Lohnkampf als Feminismus

Der Wandel der Geschlechterbilder führte zusammen mit der zunehmenden Notwendigkeit des Broterwerbs dazu, dass immer mehr Frauen Lohnarbeit nachgehen. Bereits in den 1970er und 1980er Jahren nahm die Anzahl der erwerbstätigen Frauen kontinuierlich zu. Der Trend setzt sich auch in den folgenden Jahrzehnten fort, wobei aber die wenigsten Frauen sozialversicherungspflichtige Vollzeitjobs ohne Befristung haben. Dieses Zuverdienermodell wirkt nur auf den ersten Blick als Chance auf eine gerechtere Verteilung der Hausarbeit und eine größere ökonomische Unabhängigkeit von Frauen. Oft sind sie weit entfernt von dem als Ideal dargestellten partnerschaftlichen Modell, in dem beide gleichberechtigt zur ökonomischen Existenzsicherung und zur Hausarbeit beitragen. Selbst wenn dieses Ideal im Hinblick auf den Lohn erreicht wird, ist damit nicht die gleichberechtigte Verteilung der Erziehungs- und Hausarbeit verbunden. Weiterhin sind es die Frauen, die einen deutlich höheren Anteil an der unbezahlten Familienarbeit übernehmen. Auch gibt es immer mehr Frauen, die mehr oder weniger freiwillig für den Broterwerb in der Familie zuständig geworden sind, beispielsweise weil sie alleinerziehend sind, weil ihr Partner arbeitslos geworden ist oder er weniger verdient als sie. Gerade die Familienernährerinnen sind besonders von den Problemen betroffen, die erwerbstätige Frauen sowieso haben. Anders als die Männer im klassischen Ernährermodell haben sie in der Regel keine Arbeit, die ihnen den problemlosen Unterhalt der Familie ermöglicht. Oftmals haben sie verkürzte Arbeitszeiten, um auch Kindererziehung und Haushalt mit der Arbeit unter einen Hut zu bekommen. Zudem sind viele Familienernährerinnen in Gesundheits- und Sozialberufen tätig, die als klassische Frauenberufe gelten und dementsprechend deutlich geringer entlohnt werden. Der Kampf für gerechte Löhne ist deshalb auch ein Kampf für die Gleichberechtigung.

Meist sind es Frauen, die tagtäglich mit den Folgen der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zu kämpfen haben. Aber auch Männern (oder Personen jeglicher anderer Form geschlechtlicher Identität) wird oftmals die Möglichkeit genommen, sich ohne gesellschaftliche und ökonomische Zwänge zu entfalten. Es geht deshalb nicht nur darum, im Kleinen zu entscheiden, wer den Abwasch macht, sondern darum, zu debattieren, wie die gesellschaftlich notwendige Arbeit, zu der selbstverständlich auch die Reproduktionsarbeit gehört, geregelt werden sollte.

Raber Walter

Gegen das teure Leben

Aktuelle Brotrevolten in Afrika und im Indischen Ozean

*Im Jahr 2008 hat im subsaharischen Afrika ein Zyklus sozial motivierter Revolten und Massenproteste begonnen. Er stand unter dem Motto des Kampfes **contre la vie chè**, also **gegen das teure Leben**, das oft unbezahlbar geworden war. Ursächlich dafür war der starke Anstieg der Lebensmittelpreise, der sich nicht nur in Afrika bemerkbar machte, dort aber eine ganze Reihe von Ländern gleichzeitig in die Krise stürzte.*

Spontane und organisierte Proteste

In Moçambique kam es im Februar 2008 zu Auseinandersetzungen, die sechs Tote und über 100 Verletzte forderten. Aber das Epizentrum bildete das französischsprachige Westafrika. Dort erschütterten spontane Riots im Februar 2008 die Länder Burkina Faso und Kamerun. Zu einer zweiten Protestwelle kam es seit März 2008, unter anderem in Senegal, Côte d'Ivoire und erneut Burkina Faso. Auch in Mauretanien und Guinea-Buisseau gab es vergleichbare Prozesse.

Die Organisationsform der Proteste fiel dabei unterschiedlich aus. Mal handelte es sich um relativ spontane, unstrukturierte Ausbrüche in Armutszonen, deren BewohnerInnen sich aufgrund des galoppierenden Preisanstiegs für Nahrungsmittel und Güter des täglichen Grundbedarfs nicht mehr hinreichend ernähren konnten. Mal waren Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen die handelnden Akteure wie in Togo, wo der „Gewerkschaftsübergreifende Ausschuss der togolesischen Arbeiter" (intersyndicale des travailleurs togolais, ITT) einen Generalstreik für den 29. Februar 2008 anberaumte, diesen aber abblies, nachdem die Regierung wichtige Zugeständnisse in Aussicht stellte und in Verhandlungen eintrat.

Reaktionen von Regierungsseite

Die Regierenden der verschiedenen afrikanischen Staaten reagierten auf die Proteste mit einer Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche. Die Versuche der Regimes, gegen die Ursachen der Brotrevolten zu steuern, sorgten in den meisten Fällen nur für eine vorübergehende Beruhigung. Einerseits gingen sie repressiv gegen die Unruhen vor. Bei den Spontandemonstrationen in der Wirtschaftsmetropole der Côte d'Ivoire, Abidjan, ab dem 31. März 2008 kam es etwa zu zwei Toten und zehn Schwerverletzten. Die Polizei machte von Schusswaffen und Tränengas Gebrauch. Im Senegal blieb das Ausmaß der Repression am Vortag eine Stufe darunter, doch auch hier kam es zu gewaltförmigen Konfrontationen. Insgesamt kam es zu 24 Verhaftungen. In Kamerun forderte die Repression in den letzten Februartagen 2008 rund 150 Tote. Andererseits verkündeten die jeweiligen Regierungen aber auch Maßnahmen, die die soziale Not der Unterklassen lindern und so den Druck abbauen sollten. Dazu gehörten die Senkung oder Aussetzung der Importsteuern auf bestimmte Grundnahrungsmittel oder Güter des Alltagsbedarfs (wie sie jüngst in Kamerun beschlossen wurde) sowie die Subventionierung der wichtigsten Nahrungsmittel – etwa in Marokko, Algerien, Tunesien und im westafrikanischen Mali.

Die Reaktion der verschiedenen Regierungen, insbesondere die Förderung des inländischen Anbaus von Grundnahrungsmitteln, konnte ab 2008/09 zumindest den weiteren Anstieg der Nahrungsmittelpreise stoppen. Die unter dem Druck der unmittelbaren Not ausgebrochenen Kämpfe flauten zunächst ab. Zumindest im Falle des westafrikanischen Staats Burkina Faso jedoch brachen sie im ganzen ersten Halbjahr 2011 in unterschiedlicher Form wieder auf. Als Initialzündung wirkte der Tod eines Oberschülers auf einer Polizeiwache am 20. Februar, der starke SchülerInnen- und Studierendendemonstrationen auslöste. Ihnen gesellten sich bald die Mitgliedsorganisationen der „Coalition contre la vie chère" (Koalition gegen das teure Leben) sowie Verbraucherverbände und Gewerkschaften hinzu. Ab April fanden Streiks in verschiedenen Sektoren statt, die einen Monat später durch Soldatenmeutereien überschattet wurden. Erst der Ausbruch der Regenzeit im Juli, der den Beginn der Urlaubsperiode an Schulen und Universitäten markiert, hat ein vorläufiges Abflauen der heftigen Kämpfe und Mobilisierungen bewirkt.

Brotrevolte auf Mayotte

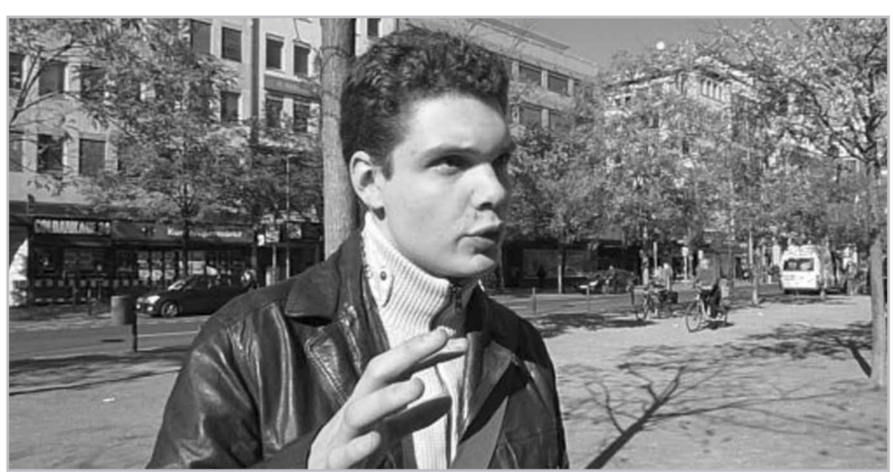
Das aktuellste Beispiel sozialer Kämpfe gegen zu hohe Preise für Grundbedarfsgüter liefert die administrativ zu Frankreich gehörende Insel Mayotte im Indischen Ozean. Sie gehört geographisch zum Archipel der Komoren, war aber bei dessen Unabhängigkeit 1975 provisorisch bei Frankreich verblieben. Am 29. März 2009 stimmte die Inselbevölkerung über ihre endgültige Angliederung an Frankreich ab. 99 Prozent sagten „Ja" dazu. Motiviert war dieses Votum überwiegend durch die Aussicht auf Rechtsgleichheit gegenüber den BürgerInnen im europäischen Festlandfrankreich: Reisefreiheit durch den Besitz eines europäischen Passes, soziale Mindestabsicherung, Krankenkasse, Sozialleistungen usw. Doch die Aussicht trog: Den aktuellen „Sozialhilfe"satz in Frankreich (RSA) gibt es nunmehr zwar auch auf Mayotte – aber nur in Höhe von 25 Prozent des in Kontinentalfrankreich geltenden Satzes. Gerechtfertigt wird dies durch „niedrigere Lebenshaltungskosten vor Ort, in einer anderen wirtschaftlichen und sozialen Umgebung". Der geviertelte RSA existiert noch nicht einmal, sondern soll erst zum 1. Januar 2012 eingeführt werden. Erst nach fünf Jahren kann über seine eventuelle Erhöhung diskutiert werden.

Aber billig ist das Leben vor Ort nicht: Wie in vielen französischen „Überseegebieten und –bezirken" existiert eine Art „Konsumkorridor mit der Metropole". D.h., dass viele Waren, besonders Industrie- und Fertigprodukte, nicht mit der näheren geographischen Umgebung ausgetauscht, sondern aus Frankreich importiert werden und entsprechend teuer sind. Dies sorgte immer wieder für soziale Unruhen. Am 27. September begann eine soziale Bewegung, nach Vorbild jener sozialen Protestbewegungen, die es seit 2008 – und dem damaligen Anstieg der Grundnahrungsmittelpreise in ganz Afrika – in großen Teilen des afrikanischen Kontinents gegeben hatte. Ausgelöst worden war die Bewegung durch die örtlichen Ableger der Gewerkschaftsverbände CGT und CFDT, denen sich alsbald die Gewerkschaften FO und CGC (leitende Angestellte) sowie drei lokale Verbraucherverbände hinzugesellten. Schon bei den ersten Demonstrationen kam es zu Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften. Wochenlang gab es Demonstrationen und Protestversammlungen. Am 19. Oktober wurde ein 39jähriger Demonstrant, Ali Elanziz, getötet. Die französische Präfektur spricht davon, er sei an Herzversagen gestorben, weil er zuvor eine unsachgemäße Behandlung – falsche Herzmassagen – erhalten habe. Die Protestierenden vermuten einen schädlichen Einfluss des eingeatmeten Reiz- oder Tränengases und fordern jetzt den Rücktritt des Präfekten. Dieses traurige Ereignis schüttet nochmals Öl ins Feuer der sozialen Wut.

Bernhard Schmid

Ihre Show heißt Kapitalismus

In der letzten Ausgabe der DA wurde sich mit Kultur und Unterhaltungsindustrie im Kontext der Krise auseinandergesetzt, und inwiefern sich deren Inhalte ökonomisch erklären lassen. Im zweiten Teil der Betrachtung „Kultur und Medien in Zeiten der Wirtschaftskrise – kulturindustrielle Produktion von Krisenideologie" wird der politische Charakter der medialen Krisenökonomie beleuchtet.



Facebook Gruppe gegründet, und schon von den Medien zum Bewegungsführer gekrönt: Wolfram Siener (Bild: indymedia)

Medienarbeit und Medienkritik ist und war immer ein bestimmendes Thema sozialer Bewegungen. Ob und wie die eigenen Inhalte von den Massenmedien aufgegriffen werden, scheint die Relevanz der jeweiligen Anliegen unmittelbar zu bestimmen. So gesehen stellen die Mitte Oktober angelaufenen weltweiten kapitalismuskritischen Proteste ein interessantes Phänomen dar: Spätestens seit den Demonstrationen gegen die Welthandelsorganisation WTO in Seattle 1999 - und seit Beginn der Finanzkrise 2008 nochmals verstärkt - gab es eigentlich jedes Jahr sehr ähnliche, ebenfalls international organisierte Aktionen. Entgegen den aufgeregten Berichten der Medien war deren soziale Schichtung auch nicht anders als die der aktuellen: Angehende oder frische AkademikerInnen sowie SchülerInnen bilden zusammen mit dem Protestestablishment verschiedener Gruppen (maßgeblich Attac) den Kern der AktivisttInnen, begleitet von einem bunten sozialen Querschnitt der Gesellschaft. Auch die Größe der Proteste – knapp zweitausend in New York, ein paar hundert in London, ungefähr vierzig in Hamburg – und die Aktionsformen, also Demonstrationen, Kundgebungen, Zelten an zentralen Orten, entsprachen immer dem Bild dessen, was sich Anfang Herbst 2011 plötzlich auf fast allen TV-Kanälen exklusiv verfolgen ließ. Noch bemerkenswerter aber war die ungekannte Milde und Wärme, mit der die Medien die Proteste bedachten; allen voran Caren Miosga bei den *Tagesthemen*: „Unaufhaltsam" breite sich „die Bewegung" über den Globus aus, sie vertrete alle sozialen Schichten und stoße auf Sympathien und Verständnis in Politik und Wirtschaft. Und beim 3Sat-Format *Kulturzeit*, immer um die linkeste Meinung im TV-Feuilleton bemüht, ergingen sich Moderatorin und ein durch sie befragter Soziologe angesichts der „neuen" Proteste sogar in Revolutionsromantik und Lenin-Zitaten. Eindimensional diskursanalytisch denkende MedienwissenschaftlerInnen werden diesen „Turn" der Krisen-Berichterstattung mit einer „Flexibilität und Instabilität moderner Diskursmerkmale" erklären: Einmal angestoßen, wälzt sich „der Diskurs" durch das Bewusstsein „der Masse", bis er an seiner eigenen Masse von Beiträgen und Meinungen implodiert. Im Klartext: Irgendjemand verpackt eine Message recht ansprechend, und plötzlich plappern es alle nach. Die Naivität diskursanalytischen Denkens wird an diesem Beispiel recht gut deutlich. In der letzten Ausgabe der DA wurde an dieser Stelle auf die Schnelllebigkeit von Produkten in der Unterhaltungsindustrie als Produktionsmodell jener Branche eingegangen. Je schneller sich Stars und Sternchen, Musikstile und TV-Events überleben, desto mehr Geld ist mit der beständigen Präsentation von etwas „Neuem" zu machen. Ähnliche Mechanismen könnten im Prinzip auch bei der Herstellung von Nachrichten und den Inhalten politischer Magazine vermutet werden: Wirklichkeit als zu inszenierendes Spektakel, welches von neuen Heroes und Stories lebt, und die Medien müssen einen solchen Bedarf ständig decken.

Macht zwischen „Diskurs" und „Reality"

Allerdings wurde auch schon hinsichtlich der Herstellung von medialen Produkten wie etwa *die Super Nanny* in der letzten Ausgabe eingewandt, dass hier durchaus ein politisches Bewusstsein der MacherInnen unterstellt werden kann. Der RTL-Inhaberkonzern Bertelsmann ist vor allem mit seiner gleichnamigen Stiftung politisch äußerst umtriebig im Namen der für ihn unzertrennlichen Verbindung von „Demokratie und Marktwirtschaft"; laut Eigendarstellung will dieser Mediengigant global soziale Prozesse initiieren und politische Veränderungen „begleiten". Das Erschließen und Erhalten von Absatzmärkten sowie die Expansion des eigenen Kapitals auf den Finanzmärkten erklärt dabei allerdings nur zur Hälfte die politische Medienökonomie Bertelsmanns und ähnlicher Konzerne. Die andere Hälfte ergibt sich aus dem genauen Verständnis der eigenen gesamtgesellschaftlichen Bedeutung solcher Unternehmen, welches im Selbstbild dieser Konzerne unverblümt zum Ausdruck kommt. Dies gilt genauso für das gezielte Hervorrufen von Bedürfnissen und Lifestyles im Sinne der Werbepartner wie aber auch allgemein für die Schaffung eines gesellschaftlichen Klimas, in dem das Wachstum der eigenen Branche mit ihren vielfältigen Verbrechen gegen die Würde des Menschen gedeiht. Solchen Medien steht heute nicht mehr ein politischer Gegner gegenüber, durch den der politische Charakter der Kulturindustrie sichtbar wird – wie es lange Zeit zwischen Springer und der radikalen Linken der Fall war. Die offene Feindschaft dieses Verlages entgegen den Bewegungen der späten 60'er und in den 70'er Jahren warf immer auch ein untrügliches Licht auf die sonstigen Inhalte von *Bild* bis *Welt*. Durch die Explosion des Angebotes an privaten Medien – im Printbereich, im TV, online – aber ebenso durch den Siegeszug der diskursanalytischen Methode in Wissenschaft und auch linkem Denken scheint der politische Charakter der Produktion kulturindustrieller Inhalte zusehends übersehen zu werden. Die Medien gelten nun mehr als Opfer der Marktkonkurrenz und gefangen zwischen diskursiven Schranken: Sie können demnach nicht anders, als den ganzen menschenverachtenden Stumpfsinn zu reproduzieren und neu aufzulegen. Hinsichtlich der Macht über Kapital und Menschen in der Hand von Bertelsmann, Murdoch und Co. eine äußerst verwunderliche Lesart,



Lange Zeit spitzte sich die linke Medienkritik auf ein einziges Feindbild zu

in der ein Verständnis von Politischer Ökonomie keine Rolle zu spielen scheint und die darüber hinaus eine fast biblisch anmutende Gleichheit aller Menschen vor dem unergründlichen Episteme (in der Diskursanalyse nach Michel Foucault die Menge aller Diskurse in einer bestimmten Epoche) und dem Markt als dessen Propheten anzunehmen scheint. Die Gleichzeitigkeit der vehementen Platzierung von „Reality"-TV-Formaten am Markt mit der „Hartz-Gesetzgebung" genannten Zerschlagung des alten Sozialstaates, begleitet von Initiativen und Kampagnen wie der „Neuen Sozialen Marktwirtschaft" – welche immerhin als wirtschaftspolitisches Konglomerat direkten Medienlobbyismus betreibt - müsste eigentlich stutzig machen. An dieser Stelle soll nun einfach die These vertreten werden: Die Verfügung über die Produktionsmittel im Medienbereich gibt den Giganten in dieser Branche eine Macht, die sie durchaus auch gestalterisch in Bezug auf die Gesellschaft zu nutzen wissen. Die Verflechtung des überschüssigen Kapitals zwischen den Marktführern der Branchen – die Konzerne schieben zwischen sich die nicht im Sinne der Profitmaximierung verwertbaren Geldmassen hin und her – könnte dann als die ganz reale Materialität eines Klassenbewusstseins der Bourgeoisie gesehen werden, welches sich auch in den politischen Markttechniken der Medienkonzerne ausdrückt. Hinsichtlich der bilderbuch-ideologischen Statements in Politik und Medien in der Folge der Finanz- und Wirtschaftskrisen seit 2008 dürfte so manch kapitalismuskritischer Mensch angesichts von Sandra Maischberger und Thilo Sarrazin nicht mehr gewusst haben, ob nun Lachen oder Weinen angesagt sei. Vom „raffenden Kapital" bis hin zum geifernden Gebell über die Unfähigkeit und das Schmarotzertum der von den Auswirkungen der Krise Getroffenen war alles dabei, ob in Unterhaltungsindustrie oder Informationsmedien. Entgegen der beharrenden Sichtweise vieler Linker verweist die hier vorgenommene Argumentation nicht in erster Linie auf aus dem Diskursuniversum entspringende - oder den Fetisch der vom „falschen Bewusstsein" Fehlgeleiteten befriedigende - Zufälligkeiten, sondern - zumindest auch - auf die Existenz einer gezielten politischen Propaganda einer sich selbst bewussten sozialen Schicht.

Von der Krisenideologie zur Krisenbewältigungsideologie

Auf den Online Präsenzen so ziemlich jeden größeren Konzerns, egal welcher Branche, findet sich eine Rubrik zu „Verantwortung" und/oder „Nachhaltigkeit". Dabei geht es dann immer um irgendeine ökologische Phrasendrescherei sowie um die Anerkennung und Wertschätzung der „Mit"arbeiterInnen, von der sich im Regelfall die Beschäftigten äußerst wenig kaufen können. Hier zeigt sich schon eine präzise Konvergenz im Wortlaut zwischen Wirtschaftsunternehmen und den immergleichen Reden aus der Politik. Verständnis und die Sympathie der Eliten für die kapitalismuskritischen Proteste im Herbst 2011 wurde denn auch haargenau entlang solcher sinnentleerter Wortfolgen artikuliert. Schließlich sei ja „Geld nicht alles" – welch Euphemismus hinsichtlich der Thematik, nämlich der Reproduktionsverhältnisse des Kapitalismus! Doch um genau die geht es laut Medien bei den Protesten ja auch gar nicht. Es ist allenfalls die Mitbestimmung, welche als politische Forderung gerade noch transportiert wird. Ein Abschöpfen der Finanzmärkte zu Gunsten etwas mehr Staatlichkeit – also zurück in den trostlosen Staat-Markt-Dualismus der 50'er und 60'er Jahre – zusammen mit noch mehr Volksentscheiden und einer verallgemeinerten „grünen Produktion", an so einer Vision basteln Wirtschaft und Politik nachprüfbarerweise schon lange. Die Unternehmensberatungsfirma Mc Kinsey, die Grünen, aber auch schon wieder Bertelsmann haben derartige „Gesellschaftskonzepte" in den letzten Jahren längst entworfen. Kommuniziert wurde dies meist auf oberer Ebene auf diversen Wirtschaftstreffen. Auch die Wirtschaftsinstitute fertigten sowohl für die Politik als auch für global agierende Konzerne entsprechende Expertisen an: Wie kann das Managementprinzip des „Mit-Einbeziehens" gesellschaftspolitisch verallgemeinert werden? Ohne dass die kapitalismuskritischen Proteste, wie sie diesen Herbst gestartet sind, sich selbst bereits auf ein Ziel festgelegt haben, ist genau dies in der Rezeption in Politik und Medien anscheinend schon geschehen. „Den Wandel gestalten", so heißt ein berüchtigtes Bertelsmann-Papier zur Strategie der „Staatentransformation" aus dem Jahr 2001. 2011 wird es angesichts der tiefen systemischen Krise einen Wandel geben müssen, und der medial gepushten „Bewegung" sowie der vor dem TV zuschauenden Masse soll der Charakter dieses Wandels vorgebetet werden: In Eintracht mit der herrschenden Klasse hin zu einer von allen abgesegneten Gesellschaftsordnung, in der Ausschluss und Autorität wohl noch drastischer organisiert sein werden als vor der Krise, erkauft durch etwas mehr Teilhabe des Bürgertums an lokalen politischen Prozessen und inszeniert durch Erzählungen von gütigen und sozial engagierten Unternehmensführungen.

Marcus Munzlinger

Frei im Mai

Im Buch *Paris Mai 68 – Die Phantasie an die Macht* wird ein überraschend ergebnisoffenes Geschichtsbild gezeichnet.

Im Jahr 2009 gründete sich um die aus dem antifaschistischen Verlagswesen bekannten Willi Bär und Carmen Bitsch sowie den wegen seiner Zugehörigkeit zum RAF-Kommando „Holger Meins" jahrzehntelang inhaftierten Karl-Heinz Dellwo *(Das Projektil sind Wir)* der Laika Verlag. Viele ambitionierte Veröffentlichungen befinden sich noch in Planung, ein publizistischer Weg ist jedoch schon eingeschlagen: So wird auf ein dreigleisiges Konzept aus Historie *(Bibliothek des Widerstands)*, Diskurs *(Edition Provo)* und (neo-)marxistischer Philosophie *(Laika Theorie)* gesetzt. Zu den Büchern gesellen sich jede Menge Medien in Ton und Film. Inhaltlich bewegt sich der Laika Verlag oft im Umfeld des traditionellen Internationalismus und, als dessen Fortsetzung, der so genannten „globalisierungskritischen Bewegung". Beiträge zu Idolen dieser Szene wie Angela Davis, Rudi Dutschke oder Mumia Abu-Jamal sind da genauso folgerichtig, wie es auch die Partnerschaft etwa der *Jungen Welt* ist. Aber es wäre dennoch verfehlt, diesen Verlag als Think Tank eines Parteikaderavantgardismus anzusehen - Anti-Autoritarismus ist bei Laika mehr als nur ein Randthema.

Paris '68: Anti-Autoritär für den Parteikommunismus?

In diesem Spannungsfeld bewegen sich auch Buch und Filme der Laika-Veröffentlichung *Paris Mai 68 – Die Phantasie an die Macht* aus der *Bibliothek des Widerstands*. 2011 erschienen, werden hier Reflektionen anlässlich des 40. Jahrestages der Aufstände und Revolten im Mai/Juni 1968 in Frankreich zusammengefasst und präsentiert. Maßgeblicher Erzähler und Protagonist ist der letztes Jahr verstorbene Daniel Bensaïd, mit Daniel Cohn-Bendit wohl der prominenteste Kopf der studentischen Revolte von Nanterre, an der sich die Bewegungen entzündeten. Das Aufgehen wichtiger Aktiver der studentischen Revolte im politischen Establishment ist, wenig verwunderlich, ein wichtiges Thema des Buches: So bemerkt Bensaïd pointiert, mit welcher Kreativität etwa Cohn-Bendit die Regierungstaktik der *Grenelle* – des runden Tisches – als „Erfolg" von '68 wertet, um so den eigenen Wendehals als heroische Eigenschaft zu verklären. Runde Tische anstatt der klassenlosen Gesellschaft – für aufgestiegene AkademikerInnen und die Gewerkschaftsspitzen hatten sich die beispiellosen Kämpfe jener Zeit also ausgezahlt. Als Trotzkist sieht Bensaïd im studentischen Verständnis von Anti-Autoritarismus als eher kulturelle denn politische Kategorie den Ausgangspunkt für den späteren Opportunismus und Konformismus seiner AkteurInnen. Damals noch größte Widersacher des bürokratischen Parteikommunismus, für den die KPF stand, deuten gerade die damaligen Anti-Autoritären der studentischen Bewegung heute eben jene Befriedungsstrategien der poststalinistischen Gewerkschaften und die Politik der KPF – das Verhandeln mit der Regierung – als Beweis für „ihren" Sieg. Tatsächlich, wie schon anzunehmen war, plädiert Bensaïd dagegen für einen sich an militanter Parteipolitik orientierenden Avantgardismus: Es hätte eine linke Partei gefehlt, die für einen Generalstreik eintreten und eine revolutionäre Perspektive hätte aufzeigen können.

Streikanalyse und Nostalgie

Der im Buch *Paris Mai 68 – Die Phantasie an die Macht* angeschlagene Ton ist, wie der Titel schon andeutet, stellenweise sehr prosaisch, zuweilen direkt schwärmerisch. Schweren Herzens werden die unzähligen Debatten innerhalb der französischen Politik nachgezeichnet, die die Kämpfe zum bloßen „Ereignis" abstempeln oder teilweise, wie es Präsident Sarkozy in Anlehnung an einen Ausspruch Joseph Ratzingers tat, als moralische Erbsünde der französischen Nation dämonisieren. Treffend wird dies als Beweis für die Tragweite dessen geschildert, was in jenen Tagen geschah: Von 15 Millionen Werktätigen streikten, je nach Schätzung, zwischen sieben bis neun Millionen; im historischen Jahr 1936, als in antifaschistischer Euphorie Frankreich in eine revolutionäre Situation zu fallen schien, waren es etwa drei Millionen. Mit 150 Millionen Streiktagen wurde im Mai und Juni '68 ein bei weitem unerreichter Rekord in der Geschichte der westeuropäischen ArbeiterInnenbewegung der Nachkriegszeit aufgestellt – selbst zu Zeiten des italienischen Operaismus wurden dem Kapital maximal 37 Millionen Streiktage am Stück aufgezwungen. Wie schon in Frankreich um 1936, wurde auch 1968 nicht einfach gestreikt: Die Beschäftigten besetzten ihre Betriebe, die großen Fabriken, aber auch die Friseursalons, Büros, „Fußballer ihre Vereinsheime, die SchauspielerInnen ihre Theater". Ganz anders als in der BRD, gingen die Proteste zwar von den aufbegehrenden Studierenden aus, jedoch solidarisierten sich die ArbeiterInnen mit denen von blutiger staatlicher Repression betroffenen Studierenden und machten aus „'68" ihre eigene Bewegung: Gegen den Zwang zur Lohnarbeit, gegen die Kontrolle durch Vorgesetzte und die Gewerkschaftshierarchie. Bemerkenswerterweise werden in *Paris Mai 68 – Die Phantasie an die Macht* die weitverbreiteten basisdemokratischen Streikkomitees – 176 im ganzen Land! – und die kollektiven Fabrikbesetzungen als stärkste Strukturen für eine potentielle Befreiung aus der Fremdbestimmung angesehen. Noch wichtiger als der Widerstand gegen Polizei und Spätgaullismus sei der Widerstand gegen die Spitzen der großen Gewerkschaften gewesen: Ausbruch aus der Hierarchie des Arbeitslebens und der Gewerkschaftsorganisation als wahrer Anti-Autoritarismus.

Marcus Munzlinger

Baer, Willi & Dellwo, Karl-Heinz: *Paris Mai 68 – Die Phantasie an die Macht*. Laika Verlag, Hamburg 2011. 216 Seiten, ISBN-10: 3942281864, EUR 29,90.

Und weil der Mensch ein Mensch ist, braucht er was zu Essen bitte sehr ...

Vier sehr unterschiedliche proletarische Gedichte zum Thema Essen aus den Federn Erich Mühsams, Bertold Brechts und Kurt Tucholskys

1. Kurt Tucholsky schildert um 1919 den Wahnsinn der Hungersnot in Deutschland: Die vorhandenen Lebensmittel werden nicht verteilt, lieber wird so lange gewartet, bis sie sich wieder in einem funktionierenden Kapitalismus verkaufen lassen – auch wenn bis dahin Tausende verhungern müssen.

Lebensmittel! Lebensmittel!

Wenn nun die Ladung Korn und Fett
den Anfang macht zu besserm Leben,
wenn Deutschland erst zu essen hätt –:
mein Gott, was wird das alles geben!

Zum Beispiel, der, der Schinken schiebt,
wird tiefbekümmert ausverkaufen –
man wird, weil es Vergeltung gibt,
sich nicht um seine Schinken raufen.

Und Tante Malchens Eierschrank?
Und Onkel Maxens Butterkammer?
Wie ziehn sie die Gesichter lang!
In allen Häusern – welch ein Jammer!

Im Kurse fällt die Schlächterfrau,
das Butterfräulein gilt nur wenig,
der Kaufmann spricht nicht mehr so rauh
–
Halli! hallo! voll Freuden dehn ich

befreit die Knochen. Dämmert es?
Dies Dasein war seit langen Jahren
in Wahrheit ein belämmertes –
Ach, wie wir einst so glücklich waren!

Kommt wirklich Brot und Speck herein?
Ich tanze einen frohen Ländler.
Die große Zeit wird wieder klein,
die große Zeit der Grünkramhändler.

2. Im nächsten Gedicht reflektiert Bertold Brecht den Charakter des unter Bismarck entwickelten deutschen Sozialstaates: Parieren – Schlucken – Parieren – Schlucken.

Gewohnheiten, noch immer

Die Teller werden hart hingestellt
Daß die Suppe überschwappt.
Mit schriller Stimme
Ertönt das Kommando: Zum Essen!
Der preußische Adler
Den Jungen hackt er
Das Futter in die Mäulchen.

3. Und noch mal Brecht: Jetzt in Kritik des DDR-Sozialismus, in welchem den Menschen anstatt Lebensmittel lieber ein „Kaderwelsch" zum Kauen angeboten wird. Das Gedicht entstand im Nachklang der Arbeiter_Innen Revolte am 17. Juni 1953.

Die neue Mundart

Als sie einst mit ihren Weibern über
Zwiebeln sprachen
Die Läden waren wieder einmal leer
Verstanden sie noch die Seufzer, die
Flüche, die Witze
Mit denen das unerträgliche Leben
In der Tiefe dennoch gelebt wird.
Jetzt
Herrschen sie und sprechen eine neue
Mundart
Nur ihnen selber verständlich, das
Kaderwelsch
Welches mit drohender und belehrender
Stimme gesprochen wird
Und die Läden füllt – ohne Zwiebeln.
Dem, der Kaderwelsch hört
Vergeht das Essen.
Dem, der es spricht
Vergeht das Hören.

4. Und zu guter Letzt übt Erich Mühsam Kritik am individuellen Moralismus, mit dem sich die „besseren" Anarchisten von der Masse abgrenzen wollen. Ein Gedicht, das mit Blick auf heutige Vokü's in autonomen Strukturen nicht ganz unaktuell ist ...

Der Gesang der Vegetarier
Ein alkoholfreies Trinklied
(Melodie „Immer langsam voran")

Wir essen Salat, ja wir essen Salat
Und essen Gemüse von früh bis spat.
Auch Früchte gehören zu unsrer Diät.
Was sonst noch wächst, wird alles
verschmäht.
Wir essen Salat, ja wir essen Salat
Und essen Gemüse von früh bis spat.

Wir sonnen den Leib, ja wir sonnen den
Leib,
Das ist unser einziger Zeitvertreib.
Doch manchmal spaddeln wir auch im
Teich,
Das kräftigt den Körper und wäscht ihn
zugleich
Wir sonnen den Leib und wir baden den
Leib,
Das ist unser einziger Zeitvertreib.

Wir hassen das Fleisch, ja wir hassen das
Fleisch
und die Milch und die Eier und lieben
keusch.
Die Leichenfresser sind dumm und roh,
Das Schweinevieh - das ist ebenso.
Wir hassen das Fleisch, ja wir hassen das
Fleisch
und die Milch und die Eier und lieben
keusch.

Wir trinken keinen Sprit, nein wir trinken
keinen Sprit,
Denn der wirkt verderblich auf das
Gemüt.
Gemüse und Früchte sind flüssig genug,
Drum trinken wir nichts und sind doch
sehr klug.
Wir trinken keinen Sprit, nein wir trinken
keinen Sprit,
Denn der wirkt verderblich auf das
Gemüt.

Wir rauchen nicht Taback, nein wir
rauchen nicht Taback,
Das tut nur das scheussliche
Sündenpack.
Wir setzen uns lieber auf das Gesäss
Und leben gesund und naturgemäss.
Wir rauchen nicht Taback, nein wir
rauchen nicht Taback,
Das tut nur das scheussliche
Sündenpack.

Wir essen Salat, ja wir essen Salat
Und essen Gemüse von früh bis spat.
Und schimpft ihr den Vegetarier einen
Tropf,
So schmeissen wir euch eine Walnuss an
den Kopf.
Wir essen Salat, ja wir essen Salat
Und essen Gemüse von früh bis spat.

Zusammengestellt & kommentiert von Marcus Munzlinger

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Di Schwarzi Chatz

Eine anarchosyndikalistische Zeitung für die Deutschschweiz

Vor mittlerweile bald drei Jahren entschloss sich die damals einzige FAU-Ortsgruppe in der Schweiz, die FAU Bern, ihren SympathisantInnen und Mitgliedern die *DA* im Abonnement anzubieten, da es sonst schwierig war an gedruckte Nachrichten und Hintergrundansichten aus schwarzroter Sicht zu kommen. Dies war vor allem ein unhaltbarer Zustand, da es zwar seit Ende der neunziger Jahre organisierte AnarchosyndikalistInnen in der Deutschschweiz gibt, aber die *Aktion*, die Zeitung der FAUCH, wie sich die erste Generation nannte, bereits im Jahr 2001 eingestellt wurde.

Da einige die berechtigte Kritik einbrachten, die *DA*, sei zu Deutschland-zentriert, entschieden sich die Berner FAUistas dafür, künftig eine Beilage zu schreiben, die auch über Schweizer Realitäten berichten sollte. Die Beilage erhielt den Namen *di schwarzi chatz* (Die schwarze Katze), der zuvor bereits für die einzige Ausgabe einer Wandzeitung verwendet worden war.

Im Juli 2008 erschien dann die erste Ausgabe der *SC*, wie die *chatz* auch abgekürzt wird, mit vier Seiten in einer kleinen Auflage. Die *SC* berichtete zwar von Anfang an über Arbeitsthemen (in den ersten beiden Ausgaben zum Beispiel über Schwarzarbeit und über die Arbeitsbedingungen von RucksacktouristInnen in Australien), wurde aber teilweise stark kritisiert, weil sie vor allem über die „üblichen linken Modethemen" berichtete.

Das Beilageblatt wurde schnell zu einer eigenständigen Zeitung: Es wurde umfangreicher, in manchen Sachen auch professioneller und, was die KritikerInnen freute, es richtete sich stärker an betrieblichen Themen aus. Manche Texte fanden über das Netz, wo jede Nummer gratis heruntergeladen werden kann, einige Resonanz über die Schweiz hinaus. Ein Artikel über die Folgen des Chemieunfalls in Bhopal wurde zum Beispiel zur Broschüre #248 der *anarchosyndikalistischen Flugschriftenreihe*. Ebenso zeigen einige Internetseiten, dass die *chatz* auch in Deutschland gelesen wird.

Da die Zeitung auf gute Resonanz stiess, wurde recht früh der Beschluss gefasst, die *SC* auch gratis zu verteilen und von der *DA* losgelöste Abos anzubieten. Seither wurde *di schwarzi chatz* an manchen Demos, Gewerkschaftsanlässen und FAU-Veranstaltungen sowie einige Male am Berner Bahnhof zur Rush-Hour verteilt.

Seit der zweiten Ausgabe erscheint in *di schwarzi chatz* jeweils eine Kulturseite, auf welcher freie Kultur in Form von Bildern, Cartoons, Kurzgeschichten und Lyrik von Schweizer KünstlerInnen abgedruckt wird.

Als einen (hoffentlich nicht) einmaligen Versuch den „Röstigraben" (Bezeichnung für die Sprach- und Mentalitätsgrenze zwischen der französischsprachigen und der deutschsprachigen Schweiz) zu überbrücken, wurde die Ausgabe Mai/Juni 2010 auf französisch übersetzt und unter dem Namen *le chat noir* neben der deutschsprachigen Ausgabe verteilt. Darauf wollten mindestens zwei Leute die *chat noir* abonnieren, was die FAU Bern ehrte, aber abgelehnt werden musste, da bereits das Übersetzen der Texte einer Ausgabe ein enormer Aufwand für eine einzelne Ortsgruppe war.

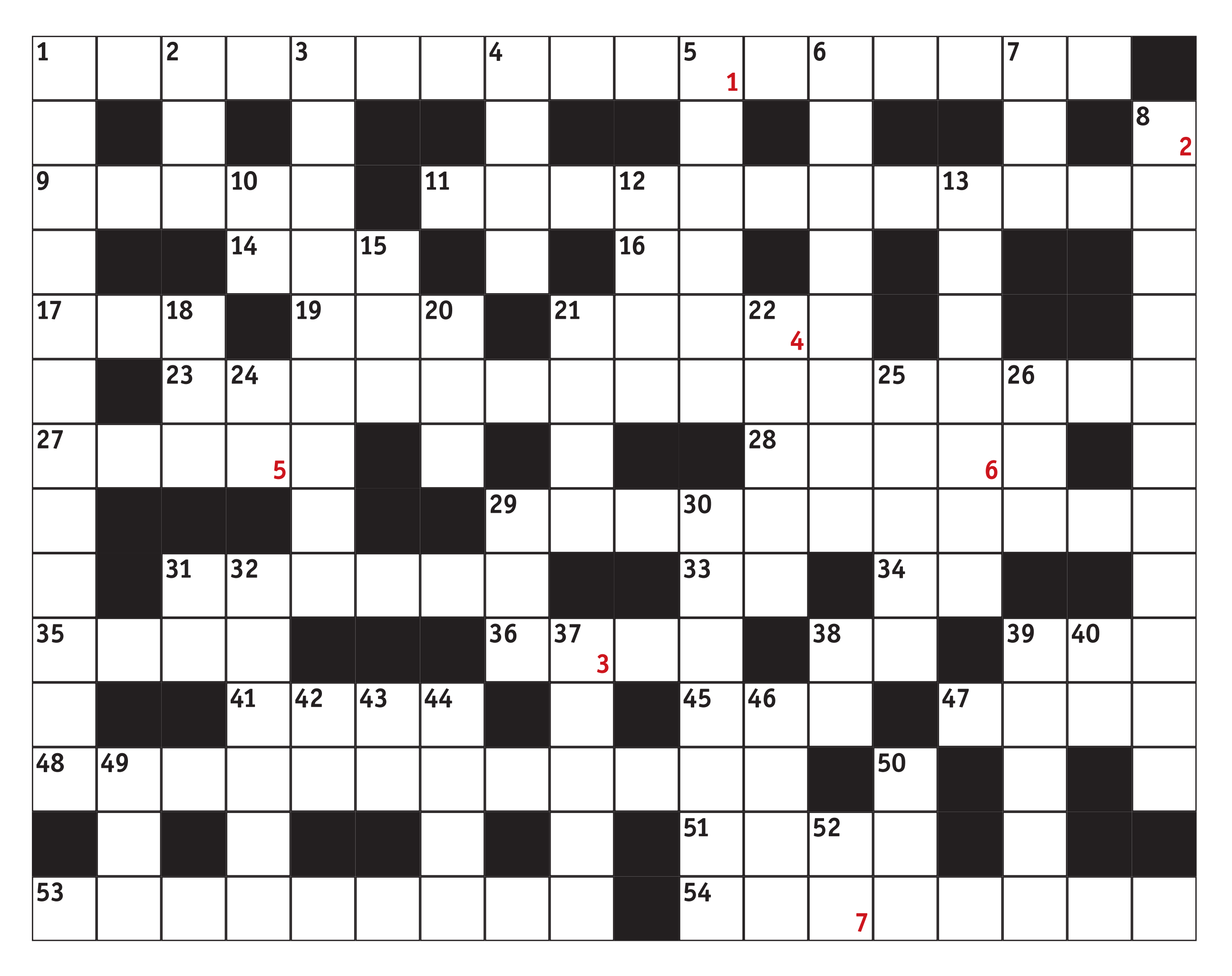
Heute erscheint *di schwarzi chatz* alle zwei Monate in einer Stärke von 12 bis 16 Seiten und einer gedruckten Auflage von 500 bis 1500 Exemplaren. Die *SC* wird von Leuten aus der ganzen Deutschschweiz abonniert und trägt so einen grossen Teil dazu bei, die FAU Schweiz bekannt zu machen und ihre Ideen zu verbreiten.

Wilfried Umann



1. Mai-Demo in Bern 2009

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 73



Waagerecht

1. Diese Arbeitskampfmaßnahme ist oft effektiver als ein Streik 9. Bande, Horde 11. beliebter Kräuterlikör 14. eine Präposition 16. Kfz-Kennzeichen für Mannheim 17. mythisches Wesen in Tolkiens „Der kleine Hobbit" und „Der Herr der Ringe" 19. Besitz, Bauernhof 21. Zeichentrickfigur des ital. Cartoonisten Cavandoli: La ~ 23. Grundpfeiler des kapitalistischen Systems: die private bzw. staatliche ~ über die Produktionmittel 27. ein vorwiegend palästinensisch bewohntes Stadtviertel von Beirut, in dem 1982 das Massaker von ~ und Schatila stattfand 28. ein essentielles Spurenelement 29. atomare Wiederaufarbeitungsanlage in der Oberpfalz, deren Bau 1989 nach vielen Protestaktionen eingestellt wurde 31. Kriegsmacht, besonders die Flotte des span. Königs Philipp II. 33. Abkürzung für eine noch unbekannte, später zu benennende oder absichtlich nicht genannte Person 34. Stockwerk <Abk.> 35. der drittgrößte Strom in Deutschland 36. Männername 38. Abk. für Arzt/Ärztin 39. nordeuropäisches Wintersonnenwendfest, das vom Christentum vereinnahmt und zu Weihnachten wurde: ~ oder ~fest 41. zweitgrößter Ort auf Bornholm 45. das über das Internet abrufbare weltweite Hypertextsystem <Abk.> 47. kleines Freizeit- und Sportfahrzeug 48. Person, die noch als Mitglied einer Organisation geführt wird, obwohl sie ausgetreten oder gestorben ist <umg.> 51. Bundesstaat der USA 53. SPD-Politikerin, die bei dem Versuch, 2008 in Hessen eine Minderheitsregierung von SPD und Grünen unter Tolerierung durch die Linken zu bilden, an BedenkenträgerInnen innerhalb der eigenen Partei gescheitert ist, Vorname: Andrea 54. wenn UnternehmerInnen die Produktion ins Ausland verlagern, sprechen sie manchmal metaphorisch von einer verlängerten ~.

Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

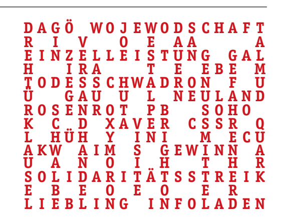
Senkrecht

1. Eine eher „erholsame" Streikform 2. frühmorgendlicher Niederschlag am Boden 3. Schriftzeichen, das einen ganzen Begriff ausdrückt, z.B. die Zeichen der chines. Schrift 4. fälschlicherweise Michail Gorbatschow zugeschriebenes, im Westen beliebtes Zitat: Wer zu ~ kommt, den bestraft das Leben 5. gemeinsam handeln: an einem ~ ziehen 6. Jugendliche(r) <engl.> 7. längl. Vertiefung, in die ein Stift, Zapfen o.Ä. eingesetzt wird 8. medizinische Bezeichnung für den von fabrikmäßiger Landwirtschaft begünstigten Rinderwahnsinn/BSE: ~-Jakob-Krankheit 10. Verdummungsgerät <engl. Abk.> 12. türkischer männlicher Vorname 13. Stadt an der Oder mit großem Erdölverarbeitungswerk (hier endet die sog. „Druschba-Pipeline") 15. Ist der ~ mal ruiniert, lebt sich gänzlich ungeniert 18. Abkürzung des Namens des „Deutschen Fußballmeisters 2010/2011" 20. gemischt staatlich-privatwirtschaftliche Einrichtungen für diverse technische Sicherheitskontrollen <Abk.> 21. Mond <poetisch> 22. während des Ruhraufstands im März 1920 bildet e sich in dieser Stadt der Zentralrat der Arbeiterräte 22. schwäbischer Tischler, der 1939 im Münchner Bürgerbräukeller ein Sprengstoffattentat auf Hitler verübte, Vorname: Georg 24. Kfz-Kennzeichen für Erlangen 26. tschechisch für „Ja" 29. eine ummauerte Tempelanlage in buddhistisch geprägten Ländern 30. das Wissen, wie man eine Sache verwirklichen kann <engl.> 31. Kfz-Kennzeichen für Aschaffenburg 32. Behörde in der Frühen Neuzeit, die die Einkünfte des Landesherrn verwaltete (auch Hofkammer oder Kastenamt genannt) 37. absolut verarmtes Land in der Karibik 38. ein neuzeitlicher Propagandasender: der deutsche Auslandsrundfunk <Abk.> 39. portugies. bzw. span. Wort für einen Regierungsausschuss, i.w.S für eine Militärdiktatur 40. Länderkürzel für die Ukraine 42. Länderkürzel für Estland 43. römisch elf 44. einfetten 46. Ausruf der Drohung oder Klage 49. höchstes Gebirge Europas: die ~en 50. in Deutschland ist etwa ein Drittel der Bevölkerung bei diesem Krankenkassenverband versichert 52. chemisches Zeichen für ein seltenes Metall, das oft Bestandteil von Legierungen ist, denen es Härte und/oder Sprödigkeit verleiht.

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).

GewinnerIn #207: Florian K. aus Ingelbach

Auflösung # 72



DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-anzeigen@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Patrick Lohner

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 209: 16. Dezember 2011